

# POLITISCHE STUDIEN 438

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

62. Jahrgang | Juli-August 2011 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

## SACKGASSE EXPORT?! KANN ERFOLG SÜNDE SEIN?

**Mit Beiträgen von**

Peter Bofinger | Georg Fahrenschon | Louis Gallois | Hermann Simon



/// CHRISTIAN SEIDEL Zeitzeugengespräch mit dem Sohn von Hanns Seidel

/// ECKHARD JESSE Der Bau der Mauer 1961 und ihr Fall 1989

/// STEFAN LUFT und BARBARA ZEHNPFENNIG zur Diskussion um Political Correctness

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Einfach und gerecht wäre schön,  
ist aber **NICHT** möglich“

## RADIKALREFORMEN IM STEUERRECHT?

Mit Radikalreformen will der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof das deutsche Steuerrecht einfacher und gerechter machen. Sein Vorschlag eines neuen „Bundessteuergesetzbuches“ sieht weniger Steuern, weniger Gesetze und weniger Regeln vor. Alle „Sonderregelungen“ sollen abgeschafft werden.

Diese Vorschläge klingen verlockend – sie sind aber nicht praxistauglich. Einfach und gerecht wäre schön, ist aber nicht möglich. Unsere Lebenswirklichkeit wird immer komplexer. Für komplizierte Sachverhalte gibt es keine einfachen Lösungen.

So fordert Professor Kirchhof zum Beispiel einen einheitlichen Einkommensteuersatz in Höhe von 25 % für alle Einkommensbezieher, egal ob es sich um höhere oder niedrigere Einkommen handelt. Diese Forderung steht im Gegensatz zur bisherigen Praxis in Deutschland, wonach der Einkommensteuersatz mit steigendem Einkommen zunimmt, von derzeit 14 % auf 42 % (vom Solidaritätszuschlag und der Reichensteuer einmal abgesehen). Diese „Progression“ im Steuerrecht entspricht den Grundsätzen unserer Sozialen Marktwirtschaft und wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung als gerecht angesehen: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache, der Chefarzt einen höheren Steuersatz zahlen als die Krankenschwester. Ein weiteres Beispiel ist die Forderung von Professor Kirchhof, dass die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz bei Arbeitnehmern nicht mehr absetzbar sein sollen, weil die Arbeit erst am Werkstor beginne. Eine solche Regelung wäre nicht sachgerecht und auch nicht fair.

Natürlich muss auch das Steuerrecht immer wieder reformiert werden – aber nicht zu Lasten der Gerechtigkeit.

*P. Witterauf*

**Dr. Peter Witterauf**  
ist Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



# INHALT



39

48

## IM FOKUS

### 26 GERMANY – NO POINTS

Einführung  
WOLFGANG PILLER

### 30 EXPORT BEFLÜGELT DIE DEUTSCHE UND BAYERISCHE WIRTSCHAFT

Vorfahrt Ausfuhr  
GEORG FAHRENSCHON

### 39 NEUE MÄRKTE ERSCHLIEßEN – NATIONALE WURZELN STÄRKEN

Auf dem Weg zur nachhaltigen Balance  
LOUIS GALLOIS

### 48 KANN AUSFUHRSTÄRKE SÜNDE SEIN?

Sackgasse Export  
PETER BOFINGER

### 53 WACHSTUMSTREIBER GLOBALISIERUNG

Deutschland braucht den starken Export  
HERMANN SIMON

## POLITISCHE STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

### 06 HANNS SEIDEL – ZEITZEUGEN- GESPRÄCH

mit dem Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Hanns Seidel  
CHRISTIAN SEIDEL

## ANALYSEN

### 63 DER BAU DER MAUER 1961 UND IHR FALL 1989

VORAUSSETZUNGEN UND FOLGEN  
ECKHARD JESSE

### 73 HEMMSCHUH FÜR EINE RATIONALE POLITISCHE DEBATTE?

Politische Korrektheit  
STEFAN LUFT

### 84 DIE IMMIGRATIONSDEBATTE UND DIE HERRSCHAFT DER POLITICAL CORRECTNESS

Kategorische Tabus  
BARBARA ZEHPFENNIG

## PORTRÄT

### 94 INTELLEKTUALITÄT UND SPIRITUALITÄT

Zur Emeritierung:  
HANNA-BARBARA GERL-FALKOVITZ

## HSS-Projekte

### 96 GESTALTEN UND ERKENNEN

Promotionskolleg der HSS  
PAULA BODENSTEINER

### 100 VERNETZTE SICHERHEIT

Sicherheitstagung 2011  
der HSS in Budapest  
OLIVER JOACHIM ROLOFS

## AKTUELLES BUCH

### 106 ALS POLITIKER IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN

SPANNUNGSFELD CHRISTENTUM UND POLITIK  
GÜNTHER BECKSTEIN

## RUBRIKEN

03 EDITORIAL

109 REZENSIONEN

118 ANKÜNDIGUNGEN

120 IMPRESSUM



63



84

/// Politische Studien-Zeitgespräch

## HANNS SEIDEL – ZEITZEUGEN- GESPRÄCH MIT SEINEM SOHN PROF. DR. CHRISTIAN SEIDEL

**CHRISTIAN SEIDEL** /// geboren am 27. August 1935 in Aschaffenburg, verheiratet und Vater zweier Söhne, lebt, nach dem Ende seiner beruflichen Tätigkeit als Bankdirektor, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG und Honorarprofessor an den Universitäten in Gießen und München, abwechselnd in München und Italien. Der Sohn des Rechtsanwalts, CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel übte Funktionen in Aufsichtsgremien, politischen und kulturellen Institutionen aus und ist seit 1994 Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung.

**Politische Studien:** Der Politiker Hanns Seidel tritt uns vor allem als ein sehr sachlicher, eher spröder, nur selten polemisch agierender Mensch mit einem besonderen sozialen Verantwortungsbewusstsein entgegen, der von den Parteifreunden wie vom politischen Gegner hoch geschätzt wurde. Aus den schriftlichen Quellen kristallisiert sich ein Bild heraus, in dem der Mensch Hanns Seidel seltsam distanziert bleibt. Deshalb freue ich mich, dass wir mit Ihnen einen Gesprächspartner gewinnen konnten, der auch andere, emotionalere Seiten seiner Persönlichkeit beleuchten und den „privaten“ Menschen charakterisieren kann. Sie sind 1935 als zweiter Sohn von Hanns und Ilse Seidel geboren. Im Oktober 1940 wurde Ihr Vater als Soldat eingezo-

gen, da waren Sie gerade fünf Jahre alt. Was sind Ihre frühesten Kindheitserinnerungen an Ihren Vater?

**Christian Seidel:** Meine Erinnerungen an ihn beginnen eigentlich erst nach seiner Rückkehr aus dem Krieg. An die Einberufung kann ich mich nicht erinnern. Der Vater war selten in Urlaub in Aschaffenburg.

**Politische Studien:** Wie haben Sie, Ihr Bruder und Ihre Mutter den Krieg verbracht? Ihre Wohnung in Aschaffenburg wurde nicht ausgebombt, trotzdem waren Sie in Laufach untergebracht. Warum gerade da?

**Christian Seidel:** Wir blieben zunächst in der Wohnung in der Weißenburger Straße in Aschaffenburg. Für Mutter

wurde es immer schwieriger, uns zu ernähren. Sie war ausschließlich auf die Lebensmittelmarken angewiesen, als Anwältsgattin hatte sie nichts zu tauschen, sie hatte offensichtlich auch kein festes Einkommen mehr.

Die Bombenangriffe in Aschaffenburg wurden häufiger und stärker. Am Tag und in der Nacht mussten wir immer öfter in den Keller unseres Hauses. Der war nicht sehr sicher, und klein. Die Bewohner des ganzen fünfstöckigen Hauses saßen eng gedrängt auf Bänken entlang der Wand. Wenn in der Nachbarschaft die Bomben fielen, bebte alles, Staub drang durch die Stahltüren, man konnte kaum atmen. Deshalb zogen wir dann abends mit dem Nötigsten in kleinen Rucksäcken und schweren Taschen in einen großen Keller der befreundeten Familie Pattloch, in den Keller einer stillgelegten Brauerei, der von Bauschutt geräumt wurde und als sicher galt. Dort

schliefen wir in engen Holzverschlagen, mit etwa weiteren hundert Leuten. In diesem Keller hat man sich sicherer gefühlt. Als es noch schlimmer wurde, holte uns Michel Reis nach Laufach im Spessart. Er war Inhaber einer Leichtbauplattenfabrik, ein Klient meines Vaters und ihm politisch und freundschaftlich verbunden. Wir lebten dort in einem Gartenhaus, nicht sehr gut gebaut, in einem Raum mit einer Kochmöglichkeit. In der kalten Jahreszeit holte uns Frau Reis in das Wohnhaus der Familie, wo man für uns im Wintergarten Schlafmöglichkeiten einrichtete. Das Gartenhaus war unterkellert, man konnte in dem niedrigen, feuchten Raum kaum stehen. Dort hatte Michel Reis einen von den Nazis verfolgten Mann versteckt, was mein Bruder und ich natürlich nicht wussten. In der Nacht kam er hervor und bewegte sich im Garten. Meine Mutter war immer in

Prof. Christian Seidel im Gespräch mit Dr. Renate Höpfinger



Foto: Hanns-Seidel-Stiftung, Isabele Küfer

Angst, er könnte entdeckt werden oder wir Kinder könnten etwas merken und uns verplaudern, mit schlimmen Folgen auch für uns. Er wurde später Kultusminister in Luxemburg.

**Politische Studien: Wie lange blieben Sie in Laufach und wie haben Sie sich dort versorgt?**

**Christian Seidel:** Wir waren wahrscheinlich zwei Jahre da. Gelebt haben wir von Fallobst, von dem, was wir auf den Feldern aufgesammelt haben, von Kartoffeln, die liegenblieben. Wir hatten Kaninchen, die mein Bruder pflegte. Selbst wenn wir spielend unterwegs waren, sammelten wir Löwenzahn und Kornähren auf den abgeernteten Äckern. Dort gab es aber nur wenig, denn auch die Kinder der Bauern hatten schon gesammelt. Noch heute sehe ich saftigen Löwenzahn an Wegrändern mit Wohlgefallen. Frau Reis hat uns zusteckt, was sie uns zustecken konnte.

**Politische Studien: Diese Hilfsbereitschaft der Familie Reis war aber ungewöhnlich großzügig und mutig.**

**Christian Seidel:** Herr und Frau Reis waren echte fränkische Katholiken. Sie haben das Katholische gelebt, aber nicht aufdringlich, und sie haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer für die gesorgt, die es brauchten. Dieses Ver-

halten war charakteristisch für das Verhältnis Vater – Reis.

**Politische Studien: Die Eltern Ihrer Mutter waren in Memel, wohin Ihr Vater 1933 geflohen ist. Zudem hatte er auch Geschwister. War da niemand mehr in Aschaffenburg vor Ort, der Sie hätte unterstützen können?**

**Christian Seidel:** Die Eltern Tenter kamen beide vom Niederrhein. Mein Großvater war Direktor der Aschaffener Zellstofffabrik, der von den Nazis in relativ jungen Jahren hinausgeworfen wurde, weil er Freimaurer war. Er wurde dann von seinem Betrieb nach Memel versetzt. Später ist er nach Wiesbaden gezogen. Die Familie war strikt dagegen, dass meine Mutter meinen Vater heiratete. Ihre Eltern haben drei Jahre lang kein Wort mit ihr gesprochen, obwohl sie noch in der Familie lebte. Sie waren gegen meinen Vater, weil er ein armer Mensch war. Sie hätten lieber jemanden aus einer gutbürgerlichen Familie zum Schwiegersohn gehabt. Später kam Großvater, als er merkte, das ist doch ein ordentlicher Mensch, ab und zu zu Besuch. Wir haben ihn auch in Wiesbaden öfter im Altersheim besucht. Er war zu uns Kindern ein strenger Opa, trotzdem habe ich nur die besten Erinnerungen an ihn. Die Omi galt als eine „höhere Tochter“, die in Memel wegen der langen Winter und der Dunkelheit Qualen litt. Nach dem Tod meines Großvaters – lange nach der Nazizeit – stellte mein Vater fest, dass er ihn zum

Testamentsvollstrecker ernannt hatte. Diese Anerkennung hat meinen Vater sehr berührt und beeindruckt.

**Politische Studien: Als Ihr Vater 1933 nach Memel floh, war das Verhältnis zu den Schwiegereltern da schon bereinigt?**

**Christian Seidel:** Das hat sich eigentlich erst in den Nachkriegsjahren wirklich bereinigt, als er eine renommierte Anwaltskanzlei führte und politisch anerkannt wurde. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Großvater meiner Mutter finanziell geholfen hätte.

**Politische Studien: Haben Sie die Kriegereignisse in Laufach überhaupt mitbekommen?**

**Christian Seidel:** Den Krieg haben wir nur bedingt mitbekommen. Wir litten keinen Hunger und dass wir sonst nichts zu essen hatten, das war für uns Kinder fast normal. Von Laufach konnte man bis nach dem 12 Kilometer entfernten Aschaffenburg schauen. Wenn die Bomber kamen, sahen wir in der Ferne die „Christbäume“ am Himmel, diese Leuchtbomben, und nachdem die Bomben gefallen waren, den glutroten Himmel. Zu guter Letzt, als keine Luftabwehr mehr da war, kamen die Bomber tagsüber und zerstörten Aschaffenburg nahezu vollständig. Das haben wir miterlebt, aber wir Kinder hatten keine Angst, denn unsere Mutter und die Familie Reis waren ja da.

**Politische Studien: Ihr Vater war in Russland. Ist er von dort mit der Front zurückgewichen oder war er in Gefangenschaft?**

**Christian Seidel:** Er ist mit seiner Einheit zurückgewichen, wurde nach Ungarn an die Front verlegt, wich wieder zurück und geriet dann irgendwo in Schlesien in amerikanische Gefangenschaft. Als die

Amerikaner sie an die Russen übergaben, ist mein Vater mit vier Kameraden geflohen. Schon am ersten Tag schafften es zwei nicht mehr. Vater und Arno Zierau sind nachts, teilweise auf allen Vieren, durch den Wald weitergeflohen nach Westen. Sie kamen noch in Schlesien erneut in amerikanische Gefangenschaft, aus der sie dann offiziell entlassen wurden. Von da sind sie zu Fuß nach Laufach gegangen. Sie waren schon ein paar Wochen unterwegs.

**Politische Studien: Wie gestaltete sich die Rückkehr Ihres Vaters? Hatten Sie bereits vorher Nachricht von ihm?**

**Christian Seidel:** Die Heimkehr des Vaters gestaltete sich dramatisch. Mutter hatte viele Monate nichts mehr von ihm gehört und wusste nicht, ob er noch lebte. Eines Tages kam Michel Reis zu uns ins Gartenhaus und rief schon von Weitem: „Frau Seidel, ich habe Treibstoff für das Auto ergattert. Wir laden Sie und die Kinder zu einem kleinen Ausflug ein. Sie haben so große Sorgen, dann kommen Sie auf andere Gedanken.“ Michel und Frenz (Franziska) Reis und wir drei Seidels hinten in dem kleinen Auto, einem klapprigen kleinen DKW, Holzklasse, es war eine Sensation und alle freuten sich, den Spessart raufzufahren nach Heigenbrücken, von Laufach etwa zehn Kilometer entfernt. Dort lebten Bekannte und wir hatten die Hoffnung, einen Apfelkuchen zu bekommen. Wir fuhren also den Spessart hinauf. Hinter der Ortschaft Hain beginnt die Straße zu steigen. Nach einem guten Stück kamen wir an einer kleinen Gruppe vorbei. Eine Dame unterhielt sich mit zwei Soldaten in zerschlissenen Uniformen, nur Brotbeutel umgehängt. Im Vorbeifahren rief meine Mutter: „Oh, das ist die Frau ... aus Aschaffenburg!“ und winkte ihr. In

“

**Das Verhältnis zu den Schwiegereltern wurde erst nach dem Krieg besser, als mein Vater eine renommierte Anwaltskanzlei führte und politisch schon anerkannt war.**

Heigenbrücken angekommen, erhielten wir tatsächlich ein Stück Apfelkuchen, für uns Kinder ein Gottesgeschenk. Gegen Abend kehrten wir nach Laufach zurück. Am Ortsrand hielt uns ein Mann an und rief: „Frau Seidel, Frau Seidel, Ihr Mann ist heimgekehrt!“ Die beiden Soldaten, an denen wir vorbeigefahren waren, waren mein Vater und ein Kamerad.

Im Gartenhaus saß der erschöpfte Vater. Die Krankenschwester, eine Ordensfrau, die schon geholt worden war, kniete zu seinen Füßen. Seine Füße waren nach den langen Fußmärschen vollkommen offen, blutig, blankes Fleisch. Die Schwester wunderte sich, dass er überhaupt noch hatte laufen können. Was wäre das für ein Segen gewesen, wenn er die letzten zehn Kilometer mit dem Auto hätte fahren können.

Er war auf jeden Fall wieder da. Der Kriegskamerad, den er mitgebracht hatte, wusste nicht, wohin er sollte. Er hat dann auch noch bei Reis gewohnt und eines Tages sogar eine der Reis-Töchter geheiratet.

**Politische Studien: Wie ging es beruflich und privat nach seiner Heimkehr weiter?**

**Christian Seidel:** Kaum war mein Vater wieder zu Kräften gekommen, eröffnete er in einem zerbombten Haus in Aschaffenburg notdürftig eine Anwaltspraxis und hatte offensichtlich auch sehr bald sein altes Klientel wieder. Diese Praxis blieb mir in Erinnerung, weil das Haus von einer Bombe getroffen worden war, die vom Dach bis zum Keller durchschlug. In jedem Stockwerk klaffte dieses Loch, auch im Büro meines Vaters. Wir wohnten auch wieder in der alten Wohnung, die nicht kaputt war. Bald wurde er von den Amerikanern zum Landrat bestellt. Er war überrascht, als

man ihn in die Verfassunggebende Landesversammlung berief, und meinte dazu, man hätte eben keinen anderen gefunden, der unbelastet war.

Vater wurde wieder politisch aktiv. Er war Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Obernburg-Miltenberg, den er bis zu seinem Tod immer mit guten Ergebnissen vertreten hat. Die Bevölkerung dort kannte den Hanns Seidel, er war den Menschen echt verbunden. Wenn er dort Wahlreden hielt, durften wir ab und zu mal mit. Nach einer Veranstaltung in Klingenberg kam eine alte Frau auf mich zu, schaute mich liebevoll an, streichelte mich und sagte: „Bist du dem Hanns sei Klaaner?“ Die Frau nahm mich in den Arm. Vater wusste nicht, wer das war. Vermutlich jemand, der die Familie oder den Hanns als Bub gekannt hatte.

**Politische Studien: Erzählte Ihnen Ihr Vater von seinen Kriegserlebnissen? Auch von seinen Erfahrungen mit den Nazis vor dem Krieg?**

**Christian Seidel:** Vater hat sehr wenig erzählt, hie und da mal eine Bemerkung fallen lassen. Er hat nie Aufhebens von seiner Person gemacht. Das meiste habe ich von Dritten erfahren, insbesondere die Ereignisse aus der Nazizeit. Sehr vieles kenne ich nur aus der Perspektive meiner Mutter. Wirklich ausführlich und zusammenhängend vom Krieg in Russland und seiner Flucht aus der Gefangenschaft hat er nur seiner künftigen Schwiegertochter, meiner späteren Frau, erzählt. Er war schon sehr krank, sie saß stundenlang bei ihm im Wohnzimmer und er hat ihr alles erzählt, niemandem sonst.

**Politische Studien: Seinen Entschluss zur politischen Arbeit fasste er in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Sprach er über seine Beweggründe mit Ihnen?**



**Mein Vater hat nur sehr wenig von seinen Kriegserlebnissen erzählt – das meiste weiß ich von Dritten.**

**Christian Seidel:** Nein, er hat auch davon nicht erzählt. Es war die Mutter, die immer wieder schilderte, dass bei abendlichen Treffen mit Freunden alsbald politisiert wurde und Vater stets einen kommenden Krieg vorhergesagt habe. Das sei für sie deprimierend gewesen. Meines Erachtens war sein Entschluss, sich politisch zu engagieren, ganz entscheidend von den verworrenen Verhältnissen in der Weimarer Republik geprägt, von seiner christlichen Weltanschauung und seiner Überzeugung, dass mit den Nazis Unheil über Deutschland hereinbrechen wird. Und darum hat er schon sehr bald Wahlreden gehalten, die zum Teil sehr turbulent waren.

**Politische Studien: Bitte erzählen Sie doch, was Sie über Ihren Vater und die Vorgänge aus dieser Zeit wissen.**

**Christian Seidel:** Er wird immer als spröde geschildert, das war er aber nur bedingt. Er muss als junger Mensch, als Student und als junger Anwalt, sehr gesellig gewesen sein. Seine Schwester Anna hat oft erzählt, dass er häufig Kommilitonen mitbrachte, wenn er von der Universität heimkam. Die saßen dann abends vor dem kleinen Häuschen in Schweinheim im Hof und haben so schön gesungen, dass alle Fenster offen standen und die Nachbarn zugehört oder mitgesungen haben. Und wenn der Hanns im Kirchenchor gesungen hat, sei die Kirche immer voll gewesen, weil alle Mädchen ihn hören wollten. Er war beliebt, und er muss ein guter Kartenspieler gewesen sein. Er ist zum Leidwesen

meiner Mutter, die ausgesprochen protestantisch in der Schule einer Herrnhuter Gemeinde erzogen worden war, einmal in der Woche ins Cafe Central gegangen, um dort Schach zu spielen.

Er war auch bei seinen Kollegen sehr beliebt, die ihm geholfen haben, als er schon politisch tätig war. In Aschaffenburg dominierte die Kleiderindustrie und die war jüdisch, seine Kunden waren zum Großteil jüdisch. Die hat er vertreten, selbst als sie verfemt waren, und noch mehr, als er selbst verfemt und das für ihn gefährlich war. Er tat es nicht wegen des Honorars, sondern um der Gerechtigkeit willen. Er setzte sich gleichermaßen für nichtjüdische Klienten ein, denen die Nazis es schwer machten, ihre Rechte geltend zu machen.

Mein Vater wurde zunächst als der Anwalt der Juden angegriffen, es hieß: „Der Seidel muss weg.“ Er hat dann als Mitglied der Bayerischen Volkspartei deftige Reden gegen die Nazis gehalten. Es gab verschiedentlich Hausdurchsuchungen von der Gestapo, was meine Mutter nie vergessen hat und wohl ein Grund war, warum sie keinerlei Unterlagen aufbewahrte. Es gibt kaum persönliche Unterlagen von uns, kaum Fotos, mit der einzigen Ausnahme der Feldpostbriefe meines Vaters aus Russland.

Mein Vater wurde in Schutzhaft genommen. Seine Anwaltskollegen bekamen mit, dass man plante, ihn in ein KZ einzuliefern. Sie bestanden darauf, dass



**Vater konnte dank Stipendien trotz seiner armen Herkunft das Gymnasium besuchen, musste sich aber das Studium selber verdienen.**

er bei einem laufenden Prozess, in dem er engagiert war, noch einmal vor Gericht auftreten musste. Er wurde dazu aus dem Gefängnis in den Gerichtssaal gebracht. Während einer Prozesspause sorgten sie dafür, dass er durch die Hintertür fliehen konnte. Er floh zu seinen Schwiegereltern nach Memel, das in neutralem Gebiet lag. Seine Flucht unterstützten auch die Kollegen, die Mitglieder der NSDAP waren.

**Politische Studien: Ihr Vater kehrte schon nach einigen Wochen wieder zurück. Wie ging es dann weiter?**

**Christian Seidel:** Seine Kollegen hatten ihm signalisiert, dass er wiederkommen konnte. Er wurde nicht mehr verhaftet, sondern als Anwalt unter Kontrolle gehalten und 1940 trotz seines Alters zum Militär eingezogen.

**Politische Studien: Seine Herkunft und seine harte Kindheit und Jugend waren prägend für Ihren Vater. Können Sie seine Familie etwas charakterisieren?**

**Christian Seidel:** Wenn ich nach dem Bild von meinem Vater gefragt werde, muss ich eine Facette herausheben, die ganz wichtig ist: Seine Jugend in ärmlichen Verhältnissen. Das Bild von ihm, das sich in der Öffentlichkeit geformt hat, ist nicht falsch. Um ihn zu verstehen, muss man aber neben den Erfah-

rungen in der Nazizeit und in Russland auch seine Jugend erwähnen.

Er wurde in Schweinheim geboren, damals ein karges Dorf bei Aschaffenburg vor den Höhen des Spessart. Seine Mutter, eine zweifache Witwe, lebte mit sechs unmündigen Kindern in armen Verhältnissen. Aus der ersten Ehe stammten Tante Anna, Onkel Schorsch, Onkel Josef und mein Vater, aus der zweiten Ehe Tante Tina und Tante Hilde. Seine Mutter war ohne Einkommen, besaß aber ein kleines Häuschen, aus Lehm gebaut, unten mit Steinen, zwei kleine Ackerstreifen für Heu, Äpfel und Kartoffeln, ein Gemüsegarten hinterm Haus und eine Ziege, was Milch bedeutete. Um etwas Geld zu verdienen, rollte sie mit zwei anderen Frauen in Heimarbeit in einem Schuppen Zigarren. Den Tabak aus der Pfalz erhielt sie von dem Tabakverleger Behl, der die Zigarren anschließend vertrieb. Er half der Oma auch finanziell aus und bezahlte zum Beispiel ihre Beiträge für die Rentenversicherung, wenn sie kein Geld dafür hatte.

Eines Tages kam ich dahin, es war Geschrei und Geheul. Was war passiert? Der Zoll war da und hatte den offensichtlich nicht verzollten Tabak beschlagnahmt und auf den Mist geworfen. Nicht weil der Tabak kaputt war, sondern weil der Mist nicht mehr zu gebrauchen war, gab es das Geschrei. Das war die viel größere Tragödie. Trotz aller Not und Einschränkungen waren dort nie Klagen zu hören. Die Oma saß nachmittags am Fenster, trank Kaffee

mit Ziegenmilch und tauchte ein Stück Brot ein. Das war ihr Essen. Und wenn ich zu Besuch kam, musste ich auch diese Ziegenmilch trinken, weil sie sehr gesund und kräftigend sei. Ab und zu habe ich sie auf ihren Acker begleitet, wenn das Heu gemacht wurde. Sie trug das Heu in einem Sack auf dem Kopf heim. Ich bin vor ihr her gesprungen und immer über den Bach hin- und herüber. Nach einer Weile sagte sie: „Entweder gehst du jetzt auf der Straße oder du ziehst deine Schuhe aus. Mit der Hupferei ruinierst du deine Sohlen.“

Die Kinder brachten den Arbeitern der Linde Eismaschinenfabrik auf der anderen Seite von Aschaffenburg das Mittagessen. Das war ein langer Fußmarsch, den sie gerne machten, weil sie auf dem Heimweg die Reste essen durften. Sie machten noch einen kilometerweiten Umweg über Hösbach, wo sie das Brot kauften, weil der Bäcker dort ihnen ein Brötchen schenkte, das sie selbst essen durften. Einmal hat unser Vater ein Zehn-Pfennig-Stück gefunden und es nicht sofort seiner Mutter abgeliefert. Das muss eine Tragödie gewesen sein.

Vater durfte auf das Gymnasium. Er hatte zwar Stipendien, brauchte bei den Benediktinern kein Schulgeld zu bezahlen, musste sich aber selbst das Geld für das Studium verdienen, manchmal im Bergwerk im Ruhrgebiet. Als er später so krank wurde, meinte Oma immer, das komme, weil er damals so hart arbeiten müssen und von der schlechten Ernährung. Als Student hatte mein Vater in Würzburg einen Freitisch in der Gastwirtschaft von Anna Vaitl. Später betrieb sie in München die Torggelstube am Platzl, wo heute Schuhbeck ist. Das war in der Nachkriegszeit eines der ersten Lokale, wo es ein ordentliches Mittagessen gab. Dort hatten die Konservativen, die

CSU-Gründer, einen politischen Stammtisch. Mein Vater war auch immer da, und es war der ganze Stolz von Frau Vaitl, dass sie ihren früheren Studenten bewirten konnte. Als er dann das Haus in der Tizianstraße bauen wollte, war es ihm nicht möglich, eine ausreichende Finanzierung zu bekommen. Es gab nur einen Kredit von der Landesbank, aber der Rest fehlte. Da lieb Frau Vaitl „ihrem Studenten“ das Geld.

Der jüngere Bruder meines Vaters, Onkel Josef, ein Lebenskünstler, Tüncher und Malermeister, war in jungen Jahren mit seinem Bruder Schorsch, ein Gärtner, nach Südamerika gegangen. Dort kämpfte er sich als Sänger in den Bars durch. Er hat auch als Fremdenführer gearbeitet und ist nach einem Jahr wieder zurückgekehrt. Onkel Schorsch blieb länger dort, betrieb Landwirtschaft, kam dann zurück und machte eine Gärtnerei auf. Onkel Josef hatte die Tante Maria kennengelernt. Sie kam aus einem kleinen Lebensmittelladen und war „etwas Besseres“. Für ihre Familie war ein Seidel undenkbar, sie durfte so einen schon gar nicht heiraten. Sie haben sich aber mögen. Er ging nach Südamerika, und sie hat mir später erzählt, dass sie ja wusste, wann er wegfuhr, und ist dann heimlich zum Bahnhof gegangen. Sie traute sich nicht, zu ihm zu gehen, aber er entdeckte sie, winkte ihr, kam rüber und hat ihr zum Abschied eine Lilie geschenkt und einen Kuss gegeben. Dann war er weg und hat auch nicht geschrieben. Nach einem Jahr kam er wieder, im weißen Anzug mit braunen Schuhen und weißen Absätzen, Hut und Schnurrbart. Er ging geradewegs zum Haus von Tante Maria und fragte: „Bist du noch meine Lilie?“ Nachdem sie ja gesagt hatte, meinte er: „Dann heiraten wir nächste Woche.“ Sie

haben tatsächlich geheiratet, hatten aber auch nichts zum Beißen. Tante Maria führte einen mustergültigen Haushalt, sie hat alles für die Kinder selbst geschneidert und den turbulenten Onkel Josef und seine Maurergesellen durchgefüttert. Onkel Josef war arm wie eine Kirchenmaus, aber wahnsinnig fleißig. Er wurde später zu einem sehr vermögenden Grundbesitzer, war stolz und selbstbewusst, aber immer ein liebenswürdiger Mensch.

Mein Vater galt als sehr intelligent. Er war der einzige in der Familie, der studieren durfte, weil der Pfarrer sagte, er hätte das Zeug dazu. Er vermittelte ihm wohl auch Kost und Logis bei den Benediktinern. Mein Vater hat aber immer betont, die Gescheiteste in unserer Familie sei die Tante Anna. Aber ein Mädchen konnte unmöglich studieren! Tante Anna war ein Phänomen. Als junges Mädchen arbeitete sie als Haushälterin in einem koscheren jüdischen Haushalt, sie war perfekt in der jüdischen Küche und im jüdischen Ritus. Später wurde sie Köchin bei Pfarrer Grünwald in Birkenfeld. Sie führte dort das Regiment, hatte ein blitzblankes Haus und überall gehäkelte Deckchen, war gefürchtet und geschätzt. Pfarrer Grünwald war ein richtiger Pfarrherr und hat das so über sich ergehen lassen. Ich habe immer vergeblich versucht, Tante Anna dazu zu bewegen, die Familiengeschichten aufzuschreiben oder auf Band zu diktieren. Es wäre eine Kulturgeschichte des Spessart geworden.

Oma ist nie verreist. Nur einmal kam sie nach München, als Vater das Haus in der Tizianstraße gebaut hatte. Sie schaute sich alles an und meinte zufrieden: „Jetzt hat endlich der Hanns auch ein eigenes Haus.“ Da war er schon Minister. Bis ins hohe Alter hat sie ihm zu Weih-

nachten Socken gestrickt, weil der arme Hanns immer kalte Füße hatte. Diese Verhältnisse, die Armut, ich finde, das hat unseren Vater sehr geprägt. Er war nie abhängig von materiellen Dingen.

**Politische Studien: Für Ihre Mutter, eine behütete Tochter aus einem wohlhabenden Haus stammend, waren die engen materiellen Verhältnisse sicherlich nicht einfach.**

**Christian Seidel:** Als er die Anwaltskanzlei eröffnete, hatten meine Eltern nicht das Geld, um eine Schreibmaschine zu kaufen. Diese wurde geleast, für 10 Pfennige pro Tag, und es war ein ständiges Bangen, ob sie das Geld dafür zusammenbringen. Das Schlimmste für meine Mutter war, dass mein Vater am Samstag immer in die Buchhandlung Pattloch ging und mit einem Arm voll Bücher zurückkam. Sie dachte an das Haushaltsbudget und er sagte stets, die seien ja nur zur Ansicht, aber zu guter Letzt blieben die Bücher doch alle bei uns. Die Folge war, dass er schon damals eine ausgezeichnete Bibliothek besaß.

Mein Vater kam in die wohl situierte bürgerliche Familie Tenter als Nachhilfelerhrer für ihre Brüder. Da haben sich die zwei ineinander verguckt, aber sie durfte das nicht zu erkennen geben. Er besaß nur ein einziges Hemd, das sie ihm heimlich gewaschen hat. Er musste sich so lange verdrücken, bis das Hemd wieder trocken war. Vater hat da schon in Würzburg studiert. Sie war damals erst 16 Jahre alt und ist heimlich mit dem Zug nach Würzburg gefahren, um mit Vater im Weinberg spazieren zu gehen. Ihr Bruder Fritz hat sie zufällig am Bahnhof gesehen, das gab daheim ein Riesendrama. Immer wenn sie uns Buben zur Rede stellte, was für ein liederliches Leben wir führen würden, haben wir natürlich die Episode in Würzburg erwähnt.



Hanns und Ilse Seidel

Bildnachweis: ACSP, NL Seidel/Hanns: 77

**Politische Studien: Ihr Vater gehörte nicht zu denen, die nach dem Dritten Reich und dem Krieg nichts mehr von Politik wissen wollten.**

**Christian Seidel:** Nein, das war für ihn nach dem Krieg einfach eine selbstverständliche Verpflichtung. Ich habe ihn schon gefragt, wie er sich fühlte, im Krieg Hitlers Politik zu vertreten. Er hat dann gesagt: „Wenn du da im Graben liegst und es kommen zehn Russen mit dem Gewehr auf dich zu, um dich zu töten, da überlegst du nicht, warum du jetzt hier bist, sondern du denkst, um Gottes Willen, was mache ich.“ Er sagte auch: „Nazi-Deutschland war schlimm, aber für mich war noch schlimmer, an der Front zu stehen und mir vorzustellen, was geschieht, wenn Deutschland besetzt wird. Wenn die Bolschewiken bei uns das Herrschen haben. Unsere vorrangige Pflicht war, sie fernzuhalten, nicht Stalingrad zu erobern, sondern zu vermeiden, dass Deutschland besetzt wird.“ Diese Haltung zeigte sich auch bei späteren Besuchen seiner Kriegskameraden, die unter Vater gedient hatten

und sich bedankten, weil er ihr Leben gerettet hätte. Wenn ich dann nachforschte, warum sie ihm das Leben verdankten, sagten sie, weil er sie so vernünftig geleitet und geschaut habe, dass sie da heil rauskamen. Einer meiner liebsten Erinnerungsgegenstände ist eine kleine Ikone, die ihm eine russische Mutter geschenkt hat, weil er offensichtlich diese Frau mit ihren Kindern einen harten, langen russischen Winter durchgefüttert hatte, mit seiner sicherlich auch nicht üppigen Ration.

**Politische Studien: Wann zog die Familie nach München um und wie gestalteten sich Ihre schulischen Stationen?**

**Christian Seidel:** Die Familie blieb zunächst in Aschaffenburg. Ich besuchte dort die Volksschule und die ersten Klassen des Humanistischen Gymnasiums. Nach der Ernennung zum Wirtschaftsminister, vielleicht auch schon vorher, mietete Vater ein möbliertes Zimmer in Obermenzing bei einer alten, strengen Oberstgattin, die mir deswegen in Erinnerung blieb, weil sie sämtli-



”

**Mein Vater sagte: Nazi-Deutschland war schlimm, aber für mich war noch schlimmer, an der Front zu stehen und mir vorzustellen, was geschieht, wenn die Bolschewiken bei uns das Herrschen haben.**

che Karl May-Bände besaß und wir uns ab und zu einen leihen durften. Als deutlich wurde, dass München den Vater doch nachhaltig festhalten würde, zog die Familie in eine Wohnung nach Grünwald. Er war ja ein Familiemensch und wollte seine Familie um sich haben. Grünwald war für uns Buben schlecht, weil es da draußen kein Gymnasium gab und ich jeden Tag mehr als zwei Stunden Schulweg hatte. Aber meinem Vater war einfach wichtig, dass er ein bisschen draußen sein, dass er spazieren gehen konnte.

1949/50 haben wir das Haus in der Tizianstraße gebaut. Damals wunderten sich die Leute, wie wir so weit in der Vorstadt wohnen konnten. Mein Vater – und das war wieder typisch für ihn – hätte auch das Nebengrundstück kaufen können, aber er sagte, man kaufe nur so viel, wie man für den eigenen Bedarf brauche. Zudem empfand er den Quadratmeterpreis von elf Mark als Wucher.

Ich besuchte zunächst das Theresien-gymnasium in München, später das Privatgymnasium Ernst Adam in unmittelbarer Nähe unseres Hauses in der Tizianstraße. Es heißt heute Nymphenburger Gymnasium. Damals war das keine staatlich anerkannte Schule. Die Abiturprüfung wurde von einer Kommission abgenommen. Es war eine erschwerte Prüfung, weil die mündliche Prüfung in allen Fächern abgenommen wurde, da-

durch aber dann staatlich anerkannt war. Das Abiturzeugnis wurde vom Wittelsbacher Gymnasium ausgestellt.

**Politische Studien: Ihr Vater übernahm das Amt des bayerischen Wirtschaftsministers 1947, in einer Zeit, die vor allem durch Mangelverwaltung geprägt war. Was haben Sie davon als Kind und Teenager „mitbekommen“? Wurde über die politische Arbeit des Vaters zuhause gesprochen?**

**Christian Seidel:** Von der Tätigkeit als Wirtschaftsminister habe ich sehr wenig mitbekommen. Zuhause wurde kaum darüber gesprochen, so war wenigstens mein Eindruck. Die Tätigkeit als Minister war die Erfüllung einer Pflicht. Dass ein Minister etwas Besonderes sein könnte, wurde nie erwähnt. Erst als ich älter wurde, begriff ich, welche Leistung der Vater in diesen Jahren vollbracht hat. Als ich selbst schon im Beruf stand, begegneten mir immer noch Unternehmer, die den Vater voll Verehrung erwähnten und berichteten, wie er sie gefördert hatte, insbesondere die Unternehmer, die als Flüchtlinge aus dem Osten gekommen waren, deren Betriebe in Geretsried angesiedelt wurden. Aber auch Betriebe, die durch seine Toleranz Reparationen an die Amerikaner vermeiden konnten, dann Firmen, die sich neu ansiedelten oder Audi und Siemens, die in Bayern verankert wurden. Der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat ist keine Phrase. Mein Vater wollte „saubere Industrien“ ansiedeln. Er setzte sich dafür ein, lange

bevor dieser Begriff und sein Inhalt ins allgemeine Bewusstsein gelangten.

**Politische Studien: Ihr Vater musste als Wirtschaftsminister wichtige Weichenstellungen in Bayern vornehmen, ich nenne nur den Aufbau von Infrastrukturmaßnahmen oder die Energieversorgung. Er war Anwalt. Woher hatte er das wirtschaftliche Know how, das ihn zu einem ausgewiesenen und anerkannten Fachmann für Wirtschaftsfragen machte?**

**Christian Seidel:** Das sagten ihm sein gesunder Menschenverstand, seine breite Lektüre und seine Erfahrungen als Wirtschaftsanwalt. Er war immer sehr skeptisch gegenüber dem Establishment. Die Ministerialräte im Wirtschaftsministerium waren damals selbstbewusste Herrgötter, aber ihn respektierten und schätzten sie. Er hat genau beobachtet. Später hat er es sehr beklagt, dass er nicht mehr unbefangen unter die Leute gehen konnte, dass ihm die Leute, wenn

sie wussten, das ist der Herr Minister, nur Unsinn erzählten. Damals waren die Energiefragen, das Thema Pipelines, so giftig wie heute die Atomkraft. Er argumentierte, es gebe kaum ein Risiko. Wenn wirklich mal ein Rohr undicht sei, dann könne man das richten. Bayern brauche die Energie und sie müsse bezahlbar sein. Deshalb setzte er sich auch für den Bau von Wasserkraftwerken an den Donauschleusen ein.

**Politische Studien: Als Adenauer versuchte, Ihren Vater in die Bundespolitik zu holen, hat er das geschickt zu verhindern gewusst. Haben Sie mit ihm über seine Gründe gesprochen?**

**Christian Seidel:** Darüber haben wir nicht direkt gesprochen. Es gab einmal, zumindest im internen Kreis, die Diskussion, ob er als Bundespräsident in Frage käme. Sein Argument war immer: „Das bin ich nicht, das kann und will ich nicht. Hier ist mein Platz, ich bin gut

Hanns Seidel (Dritter v.r.) in den Bänken der CSU-Fraktion im Plenarsaal des Bayerischen Landtags 1958



hier, das verstehe ich.“ Ich habe das als junger Mann als vorgeschoben angesehen, aber das war es nicht. Er hätte sich nicht wohl gefühlt.

**Politische Studien: Ihre Mutter hat ihn, spätestens in seiner Amtszeit als Ministerpräsident, bei diversen Terminen begleitet. Wie wurde das in der Familie „geregelt“? Durften oder mussten Sie und Ihr Bruder auch mit? Hatte seine politische Tätigkeit Folgen für Sie, z.B. in der Schule?**

**Christian Seidel:** Es war damals nicht üblich, dass die Familie in die Publizität des politischen Geschäftes integriert wurde. Wir Buben durften allenfalls einmal im Auto mitfahren, aber in Erscheinung traten wir nie. Die Mutter begleitete den Vater nur, wenn es aus protokollarischen Gründen erforderlich war. In der Schule habe ich unter dem Amt des Vaters gelitten, nicht in Aschaffenburg und nicht am „Adam“. In Aschaffenburg war Vater den Lehrern bekannt. Sie kannten ihn als Altersgenossen, als Studienkollegen, man wusste um sein politisches Engagement in den Anfangsjahren. Ich war kein guter Schüler und die Sorge der Lehrer war eher, mich zu fördern und mir die lateinische Grammatik ordentlich beizubringen. Die Lehrer dachten wohl, der Vater war ein so Gescheiter, aus dem Buben wird einmal nichts, aber wir müssen ihn wenigsten durch die Schule bringen. Schlimm war es in München am Theresiengymnasium. Dort war das Milieu ein ganz anderes, es war Großstadt, Minister galten als Bonzen. Besonders ein Lehrer, so ein richtiger Pauker, den ich auch noch in fünf Fächern hatte, machte ständig zynische Bemerkungen in meine Richtung wie „Politiker, diese sich ständig wendenden unzuverlässigen Fahnen im Wind“. Ich begriff nicht, was damit gemeint war,

denn ich wusste nichts von der wirklichen Bedeutung des Vaters, dass unser Vater als Minister etwas Besonderes war. Darum habe ich gar nicht verstanden, warum ich als Schüler angegriffen wurde. Hinzu kam, dass ich ein schlechter Schüler war, der mit Bemerkungen bedacht wurde wie „So einen Aufsatz kannst du schreiben, wenn du einmal Minister bist“. Für besagten Lehrer war ich nicht nur der „Politikersohn“, sondern dazu noch dumm und faul. Da habe ich echt gelitten. Meine Mutter hat das gemerkt. Gegen den Willen des Vaters, der meinte, so etwas müsse man durchstehen, meldete mich Mutter beim „Adam“ an. Von dem Moment an ging ich gerne in die Schule, wurde ein leidlicher Schüler, hatte ordentliche Noten und bestand das Abitur. Ich hatte echt Freude am Lateinischen, so dass ich heute noch gern Latein lese. Und vom Studium an gab es gar kein Problem mehr.

**Politische Studien: Sie nannten Ihren Vater einen Familienmenschen. Welche Rolle spielte denn seine Familie für ihn?**

**Christian Seidel:** Das ist eine Frage, die ein Sohn nur schwer beantworten kann. Man lernt die Eltern ja erst in einer späten Phase wirklich kennen, zumal wenn der Vater sein Herz nicht auf der Zunge trägt. Ich würde sagen, die Familie, sein Haus, das war sein Zentrum. Er war wenig zuhause, hat oft in der Nacht noch gearbeitet. Er hat fast alle Reden selbst geschrieben, sie zumindest bis ins kleinste Detail überarbeitet. Wann immer er konnte, fuhr er zurück in die Tizianstraße. Dort fühlte er sich wohl, dort entspannte er. Die Gegenwart meiner Mutter war ihm wichtig, auch wenn er im Nebenzimmer saß und arbeitete. Er genoss die kurzen und wenigen Ferientage mit meiner Mutter in Bozen oder Meran. Wie sehr er an

ihr gegangen hat, darüber haben sie nie groß geredet. Das war früher auch nicht üblich. Es kommt indirekt in den Briefen aus Russland zum Ausdruck. Vielleicht ist das der Grund, warum meine Mutter sie als Einziges aufgehoben hat.

**Politische Studien: Es gibt ein sehr launiges Foto, das ihn zusammen mit Ministerpräsident Hans Ehard Arm in Arm, beide offensichtlich mit Genuss rauchend, bei den Bayreuther Festspielen zeigt.**

**Christian Seidel:** Er hat ganz stark Zigaretten geraucht. Als er Probleme mit der Galle bekam, riet ihm der Arzt, besser Zigarren oder Pfeife als Zigaretten zu rauchen. Das ist ihm sehr schwer gefallen, es hat mindestens zwei Jahre gedauert, bis er das Rauchen wirklich überwunden hatte. Er hat einen guten Wein geschätzt, hat gerne Bocksbeutel getrunken. Als wir Buben dann in dem Alter waren, wo wir auch schon mal einen Wein trinken wollten, leerten wir ab und zu eine Flasche zu dritt. Meine Mutter saß daneben und kontrollierte jeden Schluck, insbesondere bei uns Buben. Sie fürchtete, wir gewöhnten uns das an, jetzt beginne der Untergang der Familie. Dadurch konnte natürlich nie eine besondere Stimmung aufkommen. Sie war heilfroh, wenn die Flasche leer war und alle ins Bett gingen.

**Politische Studien: Die Jahre seiner politischen Arbeit von 1945 bis zu seinem Tod 1961 waren geprägt von den zentralen Weichenstellungen der Aufbaujahre in**

**Bayern und im Bund. Zudem spielte Ihr Vater eine außerordentlich wichtige Rolle beim programmatischen und organisatorischen Aufbau der CSU und ihrer Modernisierung ab den 50er-Jahren. Wenn Sie aus der heutigen Sicht und mit dem großen zeitlichen Abstand die politische Arbeit Ihres Vaters beschreiben sollen, welche Themen und Maßnahmen halten Sie für wesentlich und wichtig?**

**Christian Seidel:** Es fällt mir schwer, einzelne Maßnahmen oder Themen herauszugreifen. Ich glaube, dass er die Arbeit als Wirtschaftsminister selbst als sehr wichtig empfand. Wichtig war auch seine Zeit als Führer der Opposition im Bayerischen Landtag. Obwohl man ihm gerne Führungsschwäche unterstellte, gelang es ihm mit seiner ruhigen Art und seiner hohen Fachkenntnis, einen neuen politischen Stil zu formen. Er war beliebt, zumindest respektierte man ihn. Diejenigen, die ihm mangelndes Durchsetzungsvermögen nachsagten, mussten irgendwann erkennen, dass sie sich getäuscht hatten. Es waren meist die bayerischen Politiker, die der lautstarken Wirtschaftspolitik oder dem dogmatischen Klerikalismus von Hundhammer nachtrauerten. Er hat nicht wie die CSU Opposition als die große Katastrophe empfunden, sondern als Herausforderung in einer Demokratie. Opposition bedeutete für ihn konstruktive Kritik, nicht destruktive Kritik um der Kritik willen, nicht das Dagegen-



**In der Schule habe ich als Politikersonn gelitten, v. a. in München.**



**Eberhard und Schedl haben schon ein paar Minen gelegt – ich sehe die beiden immer noch vor mir, wie sie sich mit meinem Vater in der Karl-Theodor-Straße besprechen, wo er eine Anwaltskanzlei hatte.**

sein, um dem Gegner um jeden Preis zu schaden oder gar ihn zu vernichten, sondern Opposition musste auch ein Beitrag zum Wohle des Ganzen sein. Die Auseinandersetzung musste sachlich sein und durfte nicht in billige Polemik abgleiten. Auch bei seinen Wahlreden habe ich bemerkt, dass er seine Gegner nie persönlich angriff oder verletzte. Er argumentierte aus der Sache. Er hat dadurch die Arbeit des Landtages auf ein höheres Niveau gehoben.

Als Parteivorsitzender hat er die CSU zu einer wertorientierten und gut organisierten Volkspartei geformt. Er hatte loyale Partner, die das, was er formulierte und propagierte, auch umsetzten. Das Ende der Viererkoalition war eine taktische Meisterleistung. Hier war er das „Brain“, Rudolf Eberhard und Otto Schedl, zwei echte Gehilfen, denen er vertraute, die Operateure. Erst im Nachhinein konnte ich das taktische Geschick bewundern.

**Politische Studien: Seine Rolle im Machtkampf der CSU mit der Bayernpartei und bei der Beendigung der Viererkoalition ist immer noch nicht klar. Man weiß um den Part seines Generalsekretärs Fritz Zimmermann und anderer Beteiligten, aber Ihr Vater, der als Parteivorsitzender doch zwangsläufig involviert war, wird fast nie in Verbindung mit diesen Vorgän-**

**gen und Intrigen genannt. Hatte er damit wirklich nichts zu tun?**

**Christian Seidel:** Sehr viel sogar. Ich denke, es war der erfahrene Anwalt, der sagte: „Wir brauchen Unterhändler und wir brauchen einen im Hintergrund, der im entscheidenden Moment Hü oder Hott sagt, aber keinen, der sich in all den Schlachten schon verbraucht hat.“ In Bayern ging es ewig lange um Konstellationen und Taktiererei, ob die CSU sich mit der Bayernpartei oder mit den Flüchtlingsvertretern zusammentuk. Eigentlich hat er die Koalition sich ins eigene Patt manövrieren lassen, so dass die Bayernpartei am Schluss gar nicht mehr anders konnte. Zudem hat sich Baumgartner nicht sehr klug verhalten und die anderen Vertreter der Bayernpartei waren ihm vom Niveau her nicht gewachsen. Nach Ansicht meines Vaters hatten sich ungute Geister zusammengefunden, die nicht wirklich qualifiziert waren, eine Regierung zu übernehmen. Er sagte, die Opposition müsse das deutlich machen.

Die Spielbankenaffäre war dann un- gut, das hat er auch so empfunden. Die Bayernpartei hat sich hier selbst ins Abseits manövriert, aber Eberhard und Schedl haben schon ein paar Minen gelegt. Ich sehe die beiden immer noch vor mir, wie sie sich mit meinem Vater in der Karl-Theodor-Straße besprechen, wo er eine Anwaltskanzlei hatte. Er war da schon engagiert.

Mindestens genauso verfahren war damals die Situation bei der Lehrerbil-

dung; das Thema hat die Politik über Jahre belastet. Die Lösung dieses Problems hat ihn ebenfalls zeitlich sehr beschäftigt, er hat sich hier stark engagiert. Ich kann das Ergebnis nicht wirklich beurteilen, ich weiß aber, wie groß die Erleichterung war, als das Problem endlich, auch zur Zufriedenheit der Lehrer, vom Tisch war.

**Politische Studien: Die Krankheit und schließlich der Tod Ihres Vaters nahmen einen langen Verlauf. In den schriftlichen Quellen dazu gibt es unklare Diagnosen.**

**Christian Seidel:** Die Krankheit, die zu seinem Tode führte, verlief in zwei Stufen. Als Folge eines Autounfalls auf einer Dienstreise wurde erst nach längerem Rätselraten ein angebrochener Wirbel diagnostiziert. Es folgte, wie damals üblich, eine wochenlange Behandlung in einem Gipsbett in der Orthopädischen Klinik. Er wurde entlassen, musste aber ein Korsett tragen. Trotzdem blieben Schmerzen und Beschwerden, die erst Professor Bodechtel, der als Diagnostiker im Klinikum Rechts der Isar berühmt war, als Plasmazythose diagnostizierte. Brüche, die nicht schnell versorgt werden, können diese krebsartige Krankheit auslösen. Die Schmerzen wurden immer stärker und die Knochensubstanz löste sich auf. Auf dem Röntgenbild zeigten sich die Knochen wie Glas. Damals war keine wirksame Behandlungsmöglichkeit bekannt. Bodechtel hatte die Hoffnung, dass die in Amerika laufenden Forschungen kurzfristig erfolgreich sein könnten, was sich aber nicht bewahrheitete. Er versuchte immer wieder zu bewirken, dass sich der Zustand nicht verschlechterte. Immerhin blieb so viel Zeit, dass Vater unter größter Anstrengung zwei Bücher im Krankenhaus schreiben konnte. Das hal-

be Zimmer war voller Bücher. Ich musste mindestens einmal in der Woche bestimmte Literatur besorgen. Nie hat er geklagt, aber manchmal war er echt verzweifelt, weil die Schmerzen immer schlimmer wurden. Er hatte den Willen, wieder gesund zu werden, aber irgendwann sagte er: „Bub, ich kann nicht mehr. Ich habe die Kraft nicht mehr.“ Von dem Tag an hat man direkt gemerkt, wie er losgelassen hat und dann ist er schließlich gestorben. Das Ganze war ein Prozess von mindestens einem Jahr. Meine Mutter ging täglich ins Krankenhaus und ich sicherlich beinahe täglich.

**Politische Studien: Wie hat Sie dieser viel zu frühe Tod Ihres Vaters geprägt?**

**Christian Seidel:** Die Familie hat den Leidensweg täglich mitverfolgt, die Kraftakte, mit denen er seine Bücher schrieb, bis er keine Kraft mehr hatte. Bei aller Trauer haben wir es für ihn als Erlösung empfunden. Wie habe ich seinen Tod empfunden? Ich habe über Monate das Sterben eines verehrten Menschen miterlebt. Es hat mich schon geprägt, diese Haltung und dieses Sterben in einem Gottvertrauen. Das zeigte sich genauso, als meine Mutter starb.

**Politische Studien: Wie verlief Ihr weiterer Lebensweg, Ihre persönliche berufliche Karriere? Hatten sie auch Interesse an einer parteipolitischen Betätigung in der CSU?**

**Christian Seidel:** Ich ging meinen Weg in der Dresdner Bank. Auch nach dem Tod meines Vaters galt ich immer noch als Protektionskind, obwohl Vater nie Einfluss auf meine berufliche Entwicklung genommen hat. Das Einzige war, dass er sich bei dem Niederlassungsleiter in München, Dr. Kreuser, den er als Ministerialrat im Wirtschaftsministerium ken-

nengelernt hatte, erkundigte, ob er mit mir zufrieden sei. Ich war damals Kassierer und dann Sachbearbeiter in der Kreditabteilung. Vater hat mich aber klug beraten, als es um die jugendlichen Berufswünsche ging, egal ob Forstmeister oder Theaterregisseur. Er hat nie Druck ausgeübt, sondern die Imponderabilien dargestellt und mir die Wahl überlassen.

Auch von einer politischen Betätigung hat er nicht abgeraten, sondern empfohlen, das allerdings nachdrücklich, dass wir, auch mein Bruder, erst eine Berufsausbildung abschließen sollten, um die Freiheit zu haben, uns jederzeit zurückziehen zu können, sollten wir das für richtig halten.

Schon als Student stellte sich für mich ernsthaft die Frage eines politischen Engagements, weil mich die Politik sehr beschäftigte. Ich bemerkte aber sehr bald, dass ich doch immer der Sohn von Seidel blieb. In der Partei, in unserem Bezirksverband, fürchtete man die Konkurrenz, die Kontrolle, unterstellte, ich wollte nur Karriere machen. Dann überlegte ich mir, ich war schon in der Bank tätig, mich in der Stadt- und Kommunalpolitik zu engagieren. Aber ich spürte schnell, dass auch das nicht funktionieren würde, denn über einen Bankdirektor, der in der Lokalpolitik tätig war, hieß es in der Bank, mit dem könne man nichts anfangen, denn der sei ja immer am Marienplatz. Also habe ich das auch gelassen, bis ich dann im Vorstand der Bank für die Personal- und Ta-

rifpolitik zuständig wurde, von da an hatte ich genügend Politik.

Später forderte mich Theo Waigel auf, als Fachmann für Finanzen das Amt des stellvertretenden Schatzmeisters der CSU zu übernehmen. Obwohl ich das nur bedingt als politisches Engagement gesehen habe, war es eine hochinteressante Phase, weil ich ja immer bei den Vorstandssitzungen der CSU dabei sein konnte.

**Politische Studien: Die Stationen Ihres Lebenslaufes zeigen, dass Sie sich schon viele Jahrzehnte mit Fragen der Wirtschaftsethik, einem derzeit erneut aktuellen Thema befassen. Lässt sich hier auch eine Linie bis zu Ihrem Vater ziehen?**

**Christian Seidel:** Die Beschäftigung mit Ethik ist sicherlich auch durch meinen Vater angeregt. Seine Gedanken kreisten immer um die grundsätzlichen Fragen der Moral, des bonum commune, der gerechten Ordnung, die menschliche Natur. Wichtige Anregungen gab auch Eric Voegelin, der damalige Inhaber des Lehrstuhles für politische Wissenschaften an der LMU München, verstärkt auch durch das Studium an der London School of Economics und den dort herrschenden Geist. Viele Vorträge, die ich dann in der Bank hielt, griffen das Thema Ethik auf. In den siebziger Jahren waren die „Macht der Banken“, ihre „Verstaatlichung“ die Themen – dazu habe ich Vorträge gehalten, wurde dann zu Seminaren eingeladen, zu Tagungen, so dass mir das Ethik-Thema immer geblieben ist, bis hin zu den Vorlesungen, die ich später hielt. Die

waren irgendwann für mich, aber auch für die Studenten unbefriedigend, denn sie erwarteten Gebrauchsanweisungen mit klaren Aussagen, was eine Bank, ein Unternehmen tun soll oder nicht. Ich dagegen habe immer verlangt, sie sollten sich erst einmal Gedanken darüber machen, was Moral, Ethik überhaupt bedeutet, was der Sinn, die Rolle und die Aufgabe eines Wirtschaftsunternehmens in einer Gesellschaft sei. Die Studenten fanden das sehr langweilig.

**Politische Studien: Ihr Vater gilt im besten Sinne als „vorbildlicher Politiker“. Man hört aus all Ihren Schilderungen eine tiefe Verbundenheit mit Ihrem Vater, auch mit Ihrer Mutter, heraus. War Ihr Vater auch für Sie ein Vorbild?**

**Christian Seidel:** Die Verbundenheit ist ohne Zweifel da. Wenn Sie nach dem Vater als Vorbild fragen, würde ich zögern. Er ist kein Vorbild im landläufigen Sinn, so dass ich zum Beispiel gesagt hätte, ich will auch Minister oder Ministerpräsident werden. Aber seine Haltung, seine Auseinandersetzung mit dem Wesen des bonum commune, das ist mir Vorbild. Es ist seine charakterliche Seite, der Respekt und die Demut, die er hatte.

Vorbild ist mir und meiner Frau auf ganz andere Weise auch meine Mutter. Für sie war die Erfahrung prägend, als in Aschaffenburg ihre Bekannten nach den Angriffen des „Stürmer“ auf meinen Vater auf die andere Straßenseite auswichen, um sie nicht grüßen zu müssen. Auch später haben sie die in der Politik üblichen Angriffe auf meinen Vater verletzt. Sie fuhr in München nur dann mit dem Chauffeur, wenn es unumgänglich war. Am liebsten benutzte sie das Fahrrad, denn sie wollte sich gar nicht erst an den Chauffeur gewöhnen, weil sie erlebt hatte, wie schnell aller Luxus wieder weg

sein konnte. Wir reden jetzt mehr über meine Mutter als früher, als sie noch gelebt hat. Sie ist ein Vorbild für die Familie allein schon wegen der Disziplin, die sie stets der Familie gegenüber hatte. Sie hat sich nie in den Vordergrund gespielt.

Unser Vater war ja relativ wenig zuhause, während des Krieges war er nicht da, dann ging er in die Politik und war eigentlich Tag und Nacht unterwegs, und dann war er krank. Aber trotzdem hatte ich immer das Gefühl, er ist da und letztlich hatte er auch immer Zeit für uns. Obwohl wir das als Buben gar nicht so registriert haben, hatte er uns doch im Auge. Darum habe ich ihn nie vermisst. Einmal gab es Probleme in der Familie, ich war zutiefst gekränkt, denn meine Mutter konnte sehr streng sein und ich war angeblich zu lebenslustig. Ich ging, was vorher nie vorgekommen war, in die Staatskanzlei und verlangte, zu meinem Vater vorgelassen zu werden. Das geschah ohne lange Rückfragen, ich durfte sofort in sein Büro und wir haben uns mindestens eine Stunde lang ausgesprochen. Ich bin sicher, dass unterdessen in seinem Sekretariat alles heiß lief, um Besucher zu trösten, Termine umzudisponieren, Telefonate nicht durchzustellen.

Er hat mir nur zweimal etwas verboten. Einmal wollte ich mit einem Freund während des Faschings zum Modellball im Haus der Kunst, etwas ganz Aufregendes, weil da Damen oben ohne waren. Das hat er mir verboten, was ich damals furchtbar blöd fand. Ich bin nicht hingegangen. Das andere war, als ich eine Assistentenstelle bei Professor von der Heydte annehmen wollte. Das hat er mir auch verboten, für meine Begriffe ohne Argument, was er sonst immer hatte. Ich war sehr beleidigt, habe aber bald gemerkt, dass er recht hatte, dass diese Assistententätigkeit keine Empfehlung gewesen wäre.



**Die Frage nach einem ernsthaften politischen Engagement stellte sich mir schon, aber ich bemerkte sehr bald, dass ich doch immer der Sohn von Seidel blieb.**



Hanns Seidel mit Ministerpräsident Hans Ehard bei den Bayreuther Festspielen 1951

### Politische Studien: Wie würden Sie abschließend Ihren Vater charakterisieren?

**Christian Seidel:** Er machte nichts aus seiner Person. Er kannte keinen Neid. Ihm war für seine Person Materielles unbedeutend. Freilich freute er sich an seinem Haus und dass er seine Familie gut ernähren konnte. Ich hatte den Eindruck, dass es ihn nicht wirklich interessierte, was er verdiente, wenn nur die Familie ein ordentliches Auskommen hat. Die Konten führte seine Frau. Mein Vater war ein guter Redner, geschult und geprägt von seiner Anwaltstätigkeit. Die Sache, das Problem stand im Vordergrund und musste gelöst werden. Er konnte aber auch durchaus polemisieren, konnte in Wahlversammlungen aggressiv argumentieren, wenn es der Sache diente. Er hat nie Vorurteile akzeptiert, er wurde nie persönlich, sondern hat immer die Sache ange-

griffen. Man wollte ihn hören, weil er Dinge erklärte. Diese Haltung war mir so selbstverständlich geworden, dass ich später im Beruf lange Jahre Schwierigkeiten hatte. Mir war nicht bewusst, dass meine Gesprächspartner oft nicht verstanden, dass ich ihre Person durchaus achtete und wertschätzte, auch wenn ich ihnen in manchen Sachverhalten nicht zustimmen konnte. So war ich es vom Vater her gewohnt.

Ein in München bekannter und geschätzter Syndikus der IHK erzählte mir, er habe sich mit meinem Vater in einer Sitzung gestritten, weil man ein juristisches Problem unterschiedlich beurteilte. Am nächsten Morgen habe ihn der Vater angerufen und mitgeteilt, er habe noch am Abend die entsprechenden Kommentare studiert und er habe sich geirrt. Das sei ihm von einem Minister noch nie pas-

siert. Ich fand das, heute würde man sagen cool, er hat mir imponiert.

Er war nie dogmatisch, immer offen für eine Diskussion, wenn sie sachlich und qualifiziert geführt wurde. Er war katholisch und dachte katholisch, aber er war kein großer Kirchgänger. Ich erinnere mich an manche Gespräche mit Senator Muhler in dessen kargem Pfarrhaus im Münchner Schlachthofviertel, besonders an ein Gespräch über das Gebet. Emil Muhler unterrichtete dort meine Mutter, die sich, obwohl sie in ihrer Art sehr evangelisch war, entschlossen hatte, zum Katholizismus zu konvertieren, nicht so sehr aus theologischen Gründen, sondern weil sie „näher bei ihrer Familie sein“ wollte. Die christliche Weltanschauung und die Sozialethik, die er konsequent vertrat, waren seine Grundüberzeugungen, waren tief in seinem Wesen und Verhalten verankert. Aber er ließ sich das nie „heraushängen“.

Er war kein Mensch, der charismatisch wirken, von den Menschen geliebt sein wollte. Dazu hatte er zu viele harte Erfahrungen gemacht. Das verstärkte sich im Laufe seines Lebens auch im Zusammenhang mit der beruflichen Anspannung und Belastung. Er musste mit seiner Zeit und seinen Kräften haushalten. Er konnte sich verschließen, wenn sich jemand aufdrängte. Manchmal hörte ich meine Mutter ihm zuflüstern: „Gib ihm doch wenigstens die Hand.“ Nie nahm er Einladungen an, mit denen man den Herrn Minister umgarnen wollte.

Er liebte seine Bücher. Noch in späten Jahren erzählte meine Mutter, wie schrecklich es war, wenn er von der Buchhandlung Pattloch mit einem Arm voll Büchern zurückkam. Er hat seine Begabung in der Literatur gesehen. Hier möchte ich seine grundlegenden Vorträge und Veröffentlichungen hervorheben, sein

Buch vom „Mythos der Öffentlichen Meinung“, das er im Krankenhaus unter großen körperlichen Beschwerden schrieb. Sein Traum für das Alter war der von einem kleinen „Wiesengütchen“ im Alpenvorland: Auf der Wiese einige Kühe, Bücher schreiben. Er liebte die Musik, Mozart, die bayerischen Kirchen mit ihren Zwiebeltürmen. Als junger Mann begeisterte er sich fürs Bergsteigen und das Skifahren im Gebirge, was damals in Aschaffenburg nicht üblich war. Er spielte Hockey und kannte sich mit Fußball aus.

Ich vermisse meinen Vater, je älter ich werde. Obwohl wir selten intensiven Umgang miteinander hatten, war er immer für mich da. Als junger Mensch dachte ich, man löse sich aus der Familie. Das Gegenteil ist der Fall. Ich vermisse den fairen, neutralen, erfahrenen Gesprächspartner, jemanden, der ohne Eigeninteresse seine Meinung sagt.

**Politische Studien: Herr Professor Seidel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**

**Das Interview führte Dr. Renate Höpfinger, Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP), der Bibliothek und der Informations- und Dokumentationsstelle der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Stv. Akademieleiterin, Hanns-Seidel-Stiftung, München.**



**/// PROF. DR. CHRISTIAN SEIDEL**

**Bankdirektor a. D., Honorarprofessor an den Universitäten in Gießen und München, seit 1994 Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung, München und Italien.**

/// Einführung

## GERMANY – NO POINTS

**WOLFGANG PILLER** /// Schon mehrfach hat Deutschland es zum Exportwelt- oder zumindest Vizeweltmeister gebracht. Ein erstrebenswerter Titel im europäischen und weltweiten Wettstreit oder eher ein Weg in die Sackgasse? Dem Thema liegt ein kontrovers zu diskutierendes Problem zu Grunde, das nachfolgend von einer Expertenreihe aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft analysiert wird.

### „Made in Germany“ – not welcome?

Seit dem Griechenlanddesaster haben wir uns zu Experten für ökonomische Blasen aller Art entwickelt. Wir unterscheiden feinsinnig zwischen solchen, die angeblich ihren Ursprung im mediterranen Schlendrian, in der weltweiten Verklappung von amerikanischem Finanzmüll oder dem Sieg des Turbo-kapitalismus der Chicagoer Schule, in trüben Machenschaften von Rating-agenturen, Investmentbankern oder Hedgefonds, in mangelnder Bankenaufsicht oder dem süßen Gift der Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Banken haben. Wir können auch sehr fachmännisch erklären, dass die spanische Finanzgrippe völlig andere Ursachen als die irische Misere hat und diese wiederum mit der portugiesischen in keiner Weise vergleichbar sei. Selbst die staatlichen Konfektionäre amerikanischer Schrottpapiere Fannie Mae und Freddy Mac sind uns wohl vertraut.

Könnte es trotzdem sein, dass wir bei aller Expertise in Politik, Wissenschaft, Medien und an den Stammtischen eine Blase, die für Deutschland wirklich bedrohlich wäre, nämlich eine Exportblase, nur deshalb nicht sehen, weil wir uns in ihr befinden? Ist es denkbar, dass wir unser exportorientiertes Wirtschaftsmodell auf lange Sicht nicht durchhalten können und es deshalb umstrukturieren müssen? Dass das Modell nicht nachhaltig sein könnte, weil unsere Außenhandelsüberschüsse immer auch die Defizite anderer Volkswirtschaften sind? Verschwenken wir eigentlich Wohlstand, wenn wir unsere hochwertigen Erzeugnisse immer wieder in Staatsanleihen der Defizitländer oder in Weichwährungen tauschen, statt im eigenen Land zu investieren? Verbrennen wir gar Vermögen im Ausland, wie im Handelsblatt zu lesen war? Welche Rolle spielt bei all dem der Euro, den wir unseren eigenen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht mehr autonom



Auf dem G-20-Treffen im Herbst 2010 in Korea wurden Forderungen nach einer Begrenzung für Exportüberschüsse laut.

## Machen DEUTSCHE Tugenden das Land nun zum „wirtschaftlichen Schurkenstaat“?

anpassen können? Wäre es um Europa, den Euro und die europäische Integration besser oder schlechter bestellt, wenn Deutschland eine größere Binnen- und eine kleinere Außenwirtschaft hätte? Fragen über Fragen ...

Wenn sich der Export in dem Umfang, an den wir uns gewöhnt haben, tatsächlich langfristig als Sackgasse erweisen sollte, hätten wir tatsächlich ein echtes Problem, denn 2010 entfielen schon wieder etwa 46 % unserer volkswirtschaftlichen Gesamtleistung auf den Export. Vor der Finanzkrise waren es in der Spitze sogar 47,5 %.

Einen kleinen Hinweis darauf, dass vielleicht doch nicht alles in bester Ordnung sein könnte, haben wir – gleichsam aus heiterem Himmel – im Herbst 2010 beim G-20-Treffen in Korea erhalten. Dort erhob der amerikanische Finanzminister Geithner die Forderung, eine Grenze für „erlaubte“ Exportüberschüsse in Höhe von vier Prozent des BIP einzuführen. Plötzlich sollten Exportüberschüsse von sechs und mehr Prozent, über die man sich gerade noch ganz arglos gefreut hatte, politisch anstößig, nicht mehr korrekt sein. Und als sich auch die damalige französische Finanzministerin Lagarde der Tendenz der amerikanischen Forderung anschloss und wissen ließ,

dass der große Handelsüberschuss Deutschlands die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder der Eurozone gefährde, rieb sich der deutsche Michel erstaunt die Augen. Sollte Zurückhaltung bei den Löhnen, Sparsamkeit bei öffentlichen Haushalten, Anstrengungen, wie der löbliche Versuch des Freistaats Bayern, ohne Neuverschuldung auszukommen, nicht die Lösung der Probleme der Euroländer sein, sondern deren Ursachen? Wären wirklich, wie Prof. Bofinger in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau im letzten Jahr gesagt hat, insgesamt die Lichter in der Welt ausgegangen, „wenn alle Länder in den vergangenen zehn Jahren ihre Ausgaben nicht mehr erhöht und nur auf den Export gewartet hätten“?

Plötzlich fand sich Deutschland zusammen mit ausgewiesenen demokratischen Marktwirtschaften wie z. B. der Schweiz, Schweden und anderen Staaten, aber auch China auf einer Liste von wirtschaftlichen Schurkenstaaten neuer Art wieder. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Pikanterie, dass Länder wie Saudi-Arabien, Russland und andere Rohstofflieferanten von Sanktionen ausgenommen werden sollten. Ihre teilweise erheblichen Exportüberschüsse werden offenbar als politisch korrekt und akzeptabel, ja notwendig angesehen, da sie den American-way-of-life ermöglichten, der auch darin besteht, dass weniger als 5 % der Menschheit fast ein Drittel der Energieressourcen der Welt verbrauchen.

Bei so viel Inkonsequenz in der Sache überrascht allerdings, dass China als das Land mit den größten Exportüberschüssen doch auf der Liste der Exportübeltäter erscheint, obwohl die USA die VR auch künftig brauchen, wenn sie Welt-

meister beim Export von Staatsanleihen, also Weltmeister der Auslandsverschuldung, bleiben wollen. In der Regel beißt ein Schuldner seinem Gläubiger nicht in die Hand, wenn er Schuldscheine entgegen nimmt. Aus all dem lernt man, dass es Staaten geben soll, die möglichst hohe Exportüberschüsse erzielen und andere, die gefälligst bestimmte Exportquoten nicht überschreiten sollen.

### Die Exportfrage – ein nachhaltiges Thema

Es ist nicht zu übersehen – das Thema wird auf der ganz großen Weltbühne gespielt. Es geht um die globale Wahrung nationaler Interessen, Welthandel und Macht. Aus deutscher Sicht geht es um die Fragen: Haben wir mit unserer Exportlastigkeit ein Problem mit dem Rest der Welt und vor allem mit Europa, wann könnte es akut werden und mit welchen Maßnahmen könnten wir bis wann damit fertig werden? Müssen wir tatsächlich unsere Wirtschaftsstruktur grundlegend verändern und in der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik umsteuern und Maßnahmen ergreifen, die unsere Binnenwirtschaft, z. B. Investitionen in Deutschland, stärken? Welche Konsequenzen ergeben sich auf der Unternehmensebene? Gibt es Alternati-

überhaupt die Chance, eine ausreichend große Binnenwirtschaft zu schaffen? Mit dem gegenseitigen Schneiden der weniger werdenden Haare und Dienstleistungen in der Altenpflege sicher nicht.

Könnte es aber auch sein, dass wir gar kein Problem haben, sondern die anderen, die den Strukturwandel Jahrzehnte lang verschlafen haben und bequemere Wege gegangen sind? Würde es nicht zu größerem Wohlstand in Europa führen, wenn andere europäische Länder, und vor allem solche der südlichen Eurozone, ihre eigenen Strukturen und die Effizienz ihrer Volkswirtschaften dem deutschen Niveau annäherten?

Antworten darauf versuchen die nachfolgenden Beiträge zu geben. ///



/// DR. WOLFGANG PILLER

Ehemaliger Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei, Schatzmeister der Hans-Seidel-Stiftung, München.

### Die Exportfrage wird nicht nur Deutschland auch ZUKÜNFTIG beschäftigen.

ven für Tausende von mittelständischen Unternehmen, die kleine und kleinste Nischen in kleinsten Märkten auf der ganzen Welt besetzen und damit große Geschäfte machen? Hätten wir in einer rasch alternden Gesellschaft, die fürs Alter spart, anstatt zu konsumieren,

/// Vorfahrt Ausfuhr

## EXPORT BEFLÜGELT DIE DEUTSCHE UND BAYERISCHE WIRTSCHAFT

**GEORG FAHRENSCHON /// Die starke Exportorientierung der deutschen und vor allem der bayerischen Wirtschaft ist keine Sackgasse, wie jüngst einige, überwiegend ausländische Kritiker äußerten. Vielmehr hat gerade der Export die konjunkturelle Erholung in Deutschland und Bayern auf die Beschleunigungsspur gebracht. Die Ausfuhrstärke Deutschlands war aber nicht der Auslöser für die bestehenden Ungleichgewichte in der Eurozone, sondern die mangelnde Haushaltsdisziplin sowie die unzulängliche Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer.**

### Ausgangslage

Die deutsche und die bayerische Wirtschaft sind in einem sehr hohen Maß exportorientiert. Im produzierenden Gewerbe lag beispielsweise im Februar 2011 die Exportquote, das heißt der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, für Deutschland bei rund 47 Prozent und für Bayern bei rund 54 Prozent.<sup>1</sup> Gerade dank dieser Exportstärke profitieren Deutschland und Bayern aktuell überproportional von der anziehenden Weltwirtschaft. 2010 stiegen die deutschen Exporte gegenüber dem Vorjahr um satte 19,4 Prozent. Insgesamt wurden 2010 deutsche Waren im Wert von rund 960 Milliarden Euro ausgeführt.<sup>2</sup> Damit wurden die alten Export-Rekordmarken von 2007 (965 Milliarden Euro) und 2008 (984 Milliarden Euro) fast wieder erreicht.<sup>3</sup> Aller Voraus-

sicht nach wird Deutschland 2011 dies mit einer Ausfuhr von über einer Billion Euro noch übertreffen. Auch in Bayern konnten 2010 die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 18,7 Prozent kräftig zulegen. Mit einem Export in Höhe von rund 145 Milliarden Euro belegte Bayern 2010 nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg den dritten Platz unter den Bundesländern Deutschlands.<sup>4</sup> Für 2011 erwartet die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft einen Anstieg der bayerischen Exporte in Höhe von 9 Prozent auf knapp 160 Milliarden Euro.<sup>5</sup>

Beflügelt durch den Export ist der deutschen und der bayerischen Wirtschaft im vergangenen Jahr eine fulminante Aufholjagd gelungen, die alle Prognosen übertroffen hat. Die deutsche Volkswirtschaft ist im Jahr 2010 über das

Jahr gerechnet um 3,6 Prozent gewachsen und damit so kräftig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. In Bayern stieg die Wirtschaft 2010 mit 3,9 Prozent sogar noch stärker an als in Deutschland. Deutschland, noch vor einigen Jahren als „kranker Mann Europas“ bezeichnet, hat sich zu einem der wichtigsten Treiber der europäischen Wirtschaft entwickelt. 2010 hatten in der Eurozone lediglich die Staaten Malta und Slowakei höhere Wachstumsraten und unter den 27 europäischen Staaten wies Deutschland nach Schweden, der Slowakei, Polen und Malta die fünftgrößte Wachstumsrate auf.<sup>6</sup> Der Export war wieder die wichtigste Stütze des konjunkturellen Aufschwungs. Wie eine Beschleunigungsspur hat er die konjunkturelle Erholung einen gewaltigen Schritt vorangetrieben.

Gleichwohl weiß man aber aus Erfahrung, dass jede Beschleunigungsspur irgendwann endet, im Fall der deutschen Wirtschaft spätestens dann, wenn sich die Weltwirtschaft deutlich abschwächen wird. Erst 2009 bekamen die deutsche und bayerische Wirtschaft die Abkühlung der Weltwirtschaft gravierend zu spüren. Die Exporte brachen gewaltig ein (-18,4 Prozent bzw. -20,8 Prozent)<sup>7</sup> und das deutsche und bayerische Bruttoinlandsprodukt schrumpften mit je -4,7 % so drastisch wie noch nie zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

### Risiken für den Export

Tatsächlich birgt die weitere Entwicklung des Exports auch einige Risiken, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.



Der wirtschaftliche Aufschwung zeigt sich in Deutschland v. a. in einer stetig wachsenden Exportrate.

Bildnachweis: Wendland/Carolin/istockphoto



Insbesondere könnte eine nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft zu einer Beeinträchtigung der deutschen Ausfuhraktivitäten führen. Die Weltwirtschaft befindet sich zwar zurzeit im Aufschwung, die Gefahr eines Rückschlags ist jedoch nicht gebannt. Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Gefahr einer starken Abkühlung der weltweiten Nachfrage. In den USA belastet beispielsweise die ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit deren wirtschaftliche Entwicklung. In den Schwellenländern droht indes die Wirtschaft zu überhitzen, woraufhin dort bereits teilweise erste dämpfende Maßnahmen eingeleitet wurden.

Risiken birgt auch das Internationale Währungssystem. Einige Staaten haben riesige Devisenbestände aufgebaut, einige Wechselkurse weichen von ihren Fundamentaldaten ab und zuletzt konnten massive Umschwünge in den internationalen Kapitalströmen beobachtet werden. All dies gibt Anlass zur Sorge. Beispielsweise könnten die Kapitalströme bei einem schlagartigen Abzug die makroökonomische und finanzielle Stabilität des betroffenen Landes erheblich beeinträchtigen. Insbesondere besteht die Gefahr, dass es zu vermehrten direkten Handlungseingriffen, einseitigen Kapitalverkehrskontrollen und nationalen währungspolitischen Interventionen kommt, die in einem Währungs- und Handelskrieg eskalieren könnten.

Sorgen bereiten auch die jüngsten Entwicklungen bei den Rohstoffpreisen. Insbesondere kam es zuletzt aufgrund der politischen Entwicklungen in Nordafrika und im Mittleren Osten sowie der robusten weltweiten Rohölnachfrage zu einem rasanten Anstieg des Ölpreises. Spekulative Finanzanleger dürften diesen noch zusätzlich verstärkt haben.

**Unser momentaner Aufschwung HÄNGT sehr von der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft und des europäischen und internationalen Währungssystems AB.**

Sollten die politischen Spannungen eskalieren und beispielsweise auch auf andere Ölförderländer übergreifen, könnte es – was derzeit jedoch nicht absehbar ist – zu einem Angebotsschock kommen, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den ölimportierenden Ländern deutlich schwächen dürfte.

Zudem ist die europäische Schulden- und Vertrauenskrise in bestimmten europäischen Staaten noch nicht überstanden und kann zu deutlichen Belastungen in der Eurozone führen. Rund 60 Prozent unserer Exporte gehen nach Europa und davon mehr als zwei Drittel in die Eurozone. Eine weitere Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise könnte nicht nur den deutschen Export empfindlich treffen, sondern auch die gesamtkonjunkturelle Entwicklung in Deutschland.

Trotz all der Risiken wäre es jedoch ein gravierender Fehler, nicht weiterhin auf unsere Ausfuhrstärke zu setzen. Der Export war, ist und bleibt für unsere Arbeitsplätze, das Wirtschaftswachstum und unseren Wohlstand von herausragender Bedeutung. Schließlich hängt in Deutschland jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab.<sup>8</sup> Export bedeutet zudem eine starke Produktion in Deutschland und in Bayern. Es ist gerade eine der zentralen Lehren aus der Krise, dass

Dienstleistungen und vor allem Finanzdienstleistungen ohne starke Produktion kein verlässliches Fundament haben und in krisenhaften Situationen zu einer ernsthaften Gefahr für den Standort und den Wohlstand werden können.

#### Vorteil Euro

Ein fataler Fehler wäre es auch, angesichts der jüngsten Vertrauens- und Schuldenkrise in einigen europäischen Staaten das Vertrauen in den Euro insgesamt zu verlieren. Gerade für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft war die Einführung des Euro gewinnbringend. Deutschland profitiert aufgrund seiner intensiven Handelsverflechtungen mit den anderen Eurostaaten vom Euro. Jahr für Jahr sparen sich deutsche Unternehmen durch den Wegfall von Währungsrisiken in der Eurozone mehrere Milliarden. Das ist besonders für den in Bayern exportstarken Mittelstand, der nicht wie Großunternehmen Währungsabsicherung im großen Stil betreiben und bezahlen kann, von erheblicher Bedeutung. Auch einen Vergleich mit der D-Mark braucht der Euro nicht zu scheuen. Er ist so stabil wie es die D-Mark war. Seit seiner Einführung sicherte er den Bürgern der Europäischen Währungsunion niedrige Inflationsraten und eine hohe Kaufkraft.

**Unabhängig von der jüngsten Schuldenkrise einiger europäischer Staaten hat sich der Euro bisher BEWÄHRT.**

Für die jüngste Vertrauens- und Schuldenkrise in einigen europäischen Staaten ist nicht der Euro verantwortlich, sondern einzig und allein die mangelnde Haushaltsdisziplin sowie die geringe Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Mitgliedsstaaten. Diese wirtschaftliche Nachlässigkeit rächt sich nun bitter, nicht nur durch hohe Zinsaufschläge für einzelne Mitgliedsstaaten der Eurozone. Durch ihre Schuldenpolitik geraten diese Staaten nun auch in den Fokus der spekulativen Finanzanleger.

Um die Stabilität des Euro insgesamt zu stärken, haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im März 2011 einen ständigen Krisenmechanismus vereinbart, der künftig Eurostaaten im Falle einer Staatsschuldenkrise Finanzhilfen zur Stabilisierung der Währungsunion geben kann. Für Deutschland können dadurch erhebliche finanzielle Lasten und Risiken entstehen. Im Gegenzug dafür hat die deutsche Bundesregierung allerdings zentrale bayerische Forderungen durchsetzen können. Finanzielle Hilfen werden nur unter strengen Auflagen und nur im Ultima Ratio-Fall bei Gefährdung der Stabilität der Eurozone als Ganzes gewährt. Gemeinsame Eurobonds, die eine dauerhafte Vergemeinschaftung von Staatsschulden bedeutet hätten, konnten erfolgreich abgewehrt werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde beispielsweise durch die Einführung quasi-automatischer Sanktionen und der Verpflichtung zum Abbau vorhandener Schulden deutlich verschärft. Die Beteiligung der privaten Gläubiger ist über die Aufnahme von Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses) in Staatsschuldtiteln des Euroraums ab 2013 und über die Vorrangstellung staatlicher Hilfen eröffnet. Die Wettbe-

werbsfähigkeit aller Europäischen Staaten soll gestärkt werden, unter anderem durch ein neues makroökonomisches Überwachungsverfahren.

Die Stabilität der Europäischen Währungsunion liegt im besonderen Interesse Deutschlands. Die Beschlüsse der Europäischen Staats- und Regierungschefs tragen jedoch die Gefahr in sich, dass sich die Währungsunion sukzessive in eine Transferunion verwandeln könnte. Das Tor zu gefährlichen Transferleistungen ist nicht mehr fest geschlossen. Der Bundesregierung kommt daher bei der Umsetzung der Beschlüsse eine beson-

ders große Verantwortung zu. Sie muss dafür Sorge tragen, dass die verschärften Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten und nicht wie in der Vergangenheit wieder verwässert werden. In Europa muss von nun an eine Stabilitätskultur tatsächlich gelebt werden und darf nicht nur auf dem Papier existieren. Denn kein Regelwerk und kein Rettungsschirm werden alleine Staatsschuldenkrisen verhindern können. Sollte es tatsächlich zu weiteren Staatsschuldenkrisen kommen, muss die Bundesregierung umso mehr bei allen künftigen Entscheidungen über Hil-

fen ihr Vetorecht als „Wächteramt für den Euro“ wahrnehmen und eine angemessene Einbindung der privaten Gläubiger sicherstellen.

### Deutsche Exportstärke kein Auslöser der Ungleichgewichte in der Eurozone

Manch ein Kritiker sieht in der deutschen Exportstärke eine zentrale Ursache für die bestehenden Ungleichgewichte der Eurozone. Der deutsche Export werde künstlich durch geringe Lohnabschlüsse befeuert und gehe damit zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit anderer europäischer Nachbarländer. Deutschland sei sozusagen ein Geisterfahrer, der vorsätzlich in die falsche Richtung fährt und dadurch andere gefährdet. Mitunter wurde gar gefordert, dass Leistungsbilanzüberschüssen zukünftig enge Grenzen gesetzt werden sollten. Diese Argumentation ist irreführend und falsch. Die deutsche Exportstärke ist nicht der Auslöser der bestehenden Ungleichgewichte in Europa. Die Ursachen liegen vielmehr woanders.

Länder wie Griechenland, Irland, Spanien oder Portugal sind vor allem deshalb in eine Rezession geschlittert, weil sie sich selbst Stolpersteine in den Weg gelegt haben. Sie haben das viele Kapital aus dem Ausland, das nach der Einführung des Euro zu ihnen strömte, nicht effizient genutzt. Es floss beispielsweise in Spanien und Irland zu einem großen Teil in Immobilienmärkte, in Griechenland wurden damit hohe Staatsdefizite unterhalten und in Portugal der private Verbrauch gestützt.<sup>9</sup> So konnte kein nachhaltiges Wachstum erzielt werden. Die Stolpersteine müssen die Defizitländer nun selbst aus dem Weg räumen, vor allem durch Konsolidierung und strukturelle Reformen.

**Die deutsche Exportstärke kann man NICHT für die wirtschaftlichen Probleme anderer EU-Mitgliedsstaaten verantwortlich machen.**

Dies mögen schwierige und langwierige Prozesse sein, aber sie sind unabdingbar, damit die Wirtschaft dieser Länder wieder auf den richtigen Weg kommt.

Den Defizitländern würde darüber hinaus eine Stärkung der deutschen Binnenkonjunktur äußerst wenig nutzen, da die deutschen Handelsverflechtungen mit diesen Ländern nicht übermäßig ausgeprägt sind. Nach aktuellen Berechnungen der Deutschen Bundesbank würde eine Importsteigerung in Deutschland um zehn Prozent das Leistungsbilanzdefizit in Portugal, Spanien oder Griechenland lediglich um einen viertel Prozentpunkt verringern.<sup>10</sup>

Deutsche Produkte und Dienstleistungen sind darüber hinaus weltweit so gefragt, weil sie durch hochwertige Qualität, exzellentes technisches Niveau und einen hohen Spezialisierungsgrad überzeugen. Erstklassige Qualität, Präzisionsarbeit und Verlässlichkeit sind die eigentlichen Gründe der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Sicherlich haben auch Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre dazu beigetragen. Diese Maßnahmen waren in erster Linie jedoch die bittere Medizin gegen vorangegangene Fehlentwicklungen bei den Arbeitskosten und notwendig, um die deutsche Wirtschaft beschäftigungsintensiver zu machen. Ohne diese Medizin würde un-



Wieviel Europa passt unter den Rettungsschirm?

ser Arbeitsmarkt und damit auch unsere Importnachfrage heute nicht so gut dastehen.

Für die Exportstärke Deutschlands war zudem von entscheidender Bedeutung, dass sich deutsche und bayerische Unternehmen große Marktanteile in den schnell wachsenden Schwellenländern gesichert haben. Wie die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr 2011 aufzeigt, erhöhte sich der Anteil der Ausfuhren in die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China) von vier Prozent im Jahr 2000 auf über zehn Prozent im Jahr 2010. Vor allem die Ausfuhren nach China konnten sich von zwei Prozent im Jahr 2000 auf knapp unter sechs Prozent im Jahr 2010 erheblich steigern.<sup>11</sup>

Die Ursache der Fehlentwicklungen liegt in der hausgemachten geringen Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer. Dieses Problem können jedoch Zielwerte für Leistungsbilanzüberschüsse, wie sie auf europäischer und internationaler Ebene zeitweise diskutiert werden, nicht lösen. Die Korrektur der Ungleichgewichte in der Eurozone muss stattdessen von den Schuldenländern selbst ausgehen. Letztlich muss unser aller Ziel sein, dass sich die Euroländer nicht an den Schwachen, sondern an den Besten orientieren. Dieser Maßstab muss auch bei dem von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarten „Eu-

ro-Plus-Pakt“ sowie bei dem geplanten neuen makroökonomischen Überwachungsverfahren angelegt werden. Nur so können wir nachhaltig und dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone insgesamt stärken.

### Voraussichtliche Abnahme des deutschen Leistungsbilanzüberschusses

Zu Recht werden Deutschland und Bayern ungeachtet der unzutreffenden Kritik weiter auf ihre Exportstärke setzen und es ist davon auszugehen, dass Deutschland weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen wird. Gleichwohl deutet vieles darauf hin, dass sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in den kommenden Jahren reduzieren wird. Insbesondere hat sich der Schwung vom Export erfreulicherweise auf die Binnenkonjunktur übertragen. Unser Wirtschaftsaufschwung wird nicht mehr alleine vom Export gestützt. Schon 2010 waren in Deutschland etwa zwei Drittel der Wachstumskräfte vom Binnenmarkt ausgegangen. Wir haben sozusagen rechtzeitig den Beschleunigungstreifen verlassen und fahren nun auf einer Autobahn mit zwei breiten Spuren: zum einen unsere Exportstärke, zum anderen die anziehende Binnenkonjunktur. 2011 wird die Binnennachfrage dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zufolge zu über drei Vierteln zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität beitragen.<sup>12</sup> Maßgebliche Faktoren für diese dynamische Entwicklung sind die zu erwartenden Lohnanstiege infolge der zunehmenden Auslastung der Produktionsfaktoren sowie die tendenziell für Deutschland weiterhin expansiv wirkende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Der kräftige konjunkturelle Auf-

schwung, der deutlich an Breite gewonnen hat, darf uns allerdings nicht dazu verführen, in unseren Anstrengungen nachzulassen – im Gegenteil. Wir sehen, dass sich harte Arbeit, Verzicht und Fleiß zwar lohnen, aber Deutschland und Bayern dennoch heute schon die Grundlagen für den Aufschwung von übermorgen legen müssen, also ihre Wachstumskräfte stärken und für solide Finanzen sorgen müssen.

Die Schlüssel für nachhaltiges und qualitatives Wirtschaftswachstum sind in erster Linie Innovationen und Produktion. Auch für die Zukunft müssen wir in Deutschland und Bayern sicherstellen, dass unsere Unternehmen ihre Spitzenposition bei der Produktion innovativer Hightech-Güter und den intelligenten Dienstleistungen nicht an die Schwellenländer verlieren. Andere westliche Staaten sind mahnende Beispiele dafür, dass einmal verloren gegangene Industrie kaum wiederzugewinnen ist. Um das produzierende Gewerbe in Bayern und Deutschland zu erhalten und auszubauen, müssen wir nicht nur die Dynamik der Innovationsforschung erhöhen, sondern vor allem auch die Verzahnung von Forschung und anschließender Produktion verbessern.

Auch die Politik steht in der Pflicht. Ihre Aufgabe ist es, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und zu stärken. Dabei muss der Staat sich wieder auf seine originäre Aufgabe besinnen und den ordnungspolitischen Rahmen vorgeben sowie eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik verfolgen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie vorausschauend die richtigen Impulse setzt, die notwendige Infrastruktur für Innovation

und Produktion bereitstellt, Bürokratie abbaut und eine werterhaltende und wachstumsfördernde Steuerpolitik verfolgt. Die zentrale Botschaft muss sein, dass sich Leistung lohnt.

### Der momentane konjunkturelle Aufschwung in Deutschland und Bayern muss nachhaltig durch eine qualitative Wirtschaft **GESICHERT** werden.

Dauerhafter Wohlstand ist letztlich nicht ohne solide öffentliche Finanzen möglich. Nur eine solide Haushaltspolitik eröffnet einer Politik der Zukunftsgestaltung die notwendigen Freiräume für Innovation, Bildung und Arbeitsplätze. Nur eine nachhaltige Finanzpolitik schafft die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft und für einen breiten Wohlstand. In Bayern haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind Vorreiter einer soliden Haushaltspolitik. Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 haben wir den sechsten und siebten Haushalt in Bayern ohne neue Schulden beschlossen. Gerade in konjunkturell besseren Zeiten muss die Haushaltskonsolidierung ganz oben auf der Prioritätenliste stehen, denn wir brauchen für künftige Herausforderungen wie Demographie und Klimawandel einen finanzpolitischen Spielraum. Die Krise hat uns gezeigt, dass nur Staaten mit soliden Finanzen die notwendige Gestaltungskraft haben, mit gezielten Maßnahmen wie beispielsweise Konjunkturpaketen effektiv den Einbrüchen gegenzusteuern. Dies ist ganz im Sinne Perikles, der gesagt haben soll: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusehen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

„MADE IN GERMANY“ ist bewährt und weltweit gefragt.

## Eine prosperierende Wirtschaft bedarf einer **SOLIDEN** Finanzbasis.

Der Export wird auch in Zukunft ein zentrales und unverzichtbares Standbein einer erfolgreichen deutschen und bayerischen Wirtschaft sein. Wir müssen unsere Kräfte dafür einsetzen, dass Produkte und Dienstleistungen „Made in Germany“ und „Made in Bavaria“ ein Qualitätssiegel erster Linie bleiben. Dafür müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit auch weiterhin stärken, weil wir nur dann unseren Wohlstand halten und die Herausforderungen der Zukunft wie den demographischen Wandel, die Energiewende und den Klimawandel erfolgreich bewältigen können.



/// **GEORG FAHRENSCHON**

**Bayerischer Staatsminister der Finanzen, München.**

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt: Produzierendes Gewerbe: Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, 15.4.2011, S. 16.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 113, 18.3.2011.

<sup>3</sup> <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/link/tabellen/51000>, Stand: 26.4.2011.

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 113.

<sup>5</sup> [http://www.vbw-bayern.de/newsroom/presse/vbw-bayerischer-export-wird-2011-weiter-stark-zulegen\\_aid\\_1985.html](http://www.vbw-bayern.de/newsroom/presse/vbw-bayerischer-export-wird-2011-weiter-stark-zulegen_aid_1985.html), Stand: 26.4.2011.

<sup>6</sup> <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>, Stand: 26.4.2011.

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 113.

<sup>8</sup> <http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/0,2828,695243,00.html>

<sup>9</sup> Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juli 2010, S. 23.

<sup>10</sup> Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juli 2010, S. 28.

<sup>11</sup> Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011: Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst, 7.4.2011, S. 61.

<sup>12</sup> Jahreswirtschaftsbericht 2011: Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand von morgen sichern, 2011.

/// Auf dem Weg zur nachhaltigen Balance

## NEUE MÄRKTE ERSCHLIEßEN – NATIONALE WURZELN STÄRKEN

**LOUIS GALLOIS** /// Die rasant wachsende Bedeutung der Schwellen- und Entwicklungsländer lässt das klassische Exportmodell zu kurz greifen. Einerseits gilt es, als Partner vor Ort in den Märkten präsent zu sein, andererseits dürfen sowohl die Binnennachfrage als auch die nationalen Wurzeln nicht vernachlässigt werden. Wie kann der europäischen Industrie dieser Balanceakt gelingen? Welche Rolle kommt hierbei der Politik zu?

### Die deutsche Wirtschaft im Aufwind

Die jüngsten Zahlen der Entwicklung der Weltwirtschaft legen die Vermutung nahe, dass die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hinter uns liegt. Besonders Deutschland und Bayern nehmen hier eine Führungsposition in Europa ein. Es ist durchaus beeindruckend, zu beobachten, mit welcher Dynamik und Stärke der Aufschwung in Deutschland stattfindet. Zwar traf die Finanz- und Wirtschaftskrise deutsche Unternehmen besonders hart – folglich sind die jetzt großen Wachstumszahlen zu relativieren, dennoch scheint sich der Aufschwung in Deutschland auf einem breiten Fundament zu entwickeln. Maßgeblich hierfür ist zum einen die gestiegene Binnennachfrage. Der Konsumklimaindex befindet sich seit Jahresbeginn auf hohem Niveau. Aber nicht nur die Ver-

braucher sind bereit zu konsumieren, auch die Unternehmen investieren wieder verstärkt. Zum anderen tragen die Exportstärke der deutschen Wirtschaft sowie die hohe Wettbewerbsfähigkeit und Qualität der Hightech-Produkte maßgeblich zum dynamischen Aufschwung bei. Besonders in den Schwellen- und Entwicklungsländern sind deutsche Produkte gefragt, um den wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Regionen weiter voranzutreiben.

Diese Wettbewerbsfähigkeit ist das Resultat enormer Effizienzsteigerungen der Industrie kombiniert mit wettbewerbsfähigen Löhnen. An dieser Stelle ist das Augenmaß, mit dem die Tarifpartner während der letzten zehn Jahre Tarifverhandlungen geführt haben, zu würdigen. Zudem ist es der Regierung gelungen, einen nicht unerheblichen Teil der Sozialabgaben zu deckeln und den



Die deutsche Wirtschaft erfährt derzeit einen rasanten Aufschwung.

Bildnachweis: H. Gall/istockphoto

**Neben dem Export müssen europäische Wirtschaftsunternehmen ZUKÜNFTIG auch Vor-Ort-Präsenz und Service-Leistungen bieten.**

zeigen die jüngsten Großaufträge für Airbus<sup>2</sup> deutlich, in welchem Wirtschaftsraum außerordentliches Wachstum zu verzeichnen und wem der schnelle Aufschwung zu verdanken ist. Airbus schätzt den weiteren Bedarf an Flugzeugen für den asiatisch-pazifischen Raum bis 2029 auf rund 8.300 Maschinen. Insbesondere für die Luftfahrtindustrie ist auch der Nahe und Mittlere Osten, dessen Bedarf an Flugzeugen Airbus auf rund 1.700 schätzt, von entscheidender Bedeutung. Um in diesen Märkten erfolgreich zu sein – sei es mit Flugzeugen oder anderen Hightech-Produkten – genügt es nun nicht mehr, ausschließlich auf den Export zu setzen. Diese Länder fordern zunehmend größere Anteile an Produktion und Entwicklung, um Arbeitsplätze und Technologien für ihren heimischen Markt zu generieren. Exportverträge alleine werden nicht mehr ausreichend sein. Mittelständische Un-

ternehmen sowie große deutsche und europäische Konzerne stehen hier vor der gleichen Herausforderung: Sie können nur an den Märkten teilhaben, wenn sie durch eigene Standorte und Partnerschaften als leistungsstarker Partner vor Ort auftreten. So war es beispielsweise absolut notwendig, eine eigene Airbus-Fertigungslinie in China aufzubauen, um Marktanteile hinzugewinnen zu können. Allerdings ist bei diesem Projekt sowohl der Know-how-Transfer als auch der Wertschöpfungsanteil begrenzt und befindet sich weiterhin zum Großteil in Europa. Auch beim Tankerauftrag der US-Luftwaffe wäre eine Fertigungslinie für das Tankflugzeug in den Vereinigten Staaten gebaut worden.

**Zweitens:**

Heutige und zukünftige Wertschöpfungsketten hören nicht mehr beim Verkauf und Export des Produktes auf. Oftmals ist es für die Abnehmer ökonomisch nicht sinnvoll, eigene Kapazitäten zur Wartung und Betreuung des Produkts aufzubauen. Insbesondere im Bereich der Hightech-Produkte ist diese Entwicklung zu beobachten. Sogenann-

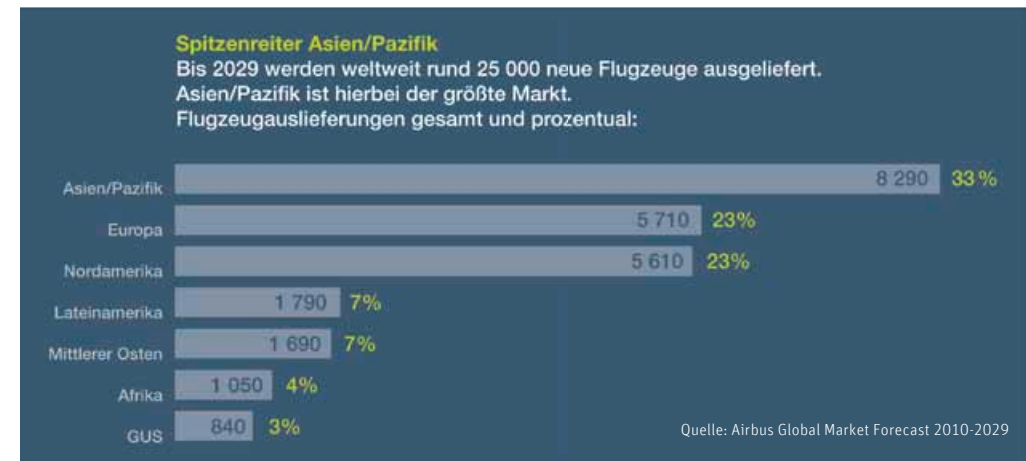
Unternehmen somit eine solide Basis zu verschaffen. Ebenso ist die solide industrielle Struktur – in ihrem Zentrum kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – ein weiterer Grund für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Mittelstand ist darüber hinaus ein zentrales Element der deutschen Exportwirtschaft. Laut einer Studie des Institutes für Mittelstandsforschung kommen 98 % der deutschen Exporteure aus dem Mittelstand.<sup>1</sup> Dabei stellt die Globalisierung der Liefererketten den ersten Schritt für die KMU zur Internationalisierung dar. In gewisser Weise sind diese Unternehmen dazu gezwungen, um mit ihren Produkten die globalen Wachstumsmärkte zu erreichen.

**Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**

Die Krise der vergangenen Jahre hat die Wirtschaftswelt nachhaltig verändert. Die deutsche und europäische Industrie steht vor vier zentralen Herausforderungen, die entscheidend für einen nachhaltigen Aufschwung sowie für die Zukunftsfähigkeit der Industrie sind.

**Erstens:**

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich in die Schwellen- und Entwicklungsländer des asiatisch-pazifischen Raums sowie nach Mittel- und Südamerika verlagert. Da steigende Passagierzahlen und damit Flugzeugbestellungen ein Zeichen für wirtschaftlichen Aufschwung sind,

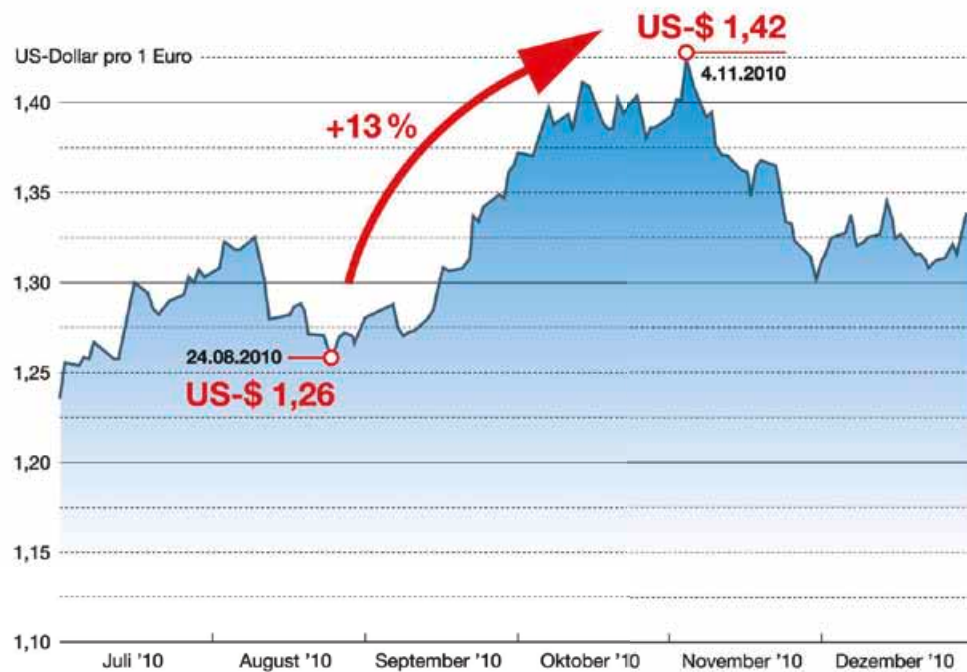


te Service-Aktivitäten werden immer wichtiger für Unternehmen und sind in zunehmendem Maße ausschlaggebend bei Vertragsabschlüssen mit Kunden. Nicht zuletzt bieten Service-Leistungen hohe Gewinnmargen, die zur Rentabilität beitragen. Um diese Service-Aktivitäten durchführen zu können, müssen Firmen auch in dieser Hinsicht vor Ort präsent sein. Auch eine nachträgliche Flexibilität, um auf Kundenwunsch das Service-Spektrum erweitern zu können, kann nur durch eine Präsenz vor Ort gewährleistet werden. Besonders für die KMU stellt es eine große Herausforderung dar, Kapazitäten im Ausland aufzubauen und damit ist nicht die Verlagerung von Produktionsstätten gemeint.

### Drittens:

Extreme Währungsschwankungen machen langfristige Kalkulationen unmöglich. Im Januar 2000 herrschte in etwa Parität zwischen dem US-Dollar und der europäischen Gemeinschaftswährung.<sup>3</sup> Im ersten Quartal 2008 erreichte der Euro seinen vorläufigen Spitzenwert von 1,60 US-Dollar.<sup>4</sup>

Derzeit steigt der Euro nach einer Abschwächung während der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder. Die US-Notenbank hat infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise amerikanische Staatsanleihen in Höhe von 600 Milliarden US-Dollar bis Mitte 2011 aufgekauft. Dieser Schritt könnte zu einer weiteren Dollarabwertung führen. Für die leistungsstar-



Quelle: Europäische Zentralbank

Die Volatilität des Wechselkursverhältnisses US-Dollar / Euro ist hoch. Langfristig angelegte Kalkulationen können in kürzester Zeit Makulatur werden.

ke deutsche wie auch europäische Exportindustrie stellt ein sehr schwacher US-Dollar eine enorme Belastung dar. So lautet beispielsweise ungefähr die Hälfte der Kostenbasis von Airbus, dem größten Exporteur innerhalb von EADS, auf Euro. Airbus bekommt für seine Flugzeuge, die weltweit nach wie vor in US-Dollar bezahlt werden, bei sinkenden Dollar-Notierungen umgerechnet immer weniger Gegenwert. Steigt der Euro gegenüber der US-Währung um zehn Cent bedeutet dies für EADS einen Verlust von rund einer Milliarde Euro EBIT. Große exportorientierte Unternehmen sichern sich mit Kurssicherungsgeschäften, dem sogenannten Hedging, gegen hohe Währungsschwankungen ab. KMUs, die hier über weniger Sicherungsmöglichkeiten verfügen, haben daher mit einigen Problemen zu kämpfen. Jede durch Wechselkursschwankungen hervorgerufene Preisschwankung ist für sie beim Verkauf ihrer Produkte ausschlaggebend. Außerdem ist Hedging immer nur für einige wenige Jahre möglich. Daher ist die Industrie gezwungen, weitere Strategien zu entwickeln, um die Auswirkungen der extremen US-Dollar-Volatilität zu reduzieren. Ein Weg ist der verstärkte Einkauf in Ländern außerhalb des Euroraums, vorzugsweise in US-Dollar. Ein weiterer

ist der Aufbau von Produktionskapazitäten und Zukäufe im Dollarraum.

### Viertens:

Der Fachkräfte- und Ingenieurmangel in der Industrie ist immens. Besonders groß ist der Handlungsbedarf in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Hier fehlen in Europa jedes Jahr rund 3.000 Ingenieure. Deutsche wie europäische Unternehmen ziehen daraus Konsequenzen. Sie bauen Forschungs- und Entwicklungszentren im außereuropäischen Raum in Ländern wie den USA, Russland, China und Indien, um hochqualifiziertes Personal zu finden. Es ist nicht leicht, diese Situation zu verbessern, denn die Wahl junger Menschen fällt zunehmend seltener auf den Ingenieurberuf. In Listen der beliebtesten Jobs finden sich Ingenieure hinter Anwälten, Bankern oder Medienvertretern. Daher haben in Europa die technisch-naturwissenschaftlichen MINT-Studiengänge an Attraktivität verloren. Außerdem widersprechen wohl heutige Vorstellungen einer gelungenen Karriereplanung den Anforderungen einer Hightech-Industrie wie der Luft- und Raumfahrt. Es ist zu beobachten, dass Karrieren zunehmend „Job-hopping“ – also Kurzzeitverpflichtungen – begünstigen. Der Lebenszyklus unserer Produkte dauert aber oft 40 Jahre und länger. Langfristige Test- und Entwicklungsphasen sind unumgänglich, und kurzfristig angelegtes Denken passt daher nicht in die Unternehmenswelt einer Hightech-Industrie wie der Luft- und Raumfahrt. Wir benötigen Mitarbeiter, die sich langfristig verpflichten und engagieren. Der Fachkräfte- und Ingenieurmangel ist eine zentrale Herausforderung, der sich Deutschland und Europa stellen müssen. Schließlich sichern unsere Ingenieur-

**Dem Fachkräfte- und Ingenieursmangel in Deutschland und Europa MUSS wirksam entgegen gearbeitet werden.**

re mit ihrer Innovationskraft Fortschritt und Wohlstand. Europas Führungsrolle in Forschung und Entwicklung steht auf dem Spiel. Wir dürfen uns nicht auf Technologien verlassen, die auf anderen Kontinenten entwickelt werden. Europa braucht eigene Vordenker, die wieder Pionierleistungen vollbringen.

### Reaktion der Industrie auf diese Herausforderungen: Beispiel EADS

Um im globalen Wettbewerb weiter zu wachsen und gleichzeitig die Wurzeln in Deutschland und Europa zu stärken, wollen wir unseren Konzern zukünftig auf einem Fundament von drei Säulen aufbauen. Europa stellt hierbei die erste und stärkste Säule dar. Unsere europäischen Wurzeln in unseren Heimatländern Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien sind ein wichtiger Teil unserer Identität. Man könnte an dieser Stelle Bayern als fünftes Heimatland von EADS bezeichnen. War es doch Franz Josef Strauß, der aufgrund seiner Begeisterung für die Luft- und Raumfahrt und seiner Weitsicht die Gründung von Airbus mit initiierte und maßgeblich lenkte. Starke Wurzeln und eine nationale und europäische Identität sind trotz einer zunehmenden Multinationalisierung großer Unternehmen weiterhin wichtig und erweisen sich mitunter als Wettbewerbsvorteil auf dem globalen Markt. Für EADS ist es wichtig, sich als europäisches Unternehmen auf den Weltmärkten zu platzieren. Von weltweit über 120.000 Mitarbeitern arbeiten 114.600 in Europa, davon rund 45.000 alleine in Deutschland. Unsere Heimatländer sind gleichzeitig auch wichtige Kunden, besonders im Verteidigungsbereich. Die Beschaffung durch die heimischen Streitkräfte ist ein entscheidendes Qualitätsmerkmal auf dem

Exportmarkt. Die zweite Säule ist Nordamerika. Für EADS sind die Vereinigten Staaten von besonderer Bedeutung. Etwa jedes dritte Flugzeug und jeder zweite Hubschrauber fliegen in den USA. Darüber hinaus werden über 50 % der weltweiten Rüstungsausgaben hier getätigt. Trotz geplanter Kürzungen im Verteidigungshaushalt bleiben die Vereinigten Staaten der wichtigste Verteidigungsmarkt. Die technologische Innovationskraft der USA ist beachtlich und das im gesamten Tätigkeitsspektrum von EADS. Der Konzern wird seine industrielle Präsenz in den USA weiter ausbauen, um vom vorhandenen Know-how der Fachkräfte vor Ort zu profitieren. Nicht zuletzt ist der Ausbau der industriellen Präsenz durch Akquisitionen und Kooperationen auch eine Möglichkeit, sich von extremen Wechselkurschwankungen weiter unabhängig zu

### EADS soll künftig auf drei SÄULEN stehen: Europa, Nordamerika und die fortgeschrittenen Schwellenländer.

machen. Die fortgeschrittenen Schwellenländer sind die dritte Säule, auf der EADS seinen zukünftigen Erfolg aufbaut. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich in den asiatisch-pazifischen Raum sowie nach Mittel- und Südamerika verlagert. Diese Zukunftsregionen entwickeln derzeit eine ungeheure wirtschaftliche Dynamik. Vielleicht wäre es unter Umständen sogar angemessen, nicht mehr von Schwellen- und Entwicklungsländern zu sprechen, da diese sich bereits zu einflussreichen Wirtschaftsnationen entwickelt haben. Wir müssen umdenken und uns im Klaren sein, dass diese Länder in Zukunft eine

immer bedeutendere Rolle spielen werden bzw. bereits spielen. Daher hat EADS Produktions- und Engineering-Kapazitäten in diesen Zukunftsregionen aufgebaut und betreibt zahlreiche Joint Ventures und Kooperationen, um als Partner vor Ort auf den Märkten präsent zu sein. Diese Neuausrichtung darf aber nicht mit einer Verlagerung um jeden Preis verwechselt werden. Die Komplexität der Produkte von heute und oft auch deren strategische Dimension setzen trotz Kostendruck dem Outsourcing eine „natürliche Grenze“, nämlich da, wo die Gefahr besteht, dass einem die Kontrolle über die Kernfähigkeiten entgleitet.

Die 3-Säulen-Strategie gibt für EADS den Kurs vor, um unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin erfolgreich zu wachsen und gleichzeitig tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland und Europa zu sichern. Zusätzlich zu dieser Strategie hat sich EADS zum Ziel gesetzt, einen Ausgleich zu seinen Produktionskapazitäten im Zivilflugzeugbereich zu schaffen. Hierzu sollen andere Aktivitäten, insbesondere die Service-Aktivitäten, auf ein vergleichbares Niveau ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2020 soll das Geschäft mit Service-Aktivitäten 20 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr generieren. Sowohl durch organisches Wachstum als auch durch gezielte Zukäufe in diesem Bereich soll das Ziel erreicht werden. Bereits jetzt existieren bedeutende Aktivitäten wie das Eurofighter-Systemunterstützungszentrum am Standort Manching. Hier arbeiten beispielsweise Mitarbeiter der EADS-Division Cassidian mit Angehörigen der Luftwaffe in Sachen Ausbildung sowie bei der Wartung von Material und Systemen in

Teams zusammen. Wichtige Erfahrungen aus den Heimatländern helfen somit beim Aufbau von Service-Aktivitäten in neuen Märkten.

### Industrie und Politik müssen Hand in Hand arbeiten

Damit Deutschland und Europa auch zukünftig wirtschaftlich in der Champions League spielen und die zentralen Herausforderungen meistern können, bedarf es einer engen Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft. Zum einen muss sich die Politik für mehr Wettbewerbsgerechtigkeit einsetzen. Unnötige Handelsstreitigkeiten wie der Subventionsstreit zwischen Airbus und Boeing bei der Welthandelsorganisation (WTO) sollten der Vergangenheit angehören. Angesichts neuer Konkurrenten, die auf massive staatliche Unterstützung bauen, drohen schwere Marktverzerrungen. Die europäischen Regierungen und die EU sollten auf einen Kompromiss im aktuellen Konflikt bei der WTO hinarbeiten und eine generelle Verhandlungslösung suchen, bei der alle Länder, aus denen die neuen Konkurrenten kommen, mit am Verhandlungstisch sitzen – Länder wie China, Russland oder Brasilien. Zukünftige Auseinandersetzungen

**Wir BRAUCHEN mehr Wettbewerbsgerechtigkeit, eine engere Koordination der Währungspolitik und eine Reform des Wechselkurssystems.**

zungen werden zwischen etablierten, privatrechtlichen Unternehmen auf der einen und neuen Unternehmen mit starkem staatlichem Einfluss auf der anderen Seite verlaufen.

Zum anderen bedarf es einer engeren Koordinierung der Währungspolitik und einer Reform des Wechselkurssystems. Natürlich unterstützt Deutschland einen starken Euro. Doch man sollte nicht außer Acht lassen, dass ein starker Euro schwächere Länder massiv bedroht und das Auseinanderdriften der Situationen in den verschiedenen europäischen Ländern verstärkt. Die jüngste Leitzinserhöhung der Europäischen Zentralbank hat diesen Druck auf die schwächsten Länder innerhalb der Eurozone nochmals erhöht. Die gemeinsame Initiative von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy zur Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftssteuerung, d. h. einer abgestimmten Renten- und Steuerpolitik, ist zu begrüßen. Dies ist ein bedeutender Schritt, um das Nichtvorhandensein einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik auszugleichen.

Eine engere Koordinierung der Währungspolitik und eine Reform des Wechselkurssystems im Sinne einer größeren Stabilität und eines besseren Gleichgewichts zwischen den Währungen ist Schwerpunkt der französischen G-20-Präsidentschaft. Ein erster Minimalkonsens konnte auf dem G-20-Gipfel in Südkorea im November 2010 erreicht werden. Die Mitgliedsstaaten bekannten sich dazu, das Wechselkurssystem zu reformieren. Es ist zu hoffen, dass bis zum nächsten G-20-Gipfel im November 2011 in Cannes konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. Eine starke Achse Paris-Berlin ist hierbei es-

**Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist eine stärkere INNOVATIONS-FÖRDERUNG nötig.**

senziell. Deutschland trägt Verantwortung, da es aus wirtschaftlicher Sicht das stärkste Land Europas ist.

Zuletzt ist eine enge Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft im Bereich der Innovationsförderung nötig, um die zentralen Herausforderungen zu meistern. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie hängt von ihrer Fähigkeit ab, technologisch erstklassige Produkte herzustellen. Der rasche wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach der Krise ist zu einem Großteil auf die im Ausland gefragten Hightech-Produkte zurückzuführen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Investitionen in Bildung sollten gesteigert werden, um die nötigen Fachkräfte für die Zukunft auszubilden und um ein attraktives Forschungsumfeld für Wissenschaftler zu schaffen. Zusätzlich sollte die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung eingeführt werden, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbart. Diese Förderung würde wichtige Wachstumsimpulse setzen und ist sowohl für die KMU als auch für Großunternehmen ein entscheidender Standortfaktor. Frankreich könnte Deutschland

hier als Beispiel dienen. Es deckt bis zu 40% der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen eines Unternehmens. Diesen Standortvorteil sollte sich Deutschland nicht entgehen lassen, denn der Mangel an Fachkräften und Ingenieuren schadet nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und insbesondere der Hightech-Industrie. Wenn die nötigen Anstrengungen in diesem Bereich ausbleiben, gerät Europa in einer globalisierten Welt ins Hintertreffen. Letztendlich verspielt es damit nach und nach seine technologische Vorreiterrolle.

#### Export und Binnennachfrage ausbalancieren

Der Export ist und bleibt eine wichtige Stütze für den wirtschaftlichen Erfolg und ist von großer Bedeutung, wenn es darum geht, mit Hightech-Produkten Wachstumsmärkte zu erreichen. Die schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein Beleg dafür. Mit rund 46 % der Gesamtproduktion hat die deutsche Exportquote das Vorkrisenniveau von 47,5 % wieder nahezu erreicht.<sup>5</sup> Doch die veränderten Rahmenbedingungen mit neuen Herausforderungen, aber auch Chancen für die deutsche und europäische Industrie zeigen, dass das klassische Exportmodell an seine Grenzen stößt. Einen massiven Handelsüberschuss kann es nur geben, wenn dem auf der anderen Seite ein ebenso massives Defizit gegenübersteht. Eine Erholung der Handelsbilanzen verschuldeter Länder – und dies betrifft insbesondere Frankreich – steht in direktem Zusammenhang mit einer Verringerung der Überschüsse in Deutschland, China oder Brasilien. Deutschland oder auch China sollten

sich darauf einstellen und eine Ausbalancierung zwischen starkem Export und starker Binnennachfrage anstreben: Ein weiterhin florierender Aufschwung beim Konsum der Privathaushalte und Infrastrukturinvestitionen könnten ein Teil der Lösung sein. ///



/// LOUIS GALLOIS

leitet seit 2007 den europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS mit Sitz in Ottobrunn bei München und Paris. Zuvor war er Chef der französischen Staatsbahn SNCF.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Haunschild, L. / Hauser, C. / Günterberg, B. / Müller, K. / u. a.: Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten für den deutschen Mittelstand. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, in: IfM-Materialien Nr. 171, hrsg. vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Bonn 2007.

<sup>2</sup> Juni 2010: 32 A380 von Emirates Airlines; Dezember 2010: 50 A320 von LAN Airlines; Januar 2011: 180 A320 von IndiGo Airlines, der größte Einzelauftrag für Passagierflugzeuge in der Geschichte der Luftfahrt.

<sup>3</sup> Europäische Zentralbank: <http://www.ecb.int/stats/exchange/eurofxref/html/eurofxref-graph-usd.en.html>

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> In: Financial Times Deutschland, 10.2.2011, <http://www.ftd.de/unternehmen/handeldienstleister/aufschwung-warum-der-deutsche-export-trotzdem-brummt/60009952.html>



/// Sackgasse Export

## KANN AUSFUHRSTÄRKE SÜNDE SEIN?

**PETER BOFINGER** /// Anfang des neuen Jahrtausends herrschte in Deutschland die Angst vor der Globalisierung und ihren Folgen für die Volkswirtschaft. Kaum jemand wollte etwas Positives darin sehen. Globalisierung und Wachstum wirken sich aber insgesamt für alle gut und belebend aus und aus ökonomischer Sicht ist Export daher zu befürworten.

### Vorteil Wirtschaftsstandort Deutschland

Die Exportstärke unserer Unternehmen stellt ein sehr großes Plus für unser Land dar. Schon 2004/05 habe ich die These vertreten, dass Deutschland gar nicht so schlecht dasteht. Wir hatten gute, wettbewerbsstarke Unternehmen und brauchten keine Angst zu haben, auch nicht vor weltweiter Konkurrenz. Die allgemeine Stimmung, unterstützt von den meisten Experten, tendierte zum Pessimismus und sah den Wirtschaftsstandort Deutschland ganz schwer in der Krise, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit quasi perdu. Dieser Eindruck war ganz falsch. Wir waren und sind wettbewerbsfähig, weil wir über gut strukturierte und nachhaltig agierende Unternehmen verfügen, auch im Mittelstand. Gerade der Mittelstand ist erfolgreich, weil er sich selber finanziert und somit kapitalmarktunabhängig ist. Er kann langfristig ausgerichtet agieren, die notwendigen Investitionen vornehmen und orientiert sich nicht an kurzfristigen Gewinnen.

Dieser Vorteil unserer Unternehmensstruktur, die Nachhaltigkeit, zeigt sich aber auch bei vielen größeren Firmen, in denen Familien eine entscheidende Rolle spielen wie beispielsweise BMW und Boehringer Ingelheim oder Firmen, die als Stiftungen geführt werden – man denke nur an Bosch oder Bertelsmann. Sie sind in ihrer eher konservativen Struktur nicht so finanzmarktorientiert und damit auch nicht so der Kurzatmigkeit der Finanzmärkte ausgesetzt. Noch vor vier bis fünf Jahren wurde dieser konservative Ansatz eher belächelt und dagegen die amerikanische finanzmarktorientierte Sichtweise gefeiert. Inzwischen weiß man, auch aus internationaler Sicht, dass die Orientierung auf eine extreme Kapitalmarktabhängigkeit der falsche Weg war.

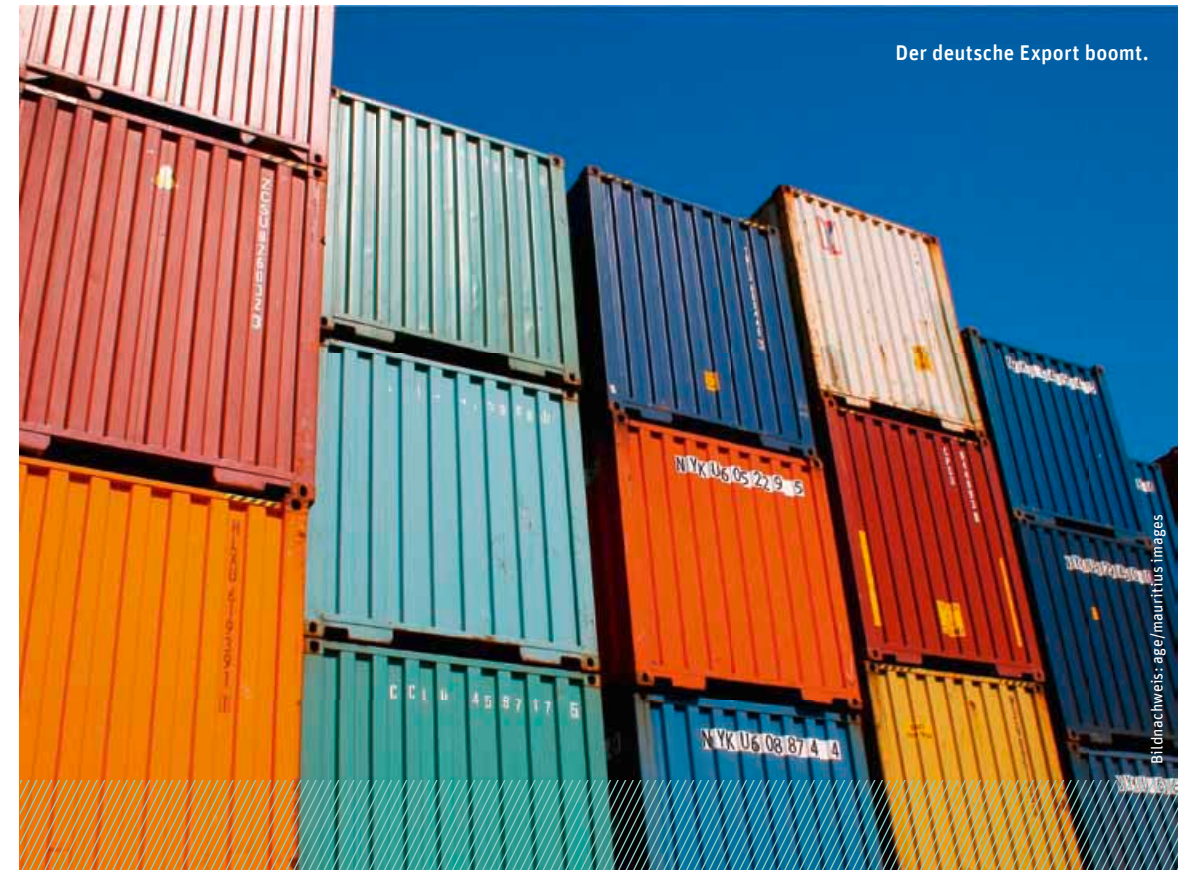
### Probleme

Aber auch im Wirtschaftsstandort Deutschland war nicht alles nur rosig in den letzten Jahren. Viele Unternehmen hatten mit Wettbewerbsproblemen zu

kämpfen. Idealerweise stellen wir uns unter Wettbewerb vor, dass Unternehmen versuchen, besser als andere zu sein, indem sie produktiver und innovativer sind und besseren Service anbieten. Diese Form von Wettbewerb bringt alle voran. Das ist eine Win-Win-Situation, weil der wirklich Leistungsstärker den Leistungsschwächeren verdrängt. Das will das System und verleiht ihm seine Dynamik und das ist Wettbewerb, wie man sich ihn vorstellt. Es gibt aber noch eine andere Form von Wettbewerb, der darin besteht, dass man weniger Löhne bezahlt. Man versucht, seine Position zu verbessern, indem man Löhne nicht mehr erhöht oder gar senkt.

**Die deutsche Exportstärke und Wettbewerbsfähigkeit **FÜHRT** auf einer soliden und nachhaltigen Basis vieler Unternehmen.**

Das führt dann dazu, dass nicht derjenige sich durchsetzt, der leistungsstärker ist, sondern derjenige Erfolg hat, der einfach schlechter bezahlt. Wenn alle Unternehmen eines Landes oder der Welt versuchten, mit immer geringeren



Löhnen wettbewerbsfähig zu werden, würde das System nicht voranbringen, sondern makroökonomisch eher zu einer deflationären Konstellation führen. Gesunder Wettbewerb funktioniert über Produktivität und Leistungsfähigkeit, problematischer über Lohndumping. Unsere Unternehmen sind leistungsstark und innovativ, aber in den letzten zehn Jahren sind in Deutschland dennoch die Reallöhne von allen OECD-Ländern mit Ausnahme von Japan am wenigsten gestiegen. Faktisch hat man über zehn Jahre die Arbeitnehmer vom allgemeinen wachsenden Wohlstand ausgeschlossen. Haben wir diese Form von Wettbewerb gebraucht, um uns global durchzusetzen? Und ist Exportstärke somit eine Sünde?

Exportstärke, die durch eine zu niedrige Lohnsteigerung erzielt wird, ist problematisch. Wenn alle Länder im Euroraum in den letzten zehn Jahren versucht hätten, ihre Löhne nur so gering zu erhöhen, wie wir oder vielleicht noch weniger, dann hätten wir in der Weltwirtschaft ein Debakel erlebt. Wir konnten das nur machen, weil es die anderen nicht gemacht haben, aber deswegen ist es nicht besser und schon gar nicht als allgemeines Gesetz umsetzbar. Die Lohnzurückhaltung in Deutschland hat faktisch in den letzten zehn Jahren zu einer stagnierenden Binnen-

nachfrage geführt. Von 2000 bis 2010 ist unsere inländische Verwendung preisbereinigt gerade um 4 % gestiegen, die Exporte um fast 70 %. Dieser Exportanstieg wäre undenkbar, wenn alle europäischen Länder und gar noch die Amerikaner in den letzten zehn Jahren ihre Inlandsnachfrage nicht ausgeweitet und sich so verhalten hätten wie wir. So positiv sich das auf unsere Bilanz ausgewirkt hat, hat es den anderen Ländern auch geschadet und so stimmt die Balance einfach nicht. Wir haben überzogen, indem wir versucht haben, diese ohnehin gute Exportstärke durch überzogene Lohnzurückhaltung noch zu verstärken. 1 % Lohnerhöhung jedes Jahr hätte unserer Exportindustrie keinen großen Abbruch getan, aber dafür gesorgt, dass der erzielte Wohlstand breiter in der Gesellschaft gestreut worden wäre. Die Binnennachfrage wäre so gesünder verlaufen und ein vernünftiger Ansatz gewesen, der auch anderen Ländern genutzt hätte. Dies soll Länder wie Portugal, Irland oder Griechenland nicht entschuldigen. Während wir unsere Löhne zu wenig erhöht haben, haben diese hemmungslos und ungeachtet der Währungsunion viel zu stark erhöht. Jetzt divergieren die Lohnstückkosten massivst und Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien und auch Italien müssen Lohnsenkungen vornehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, was natürlich schwierig ist, vor allem, wenn man hoch verschuldet ist.

Auch aus rein nationaler Sicht war die Lohnzurückhaltung ein Problem. Sie führte zu einer allgemeinen Unzufriedenheit vieler Menschen, welche sich auch in den Bürgerprotestbewegungen widerspiegelt. Es wurden große Leistungsbilanzüberschüsse und Sparver-

**Die Wettbewerbsfähigkeit im Wirtschaftsstandort Deutschland wurde in den letzten Jahren auch durch LOHNDUMPING bewirkt.**

**Die LOHNZURÜCKHALTUNG schwächte die Binnennachfrage und stärkte den Export.**

mögen, etwa 1 Billion Euro als Nettovermögen seit der Währungsunion gebildet, was wir als alternde Gesellschaft auch brauchen. Aber das Nettovermögen einer Volkswirtschaft muss auch angelegt werden, am besten im Ausland. Aber viele Länder wie z. B. die USA oder andere europäische sind dafür mittlerweile zu unsicher geworden und andere wie China oder die Schweiz verfügen selber über genug Währungsreserven. Somit hat das extreme Ansammeln von Geld nicht den gewünschten Effekt erbracht und wäre besser im Inland investiert worden.

### Lösungen

Export und Import stehen nicht im Widerspruch zueinander, aber der Binnenverbrauch muss gestärkt werden. Die Gewinne aus dem Export sollten gezielt im Inland eingesetzt werden. Momentan florieren die Zuwachsraten in Deutschland zwar, aber man sollte dabei nicht den Einbruch von 2009 vergessen. Im Schnitt liegen wir somit auf der Höhe mit beispielsweise den USA oder Frankreich und bei aller Euphorie und allem Optimismus – es wird nicht immer weiter so aufwärts gehen. Denn die Dynamik ist keine gesunde, sondern beruht größtenteils auf einer extremen Neuverschuldung der Staaten und hängt

somit am Tropf einer expansiven Geldpolitik. Die Knirscheffekte des mittlerweile notwendig gewordenen Eurosparprogramms machen sich jetzt schon bemerkbar. Umso wichtiger ist also die Ankurbelung von Investitionen und der Binnennachfrage.

Kann man das wirtschaftspolitisch erreichen? Es darf keine weitere Lohnzurückhaltung mehr geben. Die Reallohne müssen mit dem Produktivitätswachstum steigen. Der Staat, aber auch die privaten Haushalte mit ihren jährlich 150 Milliarden Euro Nettosparkapital müssen wieder zur Inlandsinvestition gebracht werden und dafür die entsprechenden Anreize und Möglichkeiten, sei es im öffentlichen oder privaten Raum, geschaffen werden. Dazu gehört auch die Aufhebung der Schuldenbremse, da sie dem Staat die Möglichkeit nimmt, rentable Investitionen durchzuführen und dafür Kredite aufzunehmen. Und auch die Kapitalmärkte sind hier gefordert, von ihrer überwiegend globalisierten Orientierung mehr auf den heimischen Markt umzuschwenken. Eine Abschaffung der Abgeltungssteuer wäre auch investitionsfördernd, da sie in Form von steuerlichen Vorteilen zum Sparen anregt, also investitionshemmend wirkt.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unser Exportmodell weiter läuft, ist, dass die europäische Währungsuni-

**Die derzeitige Dynamik der Wirtschaft ist KEINE gesunde und bedarf weiterhin vermehrter Investition und Binnennachfrage.**

on bestehen bleibt. Eine Abkehr davon wäre zwangsläufig verbunden mit einer Rückkehr zu einem System stufenflexib-

### Der **BESTAND** der europäischen Währungsunion ist für ein weiterhin erfolgreiches Exportmodell unabdingbar.

ler Wechselkurse wie dem europäischen Währungssystem oder sogar zu flexiblen Wechselkursen. Dies würde zu einer Aufwertung der deutschen Währung führen und die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre zunichte machen. Deswegen muss alles erdenklich Mögliche und Notwendige für den Erhalt der Währungsunion getan werden. Aber die momentane Lage einiger Länder, allen voran Griechenland, zeigt die ganze Problematik. Trotz eisernem Sparwillen steigen dort die Arbeitslosigkeit und der Schuldenstand. Das Land kommt überhaupt nicht auf die Beine und damit wächst auch zunehmend die Gefahr, dass es sich aus der Euro-Zone verabschiedet, was eine Sogwirkung auf die anderen Problemfälle wie Irland, Spanien, Portugal u. s. w. haben könnte. Deswegen muss man alles tun, um diesen Ländern zu helfen und zwar in Form eines umfassenden gemeinsamen Programmes. Dazu gehört eine Schuldenreduzierung auf ein machbares Maß mit gleichzeitiger Konsolidierung des Staates in Form von Sparmaßnahmen aber auch des Bankensystems, um einem weitergehenden Dominoeffekt auf andere Länder in Richtung Staatsverschuldung mit drohendem Staatsbankrott entgegen zu wirken. Diese Problemfälle brauchen auch aktive Hilfe und Zukunftsperspektiven in Form von Investi-

tionsprogrammen. Unmittelbares und schnelles Handeln in Bezug auf die nächste Zukunft sind angesichts der momentanen Lage gefragt. V. a. darf man dabei die Substanz auch nicht völlig weg- und kaputtsparen. Pläne für die Zeit ab Juni 2013 erscheinen mir momentan eher nachrangig, denn ich kann nicht die Zukunft retten, wenn die Gegenwart noch nicht mal gesichert ist.



/// PROF. DR. BOFINGER

Volkswirtschaftliches Institut der Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates für Wirtschaft.

/// Deutschland braucht den starken Export

## WACHSTUMSTREIBER GLOBALISIERUNG

**HERMANN SIMON** /// Die Globalisierung ist und bleibt der wichtigste Wachstumstreiber für die deutsche Wirtschaft. Deutsche Unternehmen müssen sich mit ihren Spezialitäten auf den Weltmarkt ausrichten, da der Heimatmarkt dafür viel zu klein ist. Es gibt keine Alternative. Die Verringerung des deutschen Exports bei gleichzeitiger Stärkung der Binnennachfrage führt angesichts der unvorteilhaften Demographie in die falsche Richtung.

Die Globalisierung ist ein relativ junges Phänomen und hat in kürzester Zeit enorm an Bedeutung gewonnen. Alle Indikatoren der Globalisierung haben sich vervielfacht. Die Anzahl der Bücher zum Thema ist heute fast 160 Mal so hoch wie vor 30 Jahren, was allerdings auch an der niedrigen Ausgangsbasis liegen dürfte. 1980 sprach kaum jemand von Globalisierung. Besonders stark sind die grenzüberschreitenden täglichen Finanztransaktionen mit einem Indikator von 943 gestiegen. Hingegen haben die ausländischen Direktinvestitionen sich „nur“ um das Vierfache erhöht. Alle diese Wachstumsraten liegen deutlich über dem Anstieg der Bruttoinlandsprodukte in den entwickelten Ländern.

Betrachtet man die Entwicklung der Weltexporte pro Kopf der Weltbevölkerung über einen wesentlich längeren Zeitraum, nämlich seit 1900, so zeigt

sich eine deutliche Beschleunigung in den letzten Jahrzehnten. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau (6 US-Dollar im Jahre 1900) wurden fünfzig Jahre für eine Vervielfachung benötigt. Die beiden Weltkriege zerstörten die internationalen Handelsstrukturen und warfen die Entwicklung der Exporte um Jahrzehnte zurück. In den nächsten 30 Jahren bis 1980 gab es ein sehr starkes Wachstum. Die nächste Verdoppelung auf knapp 1.000 US-Dollar brauchte dann 20 Jahre. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Weltexporte pro Kopf innerhalb von zehn Jahren wiederum mehr als verdoppelt, trotz des bereits hohen Niveaus.

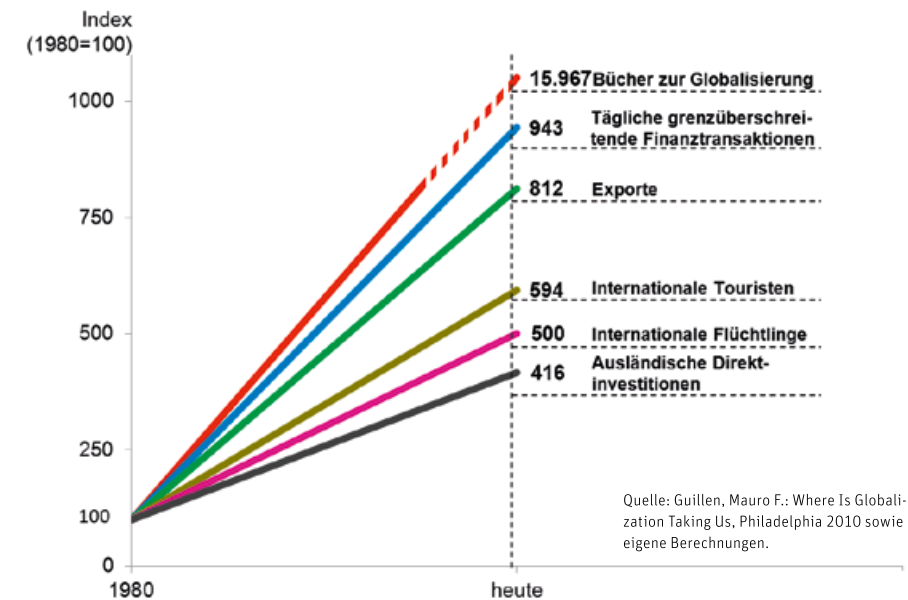
In absoluten Zahlen bedeutet diese Entwicklung einen Anstieg des internationalen Güteraustausches von 9,9 Milliarden US-Dollar im Jahre 1900 (damals lag die Weltbevölkerung bei 1,65 Milliarden Menschen) auf 14.904 Milli-

Die deutsche Exportwirtschaft ist eindeutig auf den Weltmarkt ausgerichtet.



Bildnachweis: Jörg Hackemann/fotolia

Abbildung 1: Indikatoren der Globalisierung 1980 vs. heute



Quelle: Guillen, Mauro F.: Where Is Globalization Taking Us, Philadelphia 2010 sowie eigene Berechnungen.

arden US-Dollar 2010 (Weltbevölkerung: 6,9 Milliarden Menschen). Das ist eine Steigerung um nahezu das Fünfhundertfache. Der internationale Gütertausch ist heute fast 1500 Mal so hoch wie vor 100 Jahren. Dabei sind Direktinvestitionen und Dienstleistungsexporte (z. B. Finanzdienstleistungen, Softwareentwicklung oder Call Center in Indien) nicht einmal eingerechnet. Gemäß Abbildung 1 würde sich das Wachstum durch deren Einbeziehung nochmals verdoppeln. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die zuvor genannten Zahlen nicht inflationsbereinigt und generell mit Vorsicht zu genießen sind. Es geht hier nur um das Aufzeigen von Tendenzen und Größenordnungen, und in diesem Sinne sprechen die Statistiken eine Sprache, wie sie eindeutiger nicht sein kann: Die Globalisierung schreitet ungebremst voran und beschleunigt sich dabei. Länder

und Unternehmen, die an diesem Spiel beteiligt sind, beziehen einen starken Schub aus diesem Wachstum.

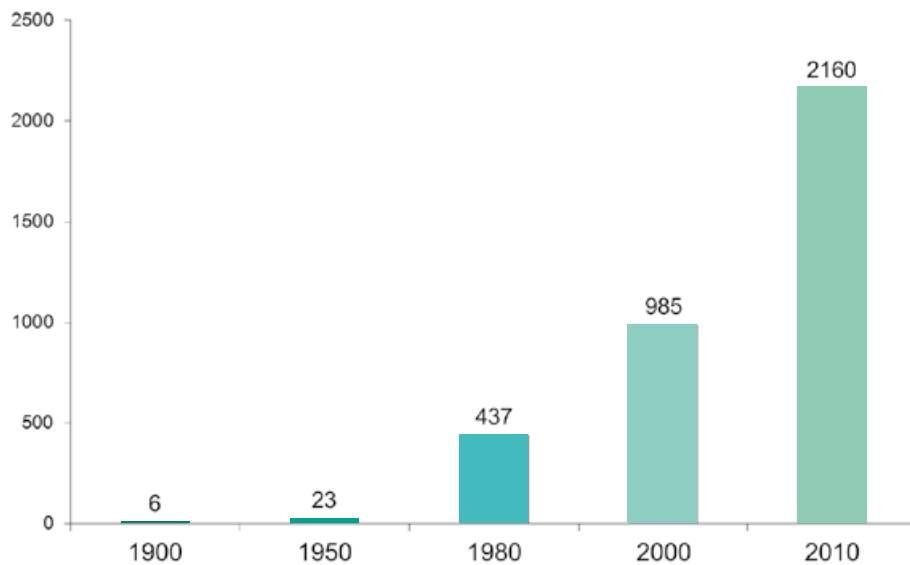
Die Krise von 2008/09 hat diesen Trends allenfalls unterbrochen, aber nicht grundsätzlich geändert. Bereits im Jahre 2010 wurde bei vielen Indikatoren der Globalisierung das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Wir können mit einem weiterhin starken und stetigen Anstieg des Welthandels rechnen.<sup>1</sup>

### Deutschland ragt heraus

Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein direkter Vergleich der Exporte pro Kopf nach Ländern, was allerdings nur für Länder ungefähr ähnli-

**Trotz der Wirtschaftskrise 2008/09 breitet sich die Globalisierung weiter aus und BESCHLEUNIGT somit auch den Welthandel und das Wirtschaftswachstum.**

Abbildung 2: Weltexporte pro Kopf der Weltbevölkerung (in US-Dollar)



Quelle: Guillen, Mauro F.: Where Is Globalization Taking Us, Philadelphia 2010 sowie eigene Berechnungen.

cher Größenordnung Sinn macht. Nehmen wir an, ein Land habe nur einen Einwohner, der seine gesamte Erzeugung mit anderen tauscht, dann wäre der Export pro Kopf dieses (sehr kleinen) Landes gleich dem Bruttoinlandsprodukt oder, anders ausgedrückt, die Export- und die Importquoten wären jeweils 100 %. Würde umgekehrt die Erde nur aus einem einzigen Land bestehen, dann wäre der Export pro Kopf gleich Null. Je kleiner also ein Land, desto höher ist tendenziell sein Export pro Kopf.

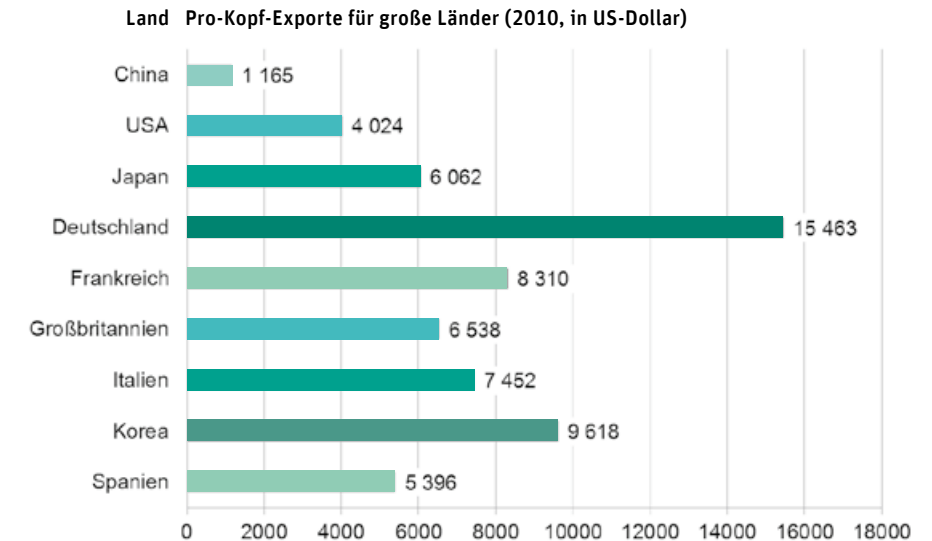
Wegen dieser eingeschränkten Vergleichbarkeit sind in die Abbildung 3 nur exportstarke Industrieländer mit mehr als 40 Millionen Einwohnern, also „große“ Länder einbezogen. Um eine die unterschiedlichen Einwohnerzahlen neutralisierende Vergleichsbasis zu schaffen, wurde eine lineare Regression vorgenommen. Die Regressionsgerade definiert sozusagen den „empirischen

Normwert“. Die Abweichungen von dieser Normlinie liefern einen sehr interessanten Indikator für die Exportstärke eines Landes. Diese Abweichungen sind im unteren Teil der Abbildung 3 dargestellt.

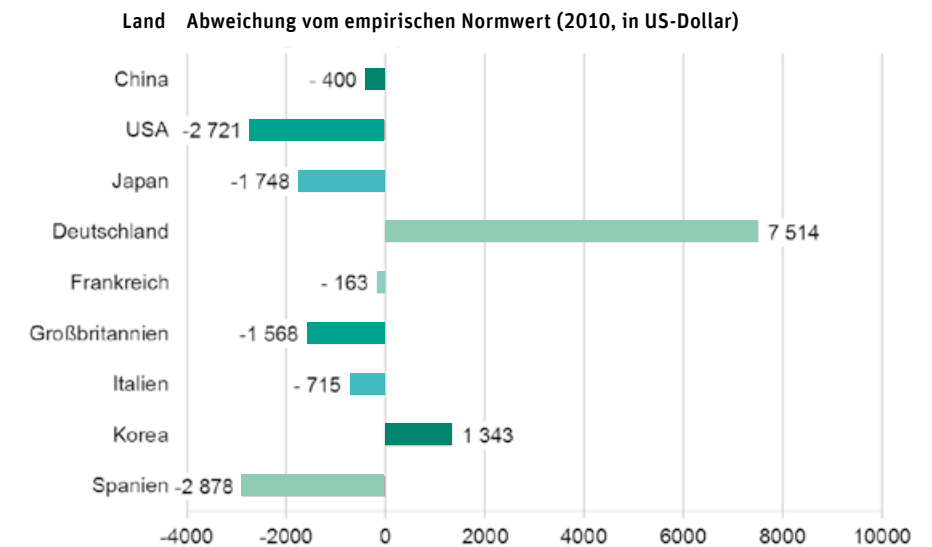
Das Resultat ist frappierend. Deutschland nimmt eine einzigartig herausragende Stellung unter den großen Ländern in diesem Vergleich ein. China, das seit 2009 Exportweltmeister ist, unterschreitet die Normlinie leicht, die USA und Japan liegen deutlich darunter.

Der Vergleich unterstützt auch die Hypothese vom weiteren Wachstum des Welthandels. Würden beispielsweise die USA und Japan die Normwerte erreichen, so ergäbe sich allein daraus ein zusätzliches Exportvolumen von etwas mehr als 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist mehr als die kombinierten Exporte von Frankreich und England aus dem Jahr 2010. In diesem

Abbildung 3:



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, 8.4.2011.



Quelle: Berechnung auf der Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes Deutschland, 8.4.2011.

Kontext ist aufschlussreich, dass Präsident Obama im Sommer 2010 die Amerikaner aufgerufen hat, ihre Exporte zu verdoppeln. Dann würden die USA so-

gar die Normlinie überschreiten. Aber dieses Ziel ist wohl ein bisschen zu ehrgeizig, weist jedoch in die erwünschte Richtung. Ebenso gibt es in Japan und

## Deutschland ist mit **GROßEM** Abstand am exportstärksten unter den großen Ländern.

Korea Initiativen, um insbesondere mittelständische Unternehmen, die bisher nur in ihren Binnenmärkten aktiv sind, zu verstärkter Internationalisierung zu bewegen. Das Fujitsu Research Institute in Tokio betreibt beispielsweise ein Projekt, in dem „potential globalizer“, also Firmen mit Globalisierungspotenzial, identifiziert werden.<sup>2</sup> Und in Korea gibt es ein Regierungsprogramm zur Schaffung von 300 Hidden Champions in den nächsten fünf bis zehn Jahren.

### Export – was sonst?

Abbildung 3 macht aber auch verständlich, warum wir Deutschen unter Beschuss stehen. Insbesondere aus Ländern mit Defizitpositionen im Export kommen Vorwürfe, dass die Deutschen zu viel exportieren und auf diese Weise wirtschaftliche Ungleichgewichte verursachen. Ja, wir waren von 2003 bis 2008 ununterbrochen Exportweltmeister. Doch im Jahre 2009 haben wir diesen Titel an China verloren und 2010 hat sich die Führung Chinas sogar deutlich vergrößert. Die Chinesen haben uns mit ihren Ausfuhren in 2009 erstmals um circa 7 % und 2010 sogar um 24 % übertroffen. Die Zeiten der deutschen Exportweltmeisterschaft dürften für immer vorbei sein. Die Kritik unserer Nachbarn kann also verwundern, da sich unsere relative Position, zumindest im Verhältnis zu China, verschlechtert hat.

Doch alles ist relativ. Wir exportieren fast genauso viel wie Großbritannien, Frankreich und Italien zusammen (2009: 1.121 vs. 1.231 Milliarden US-

Dollar, 2010: 1269 vs. 1374 Milliarden US-Dollar). Dabei sind diese großen europäischen Länder bevölkerungsmäßig 2¼ Mal so groß wie Deutschland (187 vs. 82 Millionen Menschen). Selbst im schlechten Jahr 2009 lagen unsere Exporte um 6 % höher als die amerikanischen und übertrafen die japanischen Ausfuhren um fast das Doppelte.

Wenn man diese Überlegungen und die Fakten berichtet, die in Abbildung 3 dargestellt werden, schlägt einem überall in der Welt ungläubiges Erstaunen entgegen. Da braucht es nicht zu verwundern, dass zuhauf Neider und Ratgeber auftreten, die uns sagen, dass wir mit dieser Performance endlich aufhören und uns bitte dem Niveau unserer europäischen, amerikanischen und japanischen Freunde anpassen sollen. Das erinnert einen an den Arbeiter, der mehr leistet als andere, auf diese Weise die Standards verdirbt und deshalb von seinen Kollegen gemobbt wird – ein in der Arbeitswelt wohl bekanntes Phänomen. So hält Adam Posen, amerikanischer Experte vom Institute for International Economics in Washington starke Lohnerhöhungen in Deutschland für „die beste Option“. Der französische Ökonom Jean Paul Fitoussi vom Pariser Institut d'Etudes Politiques schließt sich ihm an und plädiert zudem für deutsche Zurückhaltung bei den Exporten. Zahlreiche Politiker aus unter-

**Die deutsche Exportstärke ruft WELTWEIT Neid und Unmut hervor.**

schiedlichen Ländern haben sich ähnlich geäußert.

Das sind schon seltsame Ratschläge. Zum einen wird von diesen Experten offensichtlich verkannt, dass bei uns nicht der Staat der große Exporteur ist (anders als in einigen anderen Ländern, wenn wir an Waffenexporte und Staatsunternehmen denken<sup>3</sup>), sondern dass die Exportstärke und der Exportauftritt Deutschlands ihre Wurzeln in privaten Unternehmen, vorwiegend sogar im Mittelstand haben. Diese Unternehmen tun nichts anderes, als sich weltweit die Kunden zu suchen, die ihre Produkte wollen und bereit sind, dafür zu zahlen, selbst wenn die deutschen Preise meist als hoch empfunden werden. Soll sich etwa der Staat als Exportbe- und -verhinderer gerieren?

Nein, Deutschland muss bei seiner Exportstärke und -orientierung bleiben.<sup>4</sup> Wir haben gar keine andere Wahl, wenn wir unser Wohlstandsniveau halten wollen. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn auch der inländische Konsum und die Dienstleistungen stärker zum Wachstum beitragen, aber das dürfte eine Illusion bleiben. Eine schnell alternde, schrumpfende Gesellschaft wie die unsrige hat zwangsläufig ein niedrigeres Konsumniveau als eine wachsende, junge Gesellschaft. Das lässt sich durch staatliche Maßnahmen nicht grundsätzlich ändern. Die öffentliche Verschuldung führt solche Vorschläge ohnehin ad absurdum.

Ein zweites, schwergewichtiges Argument für die bleibende Notwendigkeit einer starken Exportorientierung besteht darin, dass unsere industriellen Strukturen sich nicht kurzfristig verändern lassen. Sie sind nun einmal so, wie sie sind. Das heißt, unsere Unternehmen sind überwiegend auf spezielle Pro-

dukte und Märkte ausgerichtet. Diese Fokussierung ist die Basis für die Weltklasse deutscher Produkte. Denn Weltklasse wird man nur durch Fokussierung und Konzentration. Fokussierung macht aber die Märkte im einzelnen Land klein. Oft bedienen deutsche Unternehmen nur Nischenmärkte. Die einzige Chance, solche Märkte groß zu machen, besteht in konsequenter Globalisierung. Fokussierung und Globalisierung sind insofern die zwei Pfeiler der Strategie der meisten deutschen Unternehmen, die international aktiv sind, und untrennbar miteinander verbunden. Das reflektiert sich in den Exportraten einzelner Unternehmen, die oft bei mehr als 80 % vom Umsatz liegen. Wenn wir unsere Menschen beschäftigen und unseren Wohlstand halten wollen, gibt es keine Alternative zur Devise „Export – was sonst?“.

Statt uns zu raten, unsere Exportstärke zu verwässern, sollten unsere Freunde ihre eigene Exportperformance verbessern. Denn an dieser Front haben sie vielfach versagt. Seit der Euro das Allheilmittel regelmäßiger Abwertungen außer Kraft setzte, nahm die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aus europäischen Nachbarländern, vor allem aus Südeuropa, deutlich ab. Statt der Wechselkursabwertung gäbe es auch heute ein einfaches Mittel, nämlich Lohn- und Kostensenkungen. Aber dieses Mittel ist unangenehm und politisch schwerer durchsetzbar. Jedoch wäre es für unsere Nachbarn der richtige Weg. Die Amerikaner haben offenbar verstanden, dass sie mehr exportieren müssen.

### Unerwartete Dynamik

Deutschland stand jahrelang für Stagnation, Nullwachstum, Arbeitslosigkeit

sowie Unwillen zu durchgreifenden Reformen. Pessimismus und Fatalismus waren die vorherrschende Stimmung. Zeichen von Aufbruch, vorwärtsstrebendem Unternehmertum, Innovationsfreude, Entschlossenheit zum „Ruck“ ließen sich kaum ausmachen. Das ist die eine Seite Deutschlands, so wie sie sich vornehmlich in der öffentlichen Diskussion, den Medien, den makroökonomischen Statistiken darstellte und ständig von vielen Wirtschaftsweisen vorgehalten wurde. Selbst die Tatsache, dass Deutschland Exportweltmeister war, erfuhr eine Deutung ins Negative. Begründung: Angesichts des verbreiteten Outsourcings und Offshorings entsprechen diese Position nicht der tatsächlich in Deutschland erbrachten Wertschöpfung. Man sprach von der „Basarökonomie“, in der die Waren nur wie durch einen Basar durch Deutschland laufen, ohne dass dort eine wesentliche Wertschöpfung stattfände.

Natürlich steckt in diesen Aussagen ein Körnchen Wahrheit. Doch dieses pessimistische Bild war stets eine Verzerrung der Realität. Geht man auf die Ebene der Unternehmen, was Makroökonomien und Politiker eher selten tun, so fand und findet man in weiten Teilen ein ganz anderes Gesicht Deutschlands. Dies ist ein Gesicht des Wachstums, der Nutzung von Vorteilen der Globalisierung, der Innovation, der Realisierung von unternehmerischen Visionen, ein Bild von sprühender Energie und Optimismus. Zweifel? Darf ich dann fragen, wie viele Umsatzmilliardäre in den letzten zehn Jahren in Deutschland entstanden sind, also Unternehmen die vor zehn Jahren weniger als 1 Milliarde Euro umsetzten und deren Umsatz heute über 1 Milliarde Euro erreicht? Es sind mindestens 150, wahrscheinlich sogar 200 Fir-

men. Nach allen Kriterien ist eine Firma oberhalb der Milliarden-Euro-Umsatzgrenze ein großes Unternehmen. Das Wachstum der meisten dieser „Champions of Growth“ ist beeindruckend. Manche sind heute fünf oder zehnmal so groß wie Ende der 90er-Jahre. Und gerade nach der Krise zeigte sich die Stärke dieser Unternehmen.

Im Durchschnitt sind die Champions of Growth in der betrachteten Dekade mit einer jährlichen Rate von 15 % gewachsen. Nach der Faustformel „70/Wachstumsrate = Verdopplungszeit in Jahren“ bedeutet das eine Verdopplung des Umsatzes in fünf Jahren und damit auch eine signifikante Erhöhung der Mitarbeiterzahl. Dahinter stehen phantastische unternehmerische Leistungen. Die Schizophrenie zwischen der Entwicklung dieser Unternehmen und der über Jahre gedrückten Stimmung in Deutschland könnte eklatanter nicht sein.

Es drängen sich gleich mehrere Fragen auf: Was sind die Treiber dieser Dynamik, dieser spektakulären Wachstumsgeschichten? Ganz klar: Innovation und Globalisierung. Als Beispiel für extreme Innovationsfreude dient die Firma Enercon, weltweit nach installierter Kapazität die Nummer 4 bei Windenergieanlagen. Erst 1984 gegründet, beschäftigt diese Firma heute mehr als 13.000 Menschen und nähert sich einem Umsatz von 5 Milliarden Euro. Getrieben von

**TROTZ des eher pessimistischen Eindrucks haben sich die Unternehmen in Deutschland in den letzten Jahren fantastisch entwickelt.**

Bildnachweis: Gunnar Ries/zoomar



Bau einer Windenergieanlage der Firma Enercon in Hamburg, Altenwerden

dem Gründer, Dr. Aloys Wobben, liegt die Konzentration voll auf Forschung, Entwicklung und Produktion. Die in Aurich, Ostfriesland, beheimatete Firma besitzt auf ihrem Gebiet rund 40 % aller Patente weltweit. Keiner der großen Anbieter kommt an den Lizenzen von Enercon vorbei. Service, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der Enercon-Anlagen sind legendär. Diese Wettbewerbsvorteile erlauben die Durchsetzung deutlich höherer Preise. Die Firma wächst nicht nur stark und kontinuierlich, sondern ist zudem hochprofitabel. Gefertigt wird vor allem in Deutschland.

Viele der Wachstums-Champions bewegen sich in klassischen Märkten und wachsen trotzdem, vor allem durch Internationalisierung. Oft sind sie dabei einem extrem harten, an Effizienz und Kosten orientierten Wettbewerb ausgesetzt. Die besten deutschen Unternehmen sind Wachstumsunternehmen. Was ist somit die Botschaft an Deutschland und deutsche Unternehmen? Die Wachstums-Champions sind eine Fa-

cette einer dynamischen, sich schnell verändernden Wirtschaft. In Deutschland ist eine überraschend große Zahl von Milliardenunternehmen entstanden. Doch zu einer dynamischen Wirtschaft gehört zwangsläufig auch die andere Seite der Medaille, nämlich, dass Unternehmen schrumpfen, Arbeitsplätze abbauen, vom Markt verschwinden

**Die Medien sollten die positive Entwicklung des MITTELSTANDES viel intensiver vermitteln.**

oder geschluckt werden. Innovation bedeutet auch kreative Zerstörung, wie wir von Schumpeter wissen. Im öffentlichen Lärm sehen wir überwiegend diese zweite, die düstere Seite der Dynamik. Demgegenüber gehen die Wachstums-Champions im Nebel des Pessimismus unter. Sie bleiben trotz ihrer mittlerweile beachtlichen Größe in der öffentlichen Wahrnehmung unbeach-

tet. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass die Medien vor allem über Großunternehmen berichten, die in der Regel weniger stark wachsen bzw. schrumpfen. Einer Analyse zu Folge stellen mittlere und kleinere Unternehmen 80 % aller Arbeitsplätze, ihnen werden aber nur 16,2 % der Presseartikel gewidmet. Die weit überwiegende Mehrheit von 83,8 % der Pressemeldungen befasst sich mit Großunternehmen.<sup>5</sup> Dabei können wir gerade auf den von der Presse sträflich vernachlässigten Mittelstand enorm stolz sein.

Ich reise sehr viel, vor allem in Asien und Amerika. Je mehr ich dabei Firmen aus anderen Ländern vertieft kennenlernte, desto stärker komme ich zu der Überzeugung, dass wir in Deutschland viele der besten Firmen der Welt haben. Ihr Wachstum beweist, dass meine Diagnose nicht auf Wunschdenken und Träumerei basiert. Die Wachstums-Champions sollten auch Vorbilder für diejenigen deutschen Unternehmen sein, die vielleicht die gleichen Potenziale besitzen, aber den Weg der Innovation und der Globalisierung noch nicht mit der gleichen Entschiedenheit eingeschlagen haben. Gerade deutsche Unternehmen mit der richtigen Strategie im globalen Wettbewerb haben phantastische Wachstumschancen. Sie müssen sie nur nutzen.



/// PROF. DR. DR. H.C. HERMANN  
SIMON

ist Chairman der global operierenden Unternehmensberatung Simon-Kucher & Partners Strategy & Marketing Consul-

**tants und Experte für Strategie, Marketing und Pricing. Sein neues Buch „Die Wirtschaftstrends der Zukunft“ ist im Februar 2011 erschienen.**

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Es gibt allerdings auch skeptischere Stimmen wie Langhammer, Rolf: Sind die goldenen Jahre der Globalisierung vorbei? Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bonn 2010, S. 41-44.

<sup>2</sup> Schulz, Martin: Japan's Potential Globalizers – Japan Globalization Project, Fujitsu Research Institute, 9.3.2011.

<sup>3</sup> Kimes, Mina: America's Hottest Export: Weapons, Titelgeschichte Fortune, 28.2.2011.

<sup>4</sup> Diese Position vertritt auch David Marsh, früherer Deutschland-Korrespondent der Financial Times, vgl. Marsh, David: It's the exports, stupid, Newsletter „The Bigger Picture“, 12.7.2010.

<sup>5</sup> Basis: 32.116 Berichte über Unternehmen, Branchen und Manager in fünf deutschen Medien, Quelle: Wachstum D – Report 2010.

#### /// Voraussetzungen und Folgen

## DER BAU DER MAUER 1961 UND IHR FALL 1989

**ECKHARD JESSE /// Der Bau der Mauer 1961 und ihr Fall 1989 hatten innere und äußere Ursachen wie Folgen. Die Folgen des Baus der Mauer waren weithin die Ursachen ihres Falls. Der Bau der Mauer hatte denselben Grund wie ihre Öffnung: die Existenz der DDR zu sichern. Die (vorläufige) Festigung der DDR war in gewisser Weise eine Voraussetzung für ihre Destabilisierung und damit für ihr Ende.**

#### Einleitung

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“<sup>1</sup> – „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“<sup>2</sup> Das sind die beiden immer wieder zitierten Sätze aus zwei Pressekonferenzen zum Bau der Mauer 1961 und zu ihrem Fall 1989. War den Urhebern – Walter Ulbricht und Günter Schabowski – die historische Tragweite ihrer Aussagen seinerzeit bewusst? Die Antwort ist vielleicht komplizierter, als dies den Anschein haben mag.

Die Erinnerung an das vor 50 Jahren gebaute Mauermonster, das nicht nur ein Land teilte, sondern zwei gegensätzliche Systeme voneinander schied, hält an, obwohl es nach 28 Jahren wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel. Wie konnte es dazu kommen? Mauerbau und Mauerfall haben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Fast jeder Zeitgenosse weiß, wo er

sich seinerzeit aufhielt, als ihn die Kunde davon erreichte. Dabei gibt es erstaunliche Analogien. Ohne die internationalen Konstellationen und ihren Wandel sind solche Vorgänge nicht zu begreifen.

#### Der Mauerbau am 13. August 1961

Der DDR fehlte es von Anfang an an demokratischer Legitimität. Da ihre Bürger das ihnen aufgezwungene System nicht ändern konnten (nicht nur der 17. Juni 1953 hatte dies gezeigt), führte dies zu einer Abstimmung mit den Füßen. Jahr für Jahr verließen Hunderttausende den „Arbeiter- und Bauernstaat“. Die DDR drohte auszubluten. Das Schlupfloch Berlin (West) war den Kommunisten ein Dorn im Auge. Im November 1958 richtete die Sowjetunion ein Ultimatum an die Westmächte, Westberlin in eine selbstständige politische Einheit umzuwandeln. Geschehe das nicht innerhalb eines halben Jahres, werde die Sowjet-



Die Berliner Mauer trennte nicht nur ein Land, sondern schied auch zwei gänzlich unterschiedliche Systeme voneinander.



Bildnachweis: Schinke/Interfoto

union diese Maßnahmen im Einvernehmen mit der DDR treffen. Wie etwa der Innsbrucker Historiker Rolf Steininger zeigen kann, war sich der Westen nicht einig, was Chruschtschow mit seinem Vorschlag bezweckte. Adenauer, von de Gaulle unterstützt, befürchtete Konzessionen des Westens und ermunterte den britischen Premierminister Harold Macmillan, den er als das schwächste Glied in der Allianz ansah, zum Durchhalten. Angesichts der Festigkeit der Westmächte – hinter den Kulissen ging es nicht so einvernehmlich zu – rückte Chruschtschow allmählich von seinen Forderungen ab. Die Westmächte suchten ihre Interessen in Berlin zu wahren, wollten aber die Sowjetunion nicht provozieren.

Ende Juli 1961 formulierte der neue amerikanische Präsident John F. Kennedy in einer Rede mit Blick auf das westliche Berlin seine drei berühmten Essentials, die es zu verteidigen gelte: Präsenz der Westmächte, freier Zugang nach Berlin sowie Freiheit für das westliche Berlin. War die Rede einerseits offensiv angelegt (sie kündigte eine Truppenverstärkung an), so enthielt sie andererseits auch eine Formulierung, die der Sowjetunion angesichts des nicht versiegenden Stroms an Flüchtlingen vielleicht einen Fingerzeig gab: „Heute verläuft die gefährdete Grenze der Freiheit quer durch das geteilte Berlin. Wir wollen, dass sie eine Friedensgrenze bleibt.“<sup>3</sup>

Laut Steininger hat maßgeblich die Rede Kennedys Chruschtschow zum Umdenken bewogen. Dieser habe erkannt, dass der amerikanische Präsident zwar nicht zurückweiche, aber zugleich der Sowjetunion indirekt einen Freibrief für ihre Interessensphäre ausstelle. Die von Walter Ulbricht gewünschte Abriegelung Ostberlins fand nun die Zustimmung des sowjetischen

### Zunehmend mehr Bürger verließen die DDR über das **SCHLUPFLOCH** West-Berlin.

Regierungschefs. Gegenüber Walt Rostow, einem politischen Berater, hatte Kennedy noch vor dem Mauerbau hellichtig geäußert: „Chruschtschow ist dabei, Ostdeutschland zu verlieren. Das kann er nicht zulassen, denn wenn er Ostdeutschland verliert, wird er Polen und ganz Osteuropa verlieren. Er muss etwas tun, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen – vielleicht eine Mauer bauen. Und wir werden das nicht verhindern können. Ich kann das Bündnis zusammenhalten, um West-Berlin zu verteidigen, aber nicht, um den Zugang nach Ost-Berlin offenzuhalten.“<sup>4</sup>

Es besteht kein Konsens in der Forschung über den Initiator des Mauerbaus. Die amerikanische Historikerin Hope M. Harrison vertritt in der aktualisierten Fassung ihres Buches „Ulbrichts Mauer“ vehement die Auffassung, es sei Walter Ulbricht gewesen, der Chruschtschow so unter Druck gesetzt habe, dass dieser sich dessen Wünschen widerstrebend beugen musste. Ulbricht gilt als „der Arbeiter aus der Stadt“, Chruschtschow als „der Bauer vom Lande“.<sup>5</sup> Der Rolle der DDR als „Superverbündeter“ der Sowjetunion müsse mehr Gewicht eingeräumt werden. Andere Autoren wie Michael Lemke und Gerhard Wettig<sup>6</sup> etwa sehen in Chruschtschow den Hauptverantwortlichen. Die Interessen der Kommunisten in der Sowjetunion und in der DDR deckten sich weithin. Es galt, die krisenhafte Situation in der DDR zu stabilisieren. Der Mauerbau habe auch im sowjetischen Interesse gelegen. Dem ist schwerlich zu widersprechen.

Ungeachtet aller Proteste fanden sich die Westmächte mit dem Mauerbau ab

und verzichteten auf wirtschaftliche Gegenmaßnahmen. In der Folge klaffte die Interessensschere zwischen den Westmächten und denen der Bundesregierung etwas auseinander. Nur mehr halbherzig setzten sich die westlichen Partner für die deutsche Einheit ein. Allmählich versandete die Berlin-Krise, rückte doch die Sowjetunion von ihrer Maximalposition ab. Auch im Schatten des Kuba-Konflikts von 1962 hielt sich die in die Defensive gedrängte Sowjetunion mit einer Verschärfung der Situation in Berlin zurück. Das Atomteststoppabkommen vom Sommer 1963 signalisierte den Beginn einer neuen Entwicklungsphase. Entspannung – zumindest ein Modus Vivendi – stand auf der Tagesordnung. Allerdings: Der Westen Berlins, der nicht aufgegeben worden war, blieb ein Pfahl im Fleisch der DDR, zumal das Viermächteabkommen des Jahres 1971 die Position von Berlin (West) verbesserte.

Letztlich war es der Sowjetunion nicht gelungen, einen Keil in die westliche Allianz zu treiben. Hingegen brachte der Mauerbau der DDR die dringend nötige Erholung. Die eingesperrte DDR-Bevölkerung musste sich mit dem System arrangieren. Die Entspannungspolitik in den 70er- und 80er-Jahren sowie die Entschlossenheit des Westens, wie sie sich etwa am NATO-Doppelbeschluss zeigte (Helmut Schmidt und

Helmut Kohl hatten gleichermaßen Anteil an seiner Umsetzung in Deutschland), drängten den ökonomisch schwachen Ostblock, der bald keine monolithische Einheit mehr war, immer stärker in die Defensive. Die Sowjetunion trat in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre unter Michail Gorbatschow die Flucht nach vorn und wollte sich durch Reformen stärken. Dies misslang gründlich.

### Der Fall der Mauer am 9. November 1989

Hans-Hermann Hertle hat, wie kein anderer, systematisch die Hintergründe des Falls der Mauer analysiert.<sup>7</sup> Nach Hertle kommt eine Vielzahl an Faktoren zusammen. „Als Folge unkoordinierter Entscheidungen der SED-Führung gewannen die Medien am Abend des 9. November maßgeblichen Einfluss auf die ‚Situationsdefinition‘. Die von den West-Medien im Anschluss an Schabowskis Pressekonferenz verbreiteten Interpretationen (‚DDR öffnet Grenze‘), falschen Situationsdefinitionen (‚Grenze ist offen‘) und falschen Realitätsbildern (‚Die Tore in der Mauer stehen weit offen!‘) stießen auf Erwartungshaltungen und Handlungsdispositionen, die durch die schnellen und überraschenden Erfolge des Protestverhaltens der zurückliegenden Wochen geprägt waren. ... So konnten die Meldungen der West-Medien am 9. November 1989 einen Mobilisierungsprozess auslösen, der das angenommene Ereignis und die ‚falschen‘ Realitätsbilder erst Wirklichkeit werden ließ. Jene Fernsehzuschauer und Rundfunkhörer, die den historischen Moment nicht verpassen und eigentlich nur dabei sein wollten und deshalb an die Grenzübergänge und das Brandenburger Tor eilten, führten im Grunde das Ereignis erst herbei, das sonst gar nicht stattgefunden hätte. Eine

**Nach anfänglichen Protesten fanden sich die WESTMÄCHTE im Gegensatz zur Bundesrepublik mit dem Mauerbau bald ab.**



Am 9. November 1989 öffnete sich unverhofft für viele das Tor in die Freiheit.

von den Medien verbreitete Fiktion mobilisierte die Menschen und wurde dadurch zur Realität.“<sup>8</sup> Mit den „falschen Realitätsbildern“ spielte Hertle auf die Tagesthemen-Sendung an. Der Chefmoderator Hanns Joachim Friedrichs erklärte dem Fernsehpublikum gegen 22.42 Uhr: „Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab, aber heute abend darf man einen riskieren: Dieser 9. November ist ein historischer Tag. Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“<sup>9</sup> Tatsächlich konnte zu jenem Zeitpunkt davon nicht die Rede sein. Erst gegen 23.30 Uhr gingen die Schlagbäume an der Bornholmer Straße auf. Zuvor erhielten die besonders Hartnäckigen einen Stempel in den Pass, waren damit faktisch ausgebürgert.

Der Fall der Mauer am 9. November symbolisierte das Versagen der SED-Führung. Die Ursachen für die friedliche Revolution 1989 liegen wesentlich in dem Zusammenspiel von „Exit“ („Abwanderung“) und „Voice“ („Widerspruch“), um das Begriffspaar von Albert O. Hirschman aufzugreifen.<sup>10</sup> Die häufig vergessene, jedenfalls in ihrer Bedeutung verkannte Fluchtbewegung beförderte – entgegen der Theorie – die Demonstrationbewegung. Beide vollzogen sich vor dem Hintergrund einer veränderten außenpolitischen Konstellation. Der von Michail Gorbatschow unter den Schlagworten von Glasnost und Perestroika eingeleitete Wandel in der Sowjetunion führte allmählich zu einem außenpolitischen Wandel, mithin zur Aufgabe der Breschnew-Doktrin. Folglich war die Existenz der DDR in

### Eine von den MEDIEN verbreitete Fiktion von der Maueröffnung verursachte letztendlich deren Verwirklichung.

einem Maße gefährdet wie nie zuvor, die DDR ohne die Sowjetunion „erledigt“, der Glaube an die Ideologie des Marxismus-Leninismus längst entkräftet und die Staatssicherheit nicht mehr von ihrer früheren Mission überzeugt.<sup>11</sup>

War der 9. Oktober mit der Massendemonstration in Leipzig der erste wichtige Schritt zur Freiheit der DDR, so war der 9. November der erste wichtige Schritt zur Einheit Deutschlands. Die DDR verlor die letzten Reste ihrer Stabilität. Dem Ruf „Wir sind das Volk“ vor dem Fall der Mauer folgte jetzt der Massenchor „Wir sind ein Volk.“ Allein in der „Heldenstadt“ Leipzig demonstrierten im November und Dezember 1989 jeden Montag über 100.000 Menschen für die Einheit, nachdem im Oktober so viele für die Freiheit auf die Straße gegangen waren. Bürgerrechtler standen diesem Ansinnen überwiegend skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie blieben mehrheitlich das, was sie waren, nämlich Opposition. Allerdings: Galten sie vorher als eine illegale und illegitime Kraft, so gehörten sie jetzt zum anerkannten Bestandteil des beginnenden demokratischen Verfassungsstaates. Sie sorgten beim Zentralen Runden Tisch für die Entmachtung der Staatssicherheit<sup>12</sup> und drängten auf einen Termin für erste demokratische Wahlen im Land, schmollten jedoch beim Einigungsprozess.

Binnen kurzem änderte sich nach Öffnung der Mauer die Konstellation. Die Situation in der DDR spitzte sich noch mehr zu, gerieten doch Parteichef Egon Krenz und Ministerpräsident

Hans Modrow weiter unter Druck. Die DDR-Regierung wollte mit ihrem Vorschlag einer Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten in die Offensive gelangen. Ihr Schritt war eine Flucht nach vorne. Die Bundesregierung hatte sich bis dahin zurückgehalten, um nicht Öl ins Feuer zu gießen, und lediglich grundlegende Reformen in der DDR angemahnt. Sie schien die Meinungsführerschaft in der Haltung zur deutschen Frage zu verlieren, zumal Kohl von sowjetischen Überlegungen wusste, die deutsche Frage auf die weltpolitische Tagesordnung zu setzen. Mit dem Zehnpunkte-Plan Kohls änderte sich dies jedoch schlagartig.

In dem Moment, in dem der Ost-West-Konflikt seine Bedeutung verlor (durch den Niedergang einer Supermacht), kehrte die deutsche Frage auf die politische Agenda zurück. So könnte man die anmutende paradoxe These formulieren, das Ende der DDR sei bereits 1945 präjudiziert gewesen – zu einem Zeitpunkt, als es sie noch gar nicht gab. Doch war der Weg zur Einheit nicht von nationalistischem Furor getragen: Die Freiheit ging der Einheit voraus. Weder Nationalisten („Deutschland zuerst“) noch Antideutsche („Deutschland verrecke“) haben aus dem Schlüsseljahr 1989 Honig saugen können. Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der DDR kehrte sich in puncto Reformbereitschaft mehrfach um. Noch in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre sah die Sowjetunion zu enge Kontakte der DDR zur Bundesrepublik ungern. „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ – dieses Diktum wurde in der DDR zur Zeit der Gorbatschow-Ära ab 1987 nicht mehr propagiert und bekam geradezu eine subversive Funktion. Schließlich ist Gorbatschow durch Glasnost und Peres-

troika der Totengräber des Kommunismus geworden, entgegen seiner Intention. Seine Politik hatte mit der faktischen Aufgabe der Breschnew-Doktrin die DDR destabilisiert. Der Zusammenbruch der kommunistischen DDR wiederum destabilisierte die Situation in der Sowjetunion, wie überhaupt in der Vergangenheit die Existenz der DDR der Sowjetunion mehr Ärger als Freude bereitet hatte. Der Einheit Deutschlands folgte die Auflösung des „Vaterlandes aller Vaterländer“ 1991. Von den Zinnen des Kreml wurde Ende 1991 die rote Fahne eingeholt. Der Kommunismus ver schwand hier wie da von der Macht.

Insofern wussten die Hardliner, was sie taten. Gorbatschow ging in diese „Reformfalle“, wobei sein gleichsam unentrinnbares Dilemma offen zutage trat: Die Sowjetunion brauchte tiefgreifende Reformen, um überlebensfähig zu bleiben; wirksame Reformen aber mussten systemsprengende Konsequenzen zeitigen. Gleiches galt für andere osteuropäische Länder. Jedenfalls ist die Stimmigkeit des Honeckerschen Arguments, das sein Nachfolger Krenz überliefert hat, nicht von der Hand zu weisen: „Gorbatschow will das europäische Haus bauen. Wir alle sind dabei, unsere eigenen Häuser zu zerstören.“<sup>13</sup> Sie ist weitaus realistischer als etwa die Position von Roland Wötzel, dem Sekretär der Bezirksleitung Leipzig der SED. Er benennt ein „tödli-

ches Demokratie-Defizit“ für die DDR. „Es gab keine sozialistische Opposition. Ich spreche ganz bewusst von einer sozialistischen Opposition, die genauso auf bestimmte Fragen der DDR-Verfassung verpflichtet gewesen wäre, wie jede Partei in diesem Land auch auf Grundfragen des Grundgesetzes verpflichtet ist“.<sup>14</sup> Dadurch wäre die DDR auf Dauer nicht stabilisiert worden – im Gegenteil.

### **Bau und Fall der Mauer im Zusammenhang**

In gewisser Weise erwiesen sich die Folgen des Mauerbaus als wesentliche Voraussetzungen ihres Falls – in einer längeren Perspektive betrachtet. Obwohl der Mauerbau die Spaltung Deutschlands zu zementieren schien, war der antifaschistische Schutzwall, wie das Regime ihn zynisch nannte, nach 28 Jahren nicht mehr zu halten. Die Öffnung der Mauer sollte demselben Zweck dienen wie ihr Bau: der Sicherung der DDR. Doch erwies sich dies als vergebens. Der Unfreiheit folgte die Mauer, ihrem Abbau schnell die Freiheit und damit auch die Einheit.

Vielleicht war – paradox genug – die (vorläufige) Festigung der DDR eine Voraussetzung für ihren Zusammenbruch. Die Geschichte geht manchmal verschlungene Wege. Innen- und außenpolitische Vorgänge wirkten beim Mauerbau wie bei seinem Fall zusammen. Aus Sicht des Kommunismus erwies sich die Abriegelung der DDR als konsequent. Sie konnte es sich nicht leisten, diese aufzuheben. Anderenfalls stellte sie die Diktatur in Frage. Insofern war es aus Sicht der kommunistischen Staatsführung folgerichtig, die Rufe nach einer Reform zu ignorieren.

Der gesamte Westen wurde vom Bau der Mauer überrascht und überrumpelt. Und auch ihr Fall ließ sich 1989 so nicht

**Mit Glasnost und Perestroika leitete Gorbatschow UNBEABSICHTIGT das Ende der DDR sowie des Kommunismus ein.**

vorhersehen – nicht nur von den USA, sondern auch von der Sowjetunion. Anders als nach 1961 geriet der Westen 1989 schnell in die Offensive. Die erste Chance zur deutschen Einheit unter freizehenden Bedingungen wurde flugs genutzt. Ein dritter Weg, wie er von manchen im Zuge der deutschen Vereinigung als erstrebenswert galt, blieb ohne jeden Realitätsgehalt. Und das war gut so. Wie sich 1989 zeigte (mehr als 1961), deckten sich die Interessen der Sowjetunion und der DDR ebenso wenig wie die der Westmächte und der Bundesrepublik. Das gute Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA bildete eine wichtige Voraussetzung für die deutsche Einheit unter demokratischen Vorzeichen.

Beide Vorgänge sind von hoher symbolischer Bedeutung.<sup>15</sup> Die vielfältigen politischen Folgen des Mauerbaus wie des Falls betrafen vornehmlich die DDR, aber nicht nur sie. Die Menschen in der DDR hatten sich mit dem System mehr oder weniger abzufinden, die einen mehr, die anderen weniger. Allerdings bildete die unfriedliche Abriegelung der Grenze vielleicht die Voraussetzung für ihre friedliche Entriegelung. Auch die Bundesrepublik musste auf den Bau des Monstrums reagieren. Die Zahl der Westpakete nahm zu, die Bindung zwischen Ost und West nicht ab. Bei allem Entsetzen über den antifaschistischen Schutzwall bildete die Spannung des

Kalten Krieges, wie sie am 13. August 1961 kulminierte, wohl eine Voraussetzung für die Entspannung.

Auch die politischen Folgen des Mauerfalls betrafen mehr die DDR als die Bundesrepublik. Schließlich lief der Fall der Mauer auf den Niedergang der DDR hinaus. Kein Jahr nach dem Fall der Mauer gab es diese nicht mehr. Nicht, dass das geteilte Deutschland innerlich geeint und das geeinte Deutschland nun geteilt gewesen wäre; nein, aber deutlich wurde die – so die gängige Wendung – Mauer in den Köpfen. Mit der äußeren Einheit war noch keine innere Einheit verbunden, wobei das Wort von den „fremden Brüdern“<sup>16</sup> die Schwierigkeiten überzeichnet.

Dabei geriet mitunter die Vergangenheit ins Vergessen: das Scheitern des realen Sozialismus der DDR, die desaströse ökologische Bilanz, die marode Wirtschaft, die militarisierte Gesellschaft. Der Umbruch – eine Revolution, keine bloße Wende – war von unten erzwungen, ging ebenso auf eine Implosion des herrschenden Systems zurück, und zugleich war er ausgehandelt. In dem Moment, in dem die Sowjetunion die SED-Diktatur nicht mehr stützen konnte bzw. wollte, wurde diese gestürzt. In einem atemberaubenden Tempo folgte dem Ruf nach Freiheit der Ruf nach Einheit. Die revolutionären Ereignisse in der DDR, teils Ursache, teils Folge welterschütternder Vorgänge, zeitigten Konsequenzen. Das „Vaterland aller Vaterländer“, wie die Kommunisten die Sowjetunion apostrophiert hatte, dankte ab. Heute will so gut wie keiner mehr die DDR zurück.

#### Fazit

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück, zu den beiden Kernsätzen. Be-

**Der Mauerfall 1989 kam überraschend – der Westen REAGIERTE aber im Gegensatz zum Mauerbau schnell und richtig.**

**Der raschen äußeren Vereinigung stand noch lange eine Mauer in den Köpfen GEGENÜBER.**

zweckte Walter Ulbricht mit seinem seither vielzitierten Satz etwas Spezifisches, oder war es eine spontane, unüberlegte Antwort? Und war Schabowski tatsächlich bewusst, was er mit den Satzbrocken „ist das sofort, unverzüglich“ auslöste? Auch diese Worte fielen als Antwort auf eine Frage. Apodiktische Antworten sind schwerlich möglich. Wir bewegen uns im Bereich der Vermutungen.

Für Hope M. Harrison ist der Satz nicht geplant gewesen: „Tatsächlich spricht alles dafür, dass die plötzliche Erwähnung der Mauer ... eine Freud'sche Fehlleistung war.“<sup>17</sup> Doch ist die Aussage überzeugend? Da Ulbricht auf eine Mauer zu sprechen kam, ohne dass in der Frage davon die Rede war, kann Absicht vermutet werden. Freilich ist seine mit der Aussage verbundene Intention schwer zu deuten. Harrison spricht selber davon, Ulbrichts anschließende Äußerung, die Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR seien auf vertraglichem Wege zu regeln, „klang indes wie eine Drohung: Sollte es nicht zu einer befriedigenden Vertragslösung kommen, könne die DDR das Problem auch dadurch lösen, dass sie ihre Bauarbeiter eine Mauer bauen lasse, um Westberlin abzuriegeln.“<sup>18</sup> Die Autorin erwähnt eine weitere versteckte Drohung: Würden die Westmächte keinen Friedensvertrag schließen wollen, ließen sich die Transitwege zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterbrechen. Nach

Harrison richteten sich die Sätze Ulbrichts aber nicht an die Westmächte, sondern an Chruschtschow. Ulbricht müsse klar gewesen, dass durch seine Erwähnung der Mauer (wenn auch ex negativo) der Flüchtlingsstrom ansteige. Dies wiederum könnte den sowjetischen Regierungschef zu einem Placet für den Mauerbau bewegt haben. Diese schillernde Argumentation ist in sich widersprüchlich. Vielleicht ist Ulbricht der Satz herausgerutscht. Folgendes Argument ließe sich dafür ins Feld führen: Ulbricht müsste sich eigentlich der negativen Tragweite seiner Worte für den Fall des Mauerbaus und der Abstemplung als Lügner bewusst gewesen sein.

Etwas klarer, aber nicht ganz klar liegt der Fall bei Schabowski. Auf ihn prasselten nach seiner eher beiläufig getätigten Aussage („ist das sofort, unverzüglich“) neue Fragen ein. Die letzte Frage, die er zuließ, bezog sich auf den Fortbestand der Mauer. Seine lavierende Antwort lässt deutlich erkennen, dass ihm die Dimension der eigenen Aussage nicht bewusst war, entgegen seiner späteren Interpretation.<sup>19</sup> „Was wird mit der Berliner Mauer? Es sind dazu schon Auskünfte gegeben worden im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit. (Äh) Die Frage des Reisens, (äh) die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinne, also dieser, ich sag's mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR. (Äh) Wir haben immer gesagt, dass dafür noch einige andere Faktoren (äh) mit in Betracht gezogen werden müssen. Und die betreffen den

**Schabowski brachte vermutlich unbewusst etwas ins Rollen, das erst für einen SPÄTEREN Zeitpunkt vorgesehen war.**

Komplex von Fragen, den Genosse Krenz in seinem Referat in der – in Hinsicht auf (äh) die Notwendigkeit, den Friedenssicherungsprozess mit neuen Initiativen fortzusetzen. Und (äh) sicherlich wird die Debatte über diese Frage (äh) positiv beeinflusst werden können, wenn sich auch die BRD und wenn sich die NATO zu Abrüstungsschritten entschließt und sie durchsetzte, so oder ähnlich wie die DDR das und andere sozialistische Staaten schon mit bestimmten Vorleistungen getan haben.“<sup>20</sup> Jetzt zielte freilich der Umkehrschluss ins Leere, der Fall der Mauer beruhe auf einem großen Missverständnis, die SED-Führung habe dies nicht vorgehabt. Wie eine neue Untersuchung detailliert zeigt, war die Öffnung in dieser Form zwar nicht für den 9. November 1989 geplant, wohl aber nach wenigen Wochen.<sup>21</sup>

Wie die besagten Kernsätze zum Bau und Fall der Mauer verdeutlichen, kann die eine oder andere – spontane bzw. berechnende – Aussage den Lauf der Geschichte beeinflussen. Bei Ulbrichts Diktum dürfte der Charakter des Berechnenden den des Spontanen überlagert haben, bei dem Schabowskis der Charakter des Spontanen den des Berechnenden. Ulbricht starb 22 Jahre danach uneinsichtig als Kommunist, Schabowski lebt 22 Jahre danach einsichtig als Demokrat, der dem Kommunismus den Kampf angesagt hat.



/// PROF. DR. ECKHARD JESSE

ist Professor für Politische Systeme, Politische Institutionen an der TU Chemnitz.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Walter Ulbricht am 15. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz, zitiert nach Harrison, Hope M.: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011, S. 298.

<sup>2</sup> Günter Schabowski am 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz, zitiert nach Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin, 11. Aufl., 2009, S. 144.

<sup>3</sup> John F. Kennedy, zitiert nach Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001, S. 229.

<sup>4</sup> Zitiert nach ebd., S. 233.

<sup>5</sup> Harrison: Ulbrichts Mauer, S. 382.

<sup>6</sup> Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995; Uhl, Matthias / Wagner, Armin (Hrsg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003; Werrig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohhpolitik und Mauerbau, München 2006; Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011.

<sup>7</sup> Hertle: Chronik des Mauerfalls; Ders.: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen, 2. Aufl., 1999; Ders. / Jarausch, Konrad H. / Kleßmann, Christoph (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002.

<sup>8</sup> Hertle: Chronik des Mauerfalls, S. 288 f.

<sup>9</sup> Hertle / Jarausch / Kleßmann: Der Mauerfall, S. 279.

<sup>10</sup> Hirschman, Albert O.: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan 20/1992, S. 330-358.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. Stuß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.

<sup>12</sup> Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.

<sup>13</sup> Erich Honecker, zitiert nach Krenz, Egon: Herbst '89, Berlin 1999, S. 28.

<sup>14</sup> Roland Wötzel, zitiert nach Sabrow, Martin (Hrsg.): Grenz-Fälle, Leipzig 2001, S. 103 f.

<sup>15</sup> Taylor, Frederick: Die Mauer – 13. August 1961 bis 9. November 1989, Berlin 2009; Wolfram, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München, 2. Aufl., 2009; Henke, Klaus-Dietmar: Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011.

<sup>16</sup> Beckenbach, Niels (Hrsg.): Fremde Brüder. Der schwierige Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2007.

<sup>17</sup> So Harrison: Ulbrichts Mauer, S. 198.

<sup>18</sup> Ebd., S. 299.

<sup>19</sup> Günter Schabowski im Gespräch mit Frank Sieren: Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR, Berlin 2009, insbes. S. 28-32.

<sup>20</sup> Günter Schabowski, zitiert nach Hertle: Chronik des Mauerfalls, S.145 f.

<sup>21</sup> Kaysers, Hans-Henning: Die letzten Stunden. Wie Günter Schabowski die Berliner Mauer hergab, in: Deutschland Archiv 43/2010, S. 613-625.

#### /// Politische Korrektheit

## HEMMSCHUH FÜR EINE RATIONALE POLITISCHE DEBATTE?

**STEFAN LUFT /// Die Debatte zu Zuwanderung und Integration ist von zahlreichen versteckten normativen Vorgaben gekennzeichnet. Die herrschende Meinung in der Wissenschaft und in den Medien war lange am Multikulturalismus als Ideal orientiert. In den vergangenen Jahren verschärfte sich immer stärker eine Kritik am Islam, der für mangelnde Integrationsfortschritte verantwortlich gemacht wird. Diese Kritik greift aber zu kurz. Sie vergiftet die Atmosphäre und lässt ein Verständnis für die Mechanismen von Integrationsprozessen vermissen.**

#### „Political Correctness“ – in den USA und in Deutschland

„Political Correctness“ (PC) bezeichnet ein Phänomen, das sich in den USA der 1980er-Jahre zunächst an den Universitäten durchsetzte und schließlich immer stärker die Debatte in den Medien bestimmte und in das gesellschaftliche Leben eindrang.<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um Versuche, mittels Sprach- und Quotenregelungen und Eingriffe in den traditionellen Bildungskanon die behauptete Benachteiligung von Frauen und sexuellen und ethnischen Minderheiten abzubauen und die Emanzipation und die Verwirklichung einer multikulturellen Gesellschaft befördern zu helfen. Ausgerechnet an den amerikanischen Hochschulen kam es zu einer Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit, zu einer Sprachzensur.<sup>2</sup>

Immer häufiger wurde auch für die geistige Auseinandersetzung in Deutschland die Existenz von PC behauptet und beklagt. Dem progressiven Mainstream zuwiderlaufende Positionen würden systematisch stigmatisiert und ausgegrenzt. Pluralismus und Meinungsfreiheit würden auf diese Weise immer stärker eingegrenzt und durch Konformismus abgelöst. Der Zeit-Reporter Dieter E. Zimmer behauptete 1993 in seinem Beitrag für die Wochenzeitung, dass der politische Diskurs in Deutschland nach dem Kollaps der sozialistischen Systeme des Ostblocks und damit auch dem Wegfall überkommener ideologischer Frontlinien nicht offener oder weniger verkrampft erscheine – im Gegenteil, das ins Wanken geratene Weltbild der deutschen Linken habe nicht eine selbstkritische Reflexion hervorgerufen, den Überle-



Bildnachweis: Adam Berry, www.gettyimages.de

Lange Zeit galt Multikulturalismus als das Ideal.

genheitsanspruch und die Weltverbesserungsmentalität in Frage gestellt, sondern lediglich bewirkt, dass die eigenen Reihen fester geschlossen und vom linken Mainstream abweichende Meinungen unverdrossen als gefährliche Häresie deklariert und kriminalisiert würden. Inhaltlich speise sich PC in Deutschland „vom diffuse(n) Erbe der lange meinungsbeherrschenden Linken mit ihren frustrierten sozialistischen Hoffnungen, ... angereichert mit Elementen aus allem, was die Kritikbewegung der sechziger Jahre seither absorbiert hat, von der Ökologie bis zur Esoterik“. Die deutsche Spielform von PC mache sich zwar teilweise an anderen Themen fest als in den USA (vor allem am Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit), habe aber ähnlich wie dort Sprachregelungen durchgesetzt, Frageverbote errichtet und

unermüdlich abweichenden Meinungen Etiketten des moralisch verwerflichen aufgeklebt (frauenfeindlich, rechts).<sup>3</sup>

Wie können wir heute die politische Debatte zu den Themen Migration und Integration von Zuwanderern beschreiben? Ich möchte hier auf drei Diskurse eingehen: in der Integrationsindustrie (also unter jenen, die in Projekten, Gremien und Verbänden und Behörden Integrationsarbeit leisten), in der Wissenschaft und im öffentlich-medialen Raum.

### Die Integrationsindustrie

Irgendwann dröhnt der Kopf: Diversity Management, Potenziale, Kultursensibilität, Migrationshintergrund, Interkulturalität. Das Vokabular der Integrationsindustrie ist ebenso sperrig wie mittlerweile omnipräsent. In Gesprächskrei-

sen und Kommissionen fliegen die Begriffe durch den Raum, alle nicken verständlich und signalisieren, wir gehören dazu. Kommt hingegen einmal ein Schulleiter auf Probleme mit Schülern aus bildungsfernen Zuwandererfamilien zu sprechen, reagiert man gereizt – ein klarer Fall von Defizitansatz, der nicht auf die Potenziale abstellt, die diese Kinder und Jugendlichen kraft Zuwanderungsgeschichte mitbringen.

Diese Terminologie hat die Funktion von Abschottung und Herrschaftssicherung. Haben Lehrerinnen Probleme mit dem Auftreten aggressiver Schüler, empfehlen ihnen Integrationsexperten, sie mögen doch ihr falsches Bewusstsein ablegen und die Schüler nicht als Bedrohung wahrnehmen. In derartigen Empfehlungen kommt die Verachtung gegenüber jenen „Frontschweinen“ der Integration zum Ausdruck, die nicht ausweichen und die Themen in einer geschützten Büroperspektive reflektieren können. Die Abschottung der Integrationsindustrie erfolgt sowohl inhaltlich wie personell. Wer den Potenzialansatz verfolgt, besteht darauf, dass die Muttersprache von Zuwandererkindern gefördert werden muss, weil sie eine Bereicherung darstellt und den Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes (als Zweitsprache) fördert. Dies ist mittlerweile bis hin zum Nationalen Integrationsplan die herr-

schende Lehre. Es werden bundesweit hohe Summen in diese Art der Sprachförderung investiert. Dass Mehrsprachigkeit immer ein Gewinn ist, wird von niemandem bestritten. Sehr wohl infrage gestellt worden ist allerdings, dass die Förderung der Muttersprache für die Integration in die Aufnahmegesellschaft im Allgemeinen und den Erwerb der Zweitsprache im Besonderen förderlich ist.<sup>4</sup>

Der Begriffsapparat der Integrationsindustrie hat einen weiteren hilfreichen Aspekt. Man bleibt unter sich, bleibt ungestört. Die Botschaft lautet, ihr habt nichts verstanden und bevor ihr andere kritisiert, fragt erst einmal nach euren eigenen autoritären Persönlichkeitsstrukturen und unverstandenen Ressentiments. Lassen sich Polizisten, Lehrer, Staatsanwälte oder Richter aber nicht verschrecken, bleibt ihnen immer noch die Option, selbst das interkulturelle Vokabular zu übernehmen und sich damit selbst den Zugang zu einem Verständnis der Probleme zu verbauen.

Die Existenz von Zuwanderern, die als hilfsbedürftig deklariert werden, sichert seit mehr als drei Jahrzehnten eine immer größere Zahl an Beschäftigungsverhältnissen im Sozialberatungswesen. Die Kritik daran war bereits von Helmut Schelsky (1976) anhand der Alternative vom „selbständigem“ oder „betreuten“ Menschen thematisiert worden. Er konstatierte ein Umschlagen der „sozial hilfreich gemeinte(n) Betreuung der sozial Schwachen auf die Dauer in eine Herrschaft der sozialen Betreuer ...“, die dann ein politisches Eigeninteresse daran haben, die Betreuten materiell und vor allem in ihrem Selbstverständnis hilflos und hilfsbedürftig, also unselbständig zu erhalten“<sup>5</sup>.

Die entstehende Betreuungs- und Integrationsindustrie musste ein Interesse

**Die Integrationsindustrie hat mittlerweile eine umfangreiche und ganz eigene Terminologie entwickelt, die auch der AUSGRENZUNG Andersdenkender dient.**

## Die laut Statistischem Bundesamt stetig ansteigende Zahl der Personen mit Migrationshintergrund sichert den BESTAND einer ganzen Branche, nämlich die Betreuungs- und Integrationsindustrie.

an der Existenz von Ausländern haben, da sie Beschäftigung sicherten und legitimierten. Insofern ist die Definition der Personen mit Migrationshintergrund durch das Statistische Bundesamt (alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil<sup>6</sup>) für diesen Kreis ein Geschenk des Himmels – erweitert sich doch mit einem Schlag der Kreis der Betreuungsbedürftigen von 7,3 auf 15,4 Millionen Personen. Damit kann wohl auch dem unbedarftesten Bürger vermittelt werden, dass bei Integrationsprojekten nun wirklich nicht geknausert werden darf. Dass der Personenkreis mit Migrationshintergrund ein Phantom ist, bleibt meist unerwähnt. Er ist derart heterogen, dass die Aussagekraft des Kriteriums Migrationshintergrund schwach ist. Schließlich weisen die verschiedenen Zuwanderergruppen und Generationen stark unterschiedliche Integrationserfolge und Erfordernisse auf. Konkret werden diese Probleme beim Integrationsmonitoring. So hat die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration ein Indikatorenset für bundesweites Integrationsmonitoring entwickeln lassen.<sup>7</sup> Allerdings weigerten sich die Autoren, Aussagen zu einzelnen Gruppen zu machen, womit die Arbeit in ihrer Aussagekraft für die konkrete Integrationspoli-

tik weitgehend entwertet wurde. „Eine ‚Ethnisierung‘ durch vorschnelle Zuweisungen von Problemlagen zu einzelnen Zuwanderergruppen wird vermieden“.<sup>8</sup> Hier wirken noch Voreingenommenheiten aus dem vorherrschenden Integrationsdiskurs.

Von den der Polizei bekannt gewordenen Straftaten geht ein überdurchschnittlich hoher Anteil auf marginalisierte Zuwanderer zurück.<sup>9</sup> Dies wiegt besonders schwer, da gerade bei Raubdelikten, Vergewaltigung und besonders schweren Fällen der sexuellen Nötigung sowie beim Diebstahl nichtdeutsche Tatverdächtige überrepräsentiert sind. Diese überproportionale Auffälligkeit kann durch zahlreiche Faktoren erklärt werden wie soziodemographische Faktoren, unterschiedlich ausgeprägtes Anzeigeverhalten und polizeiliche Kontrollintensitäten. Grundsätzlich gilt aber, die Erklärbarkeit eines Phänomens beseitigt das Phänomen nicht. In der sozialwissenschaftlichen Debatte drängt sich häufig der Eindruck auf, dass aber genau dies der Fall sei. Die Probleme werden so lange hinsichtlich ihrer Ursachen diskutiert, bis der Eindruck entsteht, jetzt seien es gar keine Probleme mehr. Die Rede von hoher Gewaltbelastung junger Männer der zweiten und dritten Zuwanderergeneration wurde lange als Ausdruck „rassistischer Vorurteile“<sup>10</sup> denunziert oder einfach zum Gerücht erklärt. Bis heute behaupten Angehörige der Reflexionselite, es handele sich bei den Gewaltakten um Einzelfälle, was ihrem Erlebnishorizont entspricht, denn sie preisen zwar die multikulturelle Gesellschaft, fliehen aber die Nachbarschaft oder gar die gemeinsame Schule mit den Angehörigen der zugewanderten Unterschichten.

Welche Rolle spielt das kulturelle Gepäck, das Zuwanderer mitbringen? Der Begriffsapparat der Integrationsindustrie deckt auch hier die Widersprüchlichkeiten zu. Ob es um die Gewaltbelastung türkischer Gruppen oder um deren mangelnde schulische Integration geht, immer wieder wird insistiert, die Ursachen dafür seien ausschließlich in der sozialen Lage dieser Gruppe zu sehen, kulturelle Prägungen spielten keinerlei Rolle. Zum Repertoire gebetsmühlenartig vorgetragener Argumente gehört allerdings gleichermaßen, dass Integration überhaupt nur gelingen könne, wenn die Akteure in der Aufnahmegesellschaft interkulturelle Sensibilität an den Tag legen und die Institutionen (von der Schule bis zum Arbeitsamt) sich interkulturell öffnen.<sup>11</sup> Was das auch immer konkret bedeuten mag, entscheidend ist, dass sich auch hier ein ertragreicher Geschäftszweig etabliert hat. So offeriert ein Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung Beamten Tipps zum Umgang mit islamischstämmigen Bürgern. Gerade im Umgang mit Behörden komme es öfter zu Konflikten und diese seien nur aus dem Werteverständnis der türkischstämmigen bzw. islamischstämmigen Bürger zu verstehen. Nur vor dem Hintergrund der vier Säulen türkischer Werte sei die Emotionalität der islamisch geprägten Mitbürger zu verstehen. Dem überforderten Sachbearbeiter und dem ausgebrannten Lehrer wird schließlich ein großzügiges Angebot gemacht. „Durch zusätzliche Geduld und Hilfsbereitschaft können dann Konflikte leicht beseitigt werden. Unser Institut bietet zu diesen Themen Seminare an. Erkundigen Sie sich bitte auf unserer Homepage ...“

In Managerkreisen geht es allerdings verbal etwas gehaltvoller zu. Hier gehört

**Die Integrationsindustrie erwartet interkulturelle Öffnung und Sensibilität von der Aufnahmegesellschaft, bezieht aber keinesfalls die KULTURELLE PRÄGUNG als Problemverursacher mit ein.**

inzwischen das Diversity Management zum festen Bestandteil unternehmens- oder konzerninterner Fortbildungen. Der davon lebenden Beratungs- und Trainingsbranche geht es um mehr als um einen globalen Knigge. Es geht um die Behauptung, kulturelle Unterschiede prägten auch die wirtschaftlichen Eliten und statushohe Migranten in transnationalen Unternehmen, so dass interkulturelle Trainings für den Geschäftserfolg unverzichtbar seien. Belege dafür gibt es nicht, allerdings den begründeten Hinweis darauf, dass hiermit kulturellen Stereotypisierungen Vorschub geleistet wird.<sup>12</sup>

### Der wissenschaftliche Diskurs

Die wissenschaftliche Debatte ist sehr vermachtet. Schulen, Gefolgschaften, ideologische Orientierungen bestimmen häufig die Publikations- und Karrierechancen: „The ideological commitments of migration scholars are on display wherever they gather to discuss the topic“, stellt der amerikanische Politikwissenschaftler Gary P. Freeman fest.<sup>13</sup> Skeptische oder gar ablehnende Haltungen zur Immigration werden schnell als Ausdruck von Provinzialität oder gar von Rassismus gewertet. Die Orientierung an einer wie auch immer gearteten multikulturellen Gesellschaft

dominiert. Wenn es Integrationsprobleme oder -defizite gibt, dann ist die Schuldfrage stets geklärt: Die aufnehmende Gesellschaft hat unzureichende Integrationsangebote gemacht und / oder erweist sich als abweisend, gar fremdenfeindlich oder rassistisch.

In jüngerer Zeit werden zunehmend Stimmen laut, die die Vorstellung von Integration ablehnen, da es sich um ein repressives, nicht demokratiekompatibles Konzept handle. So heißt es in einem Aufruf eines Netzwerks kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung: „Wenn wir über die Verhältnisse und das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sprechen wollen, dann müssen wir aufhören, von Integration zu reden. Integration heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und sterben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazugehören ... Demokratie heißt, dass alle Menschen das Recht haben, für sich und gemeinsam zu befinden, wie sie miteinander leben wollen. Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie.“<sup>14</sup>

In einem Papier zur Vorbereitung einer Tagung des an der Universität Konstanz angesiedelten Exzellenzclusters Kulturelle Grundlagen der Demokratie heißt es, Integration sei „nachgerade zu einer rechtspopulistischen Kampfvokabel geworden, deren propagandistischer Appeal bis weit in bürgerliche Kreise reicht“. Der Publizist Mark Terkessidis resümiert in seinem 2010 erschienenen und von der Bundeszentrale für Politische Bildung vertriebenen Band Interkultur: „Als Konzept ist Integration heillos überholt.“<sup>15</sup>

Inhaltlich knüpfen diese Positionen an Auffassungen der 1970er- und 80er-Jahre an.<sup>16</sup> Hier dominierte ein pädagogi-

sierender Integrationsbegriff, der gegen alle geschichtlichen Erfahrungen mit Zuwanderungs- und Niederlassungsprozessen an einer unbedingt zu konservierenden Herkunftsidentität festhielt. In der schulischen Bildung wurde großer Wert auf die Beibehaltung der Muttersprache gelegt, um der kulturellen Identität willen und um die Fähigkeit zur Reintegration in das Herkunftsland aufrechtzuerhalten. Für die Kultusministerkonferenz war die Erhaltung der sprachlichen und

**In der Forschung macht sich die These breit, Integration sei ein repressives und somit DEMOKRATIEFEINDLICHES Konzept.**

kulturellen Identität der ausländischen Schüler von zentraler Bedeutung.<sup>17</sup> Dazu bedurfte es einer doppelten Orientierung, sowohl hin auf einen Erfolg im deutschen Schulwesen als auch auf eine mögliche Wiedereingliederung in das Schulwesen des Herkunftslandes. Dies überforderte viele Zuwanderer und vor allem deren Kinder und trug wesentlich zu den mangelnden Integrationserfolgen in den 1970er- und 80er-Jahren bei. Zentrale Systeme wie das Bildungssystem oder der Arbeitsmarkt sind weiterhin durch die landesspezifischen Kulturen (in erster Linie die Landessprache) geprägt. Dementsprechend ist u. a. der Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes von zentraler Bedeutung für einen erfolgreichen Aufstieg.

#### Die Debatte im öffentlich-medialen Raum

In der öffentlichen Debatte schließlich um Integration, Zuwanderung und die Rolle des Islam erleben wir immer wieder Medienkonjunkturen. Anlässe wa-

ren etwa die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA, die Hinrichtung des niederländischen Filmemachers und Provokateurs Theo van Gogh durch einen islamischen Extremisten im November 2004, Ehrenmorde an Frauen wie der Berliner Türkin Hatun Sürücü im Februar 2005 durch einen ihrer Brüder, Krawalle in Nachbarländern (wie in Frankreich im Herbst 2005) oder Hilferufe von Lehrern in ethnischen Kolonien wie des Lehrer-Kollegiums der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln 2006.

Im Spätsommer 2010 veröffentlichte ein ehemaliger Landespolitiker, der dem Vorstand der Deutschen Bundesbank angehörte, ein Buch und die Medienwelt

**Der Erhalt der Herkunftsidentität an Stelle von Integration als Konzept SCHEITERTE bereits in den 1970er- und 80er-Jahren.**

stand Kopf. Ein Medien-Tsunami erfasste die Republik, wie sie ihn schon lange nicht mehr erlebt hatte. Der Spiegel druckte Teile des Buches ab, die Bild-Zeitung brachte eine Serie mit der „knallharten Analyse des SPD-Politikers“, öffentlich-rechtliche Sender stellten ihr Programm um und brachten Sondersendungen. Atomausstieg? Bundeswehr? Plötzlich schien alles von der Agenda verschwunden und es gab nur noch ein Thema: Thilo Sarrazin und



Alter Wein in neuen Schläuchen? ... Die mediengeschürte Aufregung um Thilo Sarrazin und sein umstrittenes Werk war groß.



sein Buch.<sup>18</sup> Auf 464 Seiten fand sich kaum etwas, was nicht schon einmal gesagt, nicht schon einmal kontrovers diskutiert wurde, von dem wirklich gesagt werden konnte: Ja, das ist neu, das ist originell. Auf die meisten Entwicklungen, die Sarrazin ins Feld führt (ungesteuerte Zuwanderung, demographische Entwicklung), ist in den vergangenen Jahren bereits von mehreren Seiten hingewiesen worden. Gleiches gilt für Untergangsszenarien für Deutschland und Europa. Ein weitgehend barrierefreier Zugang zu Transferleistungen lasse den Aufstiegswillen erlahmen, vernebele die Anpassungsnotwendigkeiten von Zuwanderern und verschlechterte in der Folge die Integration, analysierte bereits Walter Laqueur in seinem 2008 erschienenen Buch *Die letzten Tage von Europa*. Sarrazin verknüpfte Sozialdarwinismus mit Neoliberalismus. Das war skandalträchtig, aber ebenfalls nichts, wodurch die Reaktionen der Medien erklärt werden könnten. Sarrazin hielt Zuwanderung von Muslimen für eine Bedrohung, weil sie integrationsunfähig seien. Auch das haben wir in zahllosen anti-islamischen Internetforen schon des Öfteren lesen dürfen.

Die Zustimmung in der Bevölkerung schien groß. Da ist zum einen die Gruppe der einheimischen sozial Schwachen, die in ihren Wohngebieten die Zuwanderung vor der Haustür vorfinden. Sie und ihre Kinder stehen in Konkurrenz um die Nutzung sozialer Einrichtungen und des öffentlichen Raums. Sie fühlen sich vielfach bedroht, verdrängt und fremd in der eigenen Heimat. Hätten sie die Mittel, wären sie schon längst wie viele vor ihnen weggezogen. Ihnen ist zu lange gesagt worden, sie müssten die Zuwanderung als Bereicherung betrachten. Das konnte von dieser Gruppe nur

**Ökonomische Bedrohung, aber auch gefühlte Angst um die eigene Identität ERKLÄREN den Erfolg und die Zustimmung zu Sarrazins Thesen in breiten Schichten der Bevölkerung.**

als Arroganz und Zynismus einer lebensfremden politischen Klasse und intellektuellen Elite verstanden werden. Die Ängste dieser Menschen sind zu lange ignoriert oder als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit diskreditiert worden. Aussagen Sarrazins wie „Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden ...“ oder „Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist ...“, fallen hier auf fruchtbaren Boden.<sup>19</sup> Das erklärt, warum Sarrazin auch von der SPD-Basis Zustimmung erfährt.

Hinzu kommt die Gruppe der einheimischen Mittelschicht, die ökonomisch bedrängt wird, Abstiegsängste hat und sich zunehmend verunsichert fühlt. Für sie sind vielfach Ausländer und Hartz IV-Empfänger, „die in der Hängematte des Sozialstaats liegen“, ohnehin ein Ärgernis, an denen sich jederzeit Empörung entzünden kann. Heute rächt sich, dass in der Ausländer- und Integrationsdebatte in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder die unbedingt zu wahrende Identität von Zuwanderern in den Mittelpunkt gestellt wurde. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat dies bei seinem Deutschlandbesuch im Februar 2011 erneut aufgegriffen (wie bereits 2008<sup>20</sup>). Es war nur eine Frage der Zeit, bis die

Frage nach der Identität der deutschen Seite aufgegriffen wird, wie dies jetzt Sarrazin tut. Identitätskonflikte sind von hoher politischer Brisanz, weil sie von allen Beteiligten – so die geschichtliche Erfahrung – unnachsichtig ausgefochten werden. In Zeiten wieder zunehmender Spaltungen besteht kein vernünftiger Grund, weitere Konfliktlinien zu verschärfen.

**Einige Anforderungen an eine rationale Debatte**

Was müsste eine rationale Debatte zu den Fragen um die Integration von Zuwanderern kennzeichnen? Einige wenige Aspekte seien herausgegriffen. Eine rationale Debatte vermeidet kulturalistische Kurzschlüsse. Für die deutsche Situation (sie ist in anderen westeuropäischen Staaten ähnlich) spielt das Faktum eine Rolle, dass die größte Gruppe unter den Ausländern, die türkische, jene Gruppe ist, die eine stabile ethnisch-soziale Unterschicht in diesem Land bildet. In zahlreichen Städten hat sie sich eine ethnisch ausgerichtete Dienstleistungsinfrastruktur geschaffen, die für zahlreiche Einheimische die Fremdheit dieser Zuwanderer verstärkt. Wird über die Ursachen von Missständen in dieser Gruppe diskutiert, wird in der Öffentlichkeit häufig auf Religion und Kultur dieser Gruppe verwiesen, dabei aber außer Acht gelassen, dass es sich meist um Angehörige der Unterschicht des Herkunftslandes handelt, die dort aus ländlich geprägten Regionen stammen. Die Gruppe der Iraner kann alleine von der Gruppengröße her keine ethnischen Kolonien bilden, die Distanzierungsreaktionen auslösen. Sie ist aber auch durch Elitenmigration gekennzeichnet und hat sich zu großen Teilen der bürgerlichen Mittelschicht

angepasst. Sie wird in Deutschland deshalb nicht als problematisch wahrgenommen.

In der gegenwärtigen öffentlichen Debatte existiert eine ausgeprägte Tendenz, Probleme zu islamisieren. Religiöse Entfremdung, Ängste und Hass gegenüber einer der großen Weltreligionen verstellen den Blick auf Vergangenheit und Gegenwart. Es ist kein Ausweis demokratischer Gesinnung und Liberalität, unter Berufung auf die Meinungs- und Pressefreiheit religiöse Gefühle (ob von Muslimen oder Christen) nachhaltig zu verletzen. Für deutsche Fortpflanzungs- und Glaubensschwäche indirekt die Muslime in die Verantwortung zu nehmen, mag psychologisch nachvollziehbar sein, ist aber abwegig. Hinzu kommt, dass die gegenwärtige Debatte Gegenreaktionen provoziert wie etwa eine verstärkte Hinwendung zum Islam oder eine Re-Ethnisierung. Identifikative Integration wird durch den öffentlichen Diskurs erschwert.

Eine rationale Debatte beachtet die Mechanismen von Integrationsprozessen. Die öffentliche Debatte zu Fragen der Integration krankt auch daran, dass es an Verständnis für grundlegende Mechanismen und Abläufe von Integrationsprozessen mangelt, etwa der Rolle der Gruppengröße, der Bedeutung eth-

**Eine zunehmende Islamisierung und Unsachlichkeit der Debatte, nicht zuletzt auch durch die Medien, erzeugt entsprechend unerwünschte GEGENREAKTIONEN.**

nischer Kolonien, der Mobilitätsfalle oder des negativen Zusammenhangs von ethnisch-sozialen Konzentrationen in Wohn- und Schulumfeld und dem Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes. Von zahlreichen Medien und Politikern wird eher auf Skandalisierung als auf sachliche Analyse gesetzt.

Schließlich: In der Migrationsgeschichte und -gegenwart werden immer wieder Gruppen als fremd und bedrohlich wahrgenommen. Das gilt für Migranten unterschiedlichster Herkunft. Für Iren, Italiener und Polen, die im 19. Jahrhundert als Bedrohung konfessioneller Homogenität empfunden und rassistisch abgewertet wurden<sup>21</sup> oder deutsche Auswanderer in die USA im 19. Jahrhundert, die als integrationsunwillig und -unfähig angesehen wurden oder für die traumatisierten deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, denen insbesondere im ländlichen Raum mit rassistischen Stereotypen begegnet wurde.<sup>22</sup>

Die deutsche Integrationspolitik ist nicht gescheitert. Ein Blick auf die europäischen Nachbarstaaten zeigt, dass es sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien und den Niederlanden in den vergangenen Jahrzehnten immer Massenproteste und Krawalle von Zuwanderern gegeben hat, die es in Deutschland bisher nicht gab. Auch ist die soziale und sozialräumliche Polarisierung in den französischen Großstädten wesentlich ausgeprägter als in Deutschland. Bei schrumpfender Bevölkerung wird es in Zukunft nicht mehr ausreichen, den akademischen Nachwuchs vorwiegend aus den bildungsnahen Schichten zu rekrutieren. Alle, die dauerhaft und rechtmäßig in diesem Land leben, müssen eine Chance bekommen. Sonst wird Deutschland

### Ein Blick auf die Straßenkrawalle in den NACHBARSTAATEN zeigt, dass die deutsche Integrationspolitik nicht gescheitert ist.

weder als Exportnation erfolgreich bleiben noch als Bildungsnation.

Integration hängt wesentlich von den sozioökonomischen Mega-Trends ab. Von ihren Auswirkungen sind die sozial schwachen Einheimischen und die sozial schwachen Zuwanderer besonders betroffen. Bei Letzteren kommen noch spezifische, mit der Wanderung im Zusammenhang stehende Aspekte hinzu. Durch Migration wird das mitgebrachte Humanvermögen durch die Wanderung entwertet. Das gilt für die Sprache und für die Einbindung in soziale Netzwerke. Zudem fehlen Ressourcen, die spezifisch für das Aufnahmeland sind wie dort anerkannte Abschlüsse, Informationen über Bildungswege, über notwendige Investitionen in (vor-)schulische Bildung, kulturelles Wissen. Hinzu kommen unterschiedlich ausgeprägte soziale Distanzen, kulturelle Präferenzen (Konservierung einer Herkunftsidentität) sowie Aspekte der Wanderungsgeschichte, die eine erfolgreiche Integration einzelner Gruppen besonders erschweren können. Integrationspolitik muss auch berücksichtigen, dass Integration im städtischen Kontext nur durch einen verstärkten innerstädtischen Lastenausgleich erreicht werden kann.

Integrationspolitischer Realismus lässt nicht aus den Augen, dass auch ein demokratischer Staat nicht auf Identifikation verzichten kann. Eine Voraussetzung besteht darin, den legitimen Anspruch von Zuwanderern anzuerkennen, dass ihr kulturelles Gepäck nicht missachtet wird. Bei aller Rhetorik zu

Multikulturalität, Identität von Zuwanderern und gegenseitigen Aufeinanderzugehens muss Integrationspolitik schließlich beachten, dass auch einheimische Mehrheiten (die selbstverständlich keine homogene Einheiten darstellen) Rechte haben und dass ihre Veränderungsbereitschaft (gerade in Zeiten der Globalisierung) nicht überfordert wird. Entsprechend muss auch die Zuwanderung gesteuert werden. Integrationspolitischer Realismus verzichtet daher ebenso auf ressentimentgeladene Skandalisierung wie auf multikulturelle Stereotypisierung.



/// DR. STEFAN LUFT

ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. hierzu Schenz, Viola: Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika, Analysen zum Wandel politisch-ökonomischer Systeme, Bd. 8, Frankfurt a. M., Berlin, Bern 1994.
- <sup>2</sup> Ebd., S. 79.
- <sup>3</sup> PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf, in: Die Zeit, 22.10.1993. Wie heikel die Thesen für die geistige Welt der Zeit waren, machte schon die Oberzeile der Überschrift deutlich, in der die Leser vorsorglich darauf hingewiesen wurden, dass Zimmers Thesen in der Redaktion „umstritten“ gewesen seien und eine Antwort darauf folgen werde.
- <sup>4</sup> Esser, Hartmut: Der Streit um die Zweisprachigkeit: Was bringt die Bilingualität?, in: Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy, hrsg. von Ingrid Gogolin und Ursula Neumann, Wiesbaden 2009, S. 69-88.
- <sup>5</sup> Schelsky, Helmut: Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976, S. 18.
- <sup>6</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2008, S. 6.
- <sup>7</sup> Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor-

schung: Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2009.

<sup>8</sup> Ebd., S. 24.

<sup>9</sup> Luft, Stefan: Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration, Frankfurt a. M. 2009, S. 191 ff.

<sup>10</sup> Als Belege mögen hier drei Hinweise genügen: Geißler, Rainer: Falscher Tatverdacht. Das rassistische Vorurteil vom „kriminellen Ausländer“, in: Evangelische Kommentare 31/1998, S. 572-574; Ders.: Das gefährliche Gerücht, in: Frankfurter Rundschau, 29.5.1998 sowie Narr, Wolf-Dieter: Kriminalpolitische Kategorie: Ausländer, in: Bürgerrechte & Polizei / CILIP 65/2000, S. 6-13; eine ausführliche Darstellung der Debatte findet sich in: Bannenberg, Britta: Migration – Kriminalität – Prävention. Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag, Hannover 2003, <http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=158> [01.08.2007], S. 6 ff.; 26 ff.

<sup>11</sup> Lima Curvello, Tatiana: Interkulturelle Öffnung – Chancen und Grenzen, in: Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven, hrsg. von Stefan Luft und Peter Schimany, Bielefeld 2010, S. 95-122.

<sup>12</sup> Breidenbach, Joana / Nyíri, Pál: Interkulturelle Kompetenz als Business, in: OrganisationsEntwicklung 4/2001, S. 70-75.

<sup>13</sup> Freeman, Gary P.: Political Science and Comparative Immigration Politics, in: International Migration Research. Constructions, Omissions and the Promises of Interdisciplinarity, hrsg. von Michael Bommes und Ewa Morawska, Aldershot 2005, S. 117.

<sup>14</sup> <http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org/>, Stand: 15.5.2011.

<sup>15</sup> Terkessidis, Mark: Interkultur, Berlin 2010, S. 61.

<sup>16</sup> Hierzu: Luft: Staat und Migration, S. 267 ff.

<sup>17</sup> Kultusministerkonferenz: Neufassung der Vereinbarung „Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer“, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. April 1976, hrsg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1977, S. 3.

<sup>18</sup> Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010. Ebd., S. 308.

<sup>19</sup> Ebd., S. 308.

<sup>20</sup> Luft, Stefan: Einmal Türke – immer Türke? Anmerkungen aus Anlass der Kölner Rede Erdogans“, in: Politische Studien 419, Mai / Juni 2008, S. 64-74.

<sup>21</sup> Lucassen, Leo: The Immigrant Threat. The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850, Chicago 2005, S.27 ff.

<sup>22</sup> Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 71 ff.

/// Kategorische Tabus

## DIE IMMIGRATIONSDEBATTE UND DIE HERRSCHAFT DER POLITICAL CORRECTNESS

**BARBARA ZEHPFENNIG** /// An der Debatte, die in der letzten Zeit um die Einwanderung geführt wurde, wird paradigmatisch erfahrbar, mit welchen Tabus die öffentliche Diskussion belegt und behindert wird. Die Herrschaft der Political Correctness ist die Herrschaft einer intellektuellen Minderheit, deren eigentliche Aufgabe nicht die Produktion von Ideologie, sondern die Bereicherung der Debatte um rationale Analyse und Argumentation wäre.

### Ausgangslage

Die Immigrationsdebatte, die in der letzten Zeit in Deutschland geführt wurde, hatte sicher z. T. irrationale Züge. Doch sie verweist zugleich auf real vorhandene Probleme: Viele Einwanderer, vor allem aus der Türkei und Afrika, verfügen nur über ein niedriges Bildungsniveau. Dementsprechend hoch ist in diesen Kreisen die (Jugend-)

**GEGEN die öffentliche Meinung zu stehen, erfordert Mut sowie Ausdrucksfähigkeit.**

Arbeitslosigkeit. Das kann zu Frustration und Aggressivität führen. Bestimmte Immigrantengruppen neigen darüberhinaus zur Segregation. In einer Reihe von

Stadtgebieten größerer und mittlerer Städte kommt es also zu einer Enklavenbildung, die Fremdheitsgefühle bei der einheimischen Bevölkerung hervorrufen kann. Werden diese offen gezeigt, fühlen sich die Zugewanderten ihrerseits abgelehnt, was eine Spirale der wechselseitigen Nicht-Akzeptanz in Gang setzen kann. Die Sozialsysteme werden durch Familiennachzug nicht-qualifizierter Einwanderer belastet, ein Anlass für Sozialneid. Zudem besteht eine reale Bedrohung durch islamistischen Terror. Der Verdacht, dass sich Schläfer in Deutschland befinden, scheint angesichts der bereits verhinderten Anschläge nicht ganz unbegründet.

Das ist natürlich nicht das ganze Phänomen; es fehlt die positive Seite der Einwanderung. Dass aber die negative

Wenn eine bestimmte Immigrantengruppe einen Stadtteil zu ihrer Enklave macht, löst das bei der dortigen Bevölkerung eine wechselseitige Nicht-Akzeptanz aus.



Seite in der Wahrnehmung dominiert, hat m. E. zwei Gründe: Einwanderung wurde lange als Faktum geleugnet, insofern auch nicht gestaltet. Deshalb wurden die aus ihr resultierenden Probleme zu spät erkannt. Die Politiker, so der Eindruck, reagierten nur mit Flickwerk-Technologie, d. h. ohne längerfristiges, zukunftsweisendes Konzept. Von den Problemen betroffen sind vor allem die einfachen Leute. Besonders in Stadtteilen mit niedrigen Mieten findet sich eine starke Konzentration von Einwanderern. In den Schulen solcher Stadtteile ist bei einem Ausländeranteil von bis zu 80 % von Kindern unterschiedlichster Herkunft kein vernünftiger Unterricht mehr möglich. Das mindert natürlich nicht nur die Chancen der eingewanderten, sondern auch die der deutschen Schüler.

Sich in einem Umfeld, in dem verschiedene Kulturen zusammenleben, zurechtzufinden, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Es setzt eine stabile Verwurzelung in der eigenen Kultur voraus. Nur so findet man zu einem souveränen Umgang mit den anderen Kulturen. Wer aber aufgrund von Bildungsdefiziten Schwierigkeiten mit der eigenen Kultur hat, wird fremden Kulturen umso hilfloser gegenüber stehen. In dieser Lage befinden sich die einfachen Menschen, und genau in dieser Lage werden sie allein gelassen. Die öffentliche Meinung ist bestimmt von der Ächtung derer, die Zuwanderung nicht rückhaltlos begrüßen. In der letzten Zeit hat es zwar einen gewissen Stimmungswandel gegeben, aber dennoch liegt der Nationalismusverdacht immer in der Luft, wenn von deutschen Interessen die Rede ist, die sich von denen anderer Nationen unterscheiden mögen. Die eigenen Interessen zu benennen, erfordert also einig Mut

**Die intellektuelle Schicht tabuisiert die Thematik Migration und bewirkt somit eine zunehmend ABWEHRENDE HALTUNG der breiten Bevölkerung.**

und außerdem die Fähigkeit, sie überhaupt angemessen zu artikulieren.

Die Intellektuellen, die in der Lage wären, die Probleme des multikulturellen Zusammenlebens sachlich zu analysieren und reale Schwierigkeiten und Ressentiments voneinander zu trennen, verweigern sich entweder dem Thema, und zwar aus Angst vor eigener Ächtung, oder sie betreiben Ideologie. Sie ignorieren die Probleme der einfachen Leute, von denen sie selbst ja nicht betroffen sind, schreiben ihnen aber via Feuilleton oder Ähnlichem vor, was sie zu denken haben, nämlich, dass die Probleme maßlos übertrieben werden und sich in Deutschland wieder eine Stimmung des Fremdenhasses breitmake. Das Zusammenleben der Kulturen sei eine Bereicherung. Wer das nicht wahrnehme, sei ein Ignorant. Ehe sich die Deutschen über fehlende Sprachkenntnisse der Ausländer mokierten, sollten sie doch erst einmal selbst richtig Deutsch lernen. Und in Bezug auf den Islam: Es sei Ausdruck von Hochmut und einer bornierten westeuropäischen Perspektive, den Islam für der Aufklärung bedürftig und unvereinbar mit der Demokratie zu halten. Die Islamkritik sei „kollektiver Wahn“ (Patrick Bahners) usw.

Aufgrund dieser Kluft zwischen den Intellektuellen, die ihre Aufklärungs- und Leitbildfunktion nicht erfüllen,

und einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung wächst auf Seiten der Letzteren das Ressentiment gegen die Einwanderer. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn wenn das eigene Empfinden nicht rational geläutert wird, kann es sich ungehemmt verstärken, auch durch wechselseitige Bestätigung der Betroffenen untereinander. Genährt wird dies Empfinden ebenfalls durch bestimmte, an die niedrigsten Instinkte appellierende Medien und es wird in radikalen populistischen Parteien kanalisiert. Irgendwann sind die Vorurteile dann so groß, dass die Diagnose des grassierenden Fremdenhasses tatsächlich zutrifft – als Self-Fulfilling-Prophecy. Damit stehen sich Political Correctness und dumpfes Ressentiment unveröhnlich gegenüber. Beides verhindert eine sachliche Erörterung der Problemlage auf das Entschiedenste.

Als Reaktion darauf hat sich nun in der letzten Zeit eine Publizistik entwickelt, die gegen die Political Correctness anschreibt und z. T. damit möglicherweise aber wieder das Ressentiment bedient – eine schwierige Gratwanderung. Zu solchen Wanderern auf dem schmalen Grat gehören Autoren wie Henryk Broder, Ralph Giordano und natürlich Thilo Sarrazin. Bei der Islamkritik von Necla Kelek und Alice Schwarzer finden sich ebenfalls Aufklärerisches und sehr stark Verallgemeinerndes, wenn auch nicht in der Massivität wie bei den Vor genannten.

Aber nur durch diese Art der Publizistik ist die Debatte erst in Gang gekommen. Aufgrund des Ideologischen

**Eine Gesellschaft braucht Tabus, denn sie wirken durch die Anerkennung ihrer Überhöhung GESELLSCHAFTSEINEND.**

der vorhandenen Positionen bedurfte es möglicherweise der Kombination aus bewusstem Verstoß gegen die Political Correctness und emotionaler Aufladung, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Dies sagt etwas über die Art und Weise, wie bei uns in Deutschland gesellschaftliche Debatten über existenziell wichtige Themen geführt werden. Es werden Tabus aufgestellt und wer das tabuisierte Thema dennoch ansprechen will, kann das praktisch nur mittels Tabubruch bewerkstelligen.

### Die Rolle des Tabus

Das Wort Tabu stammt ursprünglich aus dem Polynesischen und bezeichnet einen geheiligten Bereich, der unberührbar ist, weil in ihm eine höhere Macht wirkt. Es ist gefährlich, in diesen Bereich vorzudringen. Er ist nicht für den Menschen vorgesehen. Deshalb kann die Übertretung des Tabus furchtbare Folgen nach sich ziehen. Der Mensch hat die Trennung der Bereiche zu achten. Göttliches und Menschliches sind klar geschieden. Dadurch ist das Menschliche eindeutig definiert.

Das Tabu wirkt also sozialpsychologisch. Es ist Ausdruck der gemeinsamen Anerkennung von etwas Höherem, über die eigene Lebenswirklichkeit Hinausreichendem. So entsteht das Bewusstsein des inneren Zusammenhalts der Gruppe aufgrund der Gemeinsamkeit der Anerkennung dessen, was jenseits des Alltäglichen, Irdischen etc. liegt. Einen zusätzlichen Zusammenhalt bewirkt der Tabubrecher. Er gehört nicht dazu und ermöglicht dadurch die Erfahrung, wo die Gemeinschaft endet. Der Tabubrecher ist damit funktional für die Selbsterfahrung der Gemeinschaft, weil es ihr das Ausmessen ihrer Grenzen ermöglicht. So kann sie sich selbst definieren.

### Political Correctness setzt in unserer säkularen Welt die **NEUEN** Tabus.

Möglicherweise braucht eine Gesellschaft also Tabus, um zu sich selbst zu finden. Sie bedarf eines „geheiligten“ Bereichs, vor dem sie Achtung hat, der den eigenen Alltag überhöht, der durch seine Andersartigkeit das Eigene verstehen und definieren lässt und die Gemeinschaft dadurch eint. Nicht zufällig scheint sich das Tabu ursprünglich auf den religiösen Bereich zu beziehen. Das Göttliche ist in der Tat das ganz Andere im Verhältnis zum Menschlichen. Es ist das, was man nicht anrühren darf, weil man es sonst entweiht. Es steht so weit über dem Menschlichen, Alltäglichen, Relativen, dass es auch höchste Achtung verdient.

In einer Zeit wie der unseren, d. h. in einer säkularen Welt, hat das Religiöse allerdings massiv an Bedeutung verloren. Diese radikale Hinwendung zum Weltlichen äußert sich beispielsweise in der Fixierung des Daseins auf den ökonomischen Erfolg und das Streben nach Genuss, Spaß etc. Auf jeden Fall herrscht die weltimmanente Perspektive vor und anderweitige Bedürfnisse werden gerne via Esoterik befriedigt. Da erscheint es logisch, dass auch die Tabuzone von der Transzendenz in die Immanenz herunterrutscht. Nun hat es allerdings immer schon Tabuzonen zweiter Ordnung gegeben, Bereiche, die nicht das Göttliche vom Menschlichen schieben, sondern innerhalb des

Menschlichen unberührbare Zonen darstellten. Diese waren nicht mit heiliger Scheu belegt, sondern mit menschlicher Scham wie z. B. die Sexualität.

Der sexuelle Bereich ist heute erkennbar nicht mehr sakrosankt – im Gegenteil, er wird bis in den letzten Winkel hinein ausgeleuchtet. Auch das Göttliche ist nicht mehr sakrosankt. Man darf die Religion in früher undenkbarem Maß der Lächerlichkeit preisgeben. Man denke nur an die Mohammed-Karikaturen oder den respektlosen Umgang mit christlichen Symbolen. Mitunter kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Hohe bewusst erniedrigt werden soll, weil das säkular ausgerichtete Leben sich nicht an etwas messen lassen will, das mehr und höher ist als es selbst. Ersatzweise werden dann aber andere Bereiche mit dem Tabu belegt, Bereiche, die von neuen Hohepriestern definiert werden, den – selbsternannten – Meinungsführern, den Hütern der Political Correctness.

#### **Die Herrschaft der Political Correctness**

Fraglos kann man Dinge unterschiedlich beurteilen, so auch die Frage der Einwanderung. Es ist zentraler Bestandteil unseres demokratischen Selbstverständnisses, dass wir den Meinungspluralismus pflegen, Wahrheitsfindung durch einen Dialog anstreben und die eigene Standortbestimmung durch den Austausch von Argumenten vornehmen. Tabuisierte Zonen entsprechen diesem Selbstverständnis eigentlich nicht. Möglicherweise hängt die Art, wie solche Zonen definiert werden und welche Bereiche sie betreffen, aber dennoch mit der Demokratie zusammen. Diese These gilt es im Folgenden zu prüfen, wozu zunächst Funktionsweise und

Inhalte von Political Correctness in den Blick zu nehmen sind.

#### **Wie funktioniert Political Correctness?**

Political Correctness ist ein merkwürdig diffuses Phänomen. Es bezeichnet ein Meinungsklima, das oft keinen einzelnen, dingfest zu machenden Urheber hat. Stattdessen breitet es sich wellenartig aus, in der Regel über die Medien. So wird aus der veröffentlichten Meinung die öffentliche Meinung. Einige wenige Meinungsmacher geben die Marschroute vor, indem sie bestimmte Inhalte als sakrosankt darstellen. Weil dieser Inhalt sakrosankt ist, steht jeder unter moralischer Ächtung, der den Sachverhalt anders beurteilt.

Die Position wird also nicht per Argument durchgesetzt, sondern durch moralische Desavouierung der Gegenposition. Deshalb traut sich bald niemand mehr, die Gegenposition zu beziehen – er würde ja als moralischer Schurke dastehen. Irgendwann entsteht dann der Eindruck, dass es sich um die Mehrheitsmeinung handelt, einfach, weil Gegenmeinungen wirksam unterdrückt werden. Dadurch verstärkt sich der Druck noch mehr, sich nicht als Abweichler zu erkennen zu geben. Man stünde ganz alleine da. Faktisch aber denken viele anders, die dies aber nicht mehr bekennen dürfen. Dem Klima der Heuchelei, das auf diese Weise erzeugt wird, versucht man zu entgehen, indem man nach Ventilen zum Druckabbau sucht. Dazu bieten sich Stammtischtiraden, der Zulauf zu radikalen Parteien und Generalabrechnungen mit dem politischen System an, die weit über das Ziel hinausschießen. Das Ergebnis ist ein Auseinanderdriften der meinungsbildenden Eliten und der Bevölkerung.

Man lebt in einer verdrückten Atmosphäre, die Freiheit in der Meinungsäußerung ist deutlich eingeschränkt. Es herrscht eine Art geistiger Terror, dem man deshalb so schwer begegnen kann, weil diejenigen, die ihn verbreiten, sich

#### Political Correctness wirkt als meinungsbildendes Phänomen hauptsächlich über die **MEDIEN**.

als Agenten des wahren Volkswillens gerieren, jedenfalls des Willens, den das Volk haben sollte, wenn es aufgeklärt handeln und denken würde.

#### **Welches sind die Inhalte der Political Correctness?**

Ohne zu stark verallgemeinern zu wollen – die per Political Correctness vor jeder kontroversen Diskussion geschützten Inhalte scheinen eher dem linken als dem rechten Meinungsspektrum anzugehören. Beispiele für solche Kernbestandteile korrekter Gesinnung sind: Alle Kulturen sind gleichwertig, die Rede von einer Hochkultur ist Hochmut, ein Residuum des Kolonialismus, Imperialismus etc. Die deutsche Schuld ist einzigartig und hat ihre Wurzeln in einem übersteigerten Nationalismus. Minderheiten dürfen nicht anders als Mehrheiten behandelt werden, zeit-

**Die ZWEI GRUNDDOGMEN sind die positive Bewertung der Gleichheit sowie die negative des Nationalen, speziell des Deutschen.**

weilig ist höchstens eine positive Diskriminierung erlaubt und nötig. Geschlecht ist nicht biologisch, sondern sozial definiert, Homosexualität muss der Heterosexualität rechtlich völlig gleichgestellt werden, einschließlich aller mit der Ehe verbundenen Privilegien, z. B. auch des Adoptionsrechts. Der autoritäre Charakter ist im Deutschtum verwurzelt, Bildungsgefälle ist auf soziale Benachteiligung zurückzuführen, in Deutschland entscheidet die soziale Herkunft über das Bildungsschicksal usw. Natürlich gibt es ähnliche Stereotype auch auf der Gegenseite, aber sie werden im öffentlichen Diskurs aufgrund der Ächtungsgefahr nie prominent vertreten. Es gibt sie, aber sie genießen nicht die gleiche soziale Anerkennung wie die Glaubensartikel der politisch Korrekten. Was ist nun die gemeinsame Linie der genannten Äußerungen?

Es scheinen zwei Grunddogmen zu sein, nämlich die uneingeschränkt positive Bewertung der Gleichheit (soziale, kulturelle, sexuelle etc.) sowie die ebenso unbedingt negative Bewertung des Nationalen, speziell des Deutschen. Das Erste ist das spezifisch demokratische Vorurteil (hier deutet sich der angekündigte Zusammenhang zwischen Political Correctness und Demokratie an). Das Zweite ist die spezifisch deutsche Selbstaversion.

**Freiheit und Gleichheit SCHLIEßEN  
SICH eigentlich gegenseitig AUS.**

### Das Dogma der Gleichheit

Die Demokratie ist von zwei fundamentalen Werten getragen: Freiheit und Gleichheit. Doch beide Werte stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Wenn man Freiheit auslebt, stellt sich sehr schnell Ungleichheit ein, z. B. in puncto Leistung oder Eigentum. Wenn man Gleichheit durchsetzen will, muss man die Freiheit beschneiden, z. B. die Wahlfreiheit in Bezug auf die Schulart. Die demokratische Herausforderung ist es also, eine Balance zwischen beiden Werten zu finden. Das politische System beruht aber aufgrund des Wahlrechts eindeutig auf dem Gleichheitsprinzip. Alle Stimmen wiegen gleich viel, es zählt die Quantität der Stimmen, nicht die Qualität. Auch das Rechtssystem beruht auf der Gleichheit, nämlich der Gleichheit vor dem Gesetz. Im Wirtschaftssystem sieht es anders aus. Dieses ist eigentlich das Reich der Freiheit. Da aber die unregulierte wirtschaftliche Freiheit große soziale Verwerfungen hervorruft, muss dafür gesorgt werden, dass via Sozialstaatlichkeit ein Ausgleich geschaffen wird.

Systembedingt ergibt sich damit in der Demokratie leicht ein Übergewicht des Moments der Gleichheit, ein Übergewicht, das vom Politischen auf das Mentale abfärbt. In lange etablierten Demokratien findet sich oft ein Widerwillen gegen alles, was Unterschied bedeutet, also Hierarchie, Wertdifferenz, Elitenbildung. Daraus kann eine Tyrannei der Gleichheit bzw. der Mehrheit werden, weil sich dort, wo alle gleich sind, Stärke nach der Quantität bemisst. Die Mehrheit ist dann die stärkste Kraft. Da die Mehrheit sich aber nicht als solche artikulieren kann, tun es Meinungsführer für sie. So kann eine Minderheitenposition als Mehrheitsposition ausgege-

ben werden. Und die Minderheit vertritt dann – in paradoxer Verkehrung – dogmatisch die Ideologie der Mehrheit, nämlich das Gleichheitsprinzip.

1835 bereiste der Aristokrat Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten von Amerika und analysierte Vor- und Nachteile dieser neuen Demokratie. Unter ihre gravierendsten Nachteile rechnete er die tyrannische Macht der Mehrheitsmeinung, die demokratiespezifisch ist und eine ganz neue soziale Wirklichkeit schafft: „Ich kenne kein Land, in dem im allgemeinen weniger geistige Unabhängigkeit und weniger wahre Freiheit herrscht als in Amerika. Ketten und Henker sind die groben Werkzeuge, die einst die Tyrannei verwandte; heutzutage hat die Kultur selbst den Despotismus vervollkommenet, der doch scheinbar nichts mehr zu lernen hatte. Die Fürsten hatten gleichsam die Gewalt materialisiert; die demokratischen Republiken der Gegenwart haben sie ins Geistige gewandelt gleich dem Willen, den sie zwingen wollen. Unter der unumschränkten Alleinherrschaft schlug der Despotismus in roher Weise den Körper, um die Seele zu treffen; und die Seele, die diesen Schlägen entwich, schwang sich glorreich über ihn hinaus; in den demokratischen Republiken jedoch geht die Tyrannei nicht so vor; sie übergeht den Körper und zielt gleich auf die Seele. Der Herrscher sagt nicht mehr: entweder du denkst wie ich, oder du bist des Todes; er sagt: du bist frei, nicht so zu denken wie ich; du behältst dein Leben, deinen Besitz, alles; aber von dem Tage an bist du unter uns ein Fremdling. Du behältst deine Vorrechte in der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie nützen dir nichts mehr; denn bewirbst du dich um die Stimme deiner Mitbürger, so werden sie dir diese nicht



Die frühe Erkenntnis von A. de Tocqueville: Wer in der Demokratie eine abweichende Meinung pflegt, wird einsam.

geben, und begehrt du bloß ihre Achtung, so werden sie tun, als ob sie dir auch diese verweigerten. Du bleibst unter den Menschen, aber du büßest deine Ansprüche auf Menschlichkeit ein. Näherst du dich deinen Mitmenschen, werden sie dich wie ein unreines Wesen fliehen; und selbst die an deine Unschuld glauben, werden dich verlassen, denn auch sie würden gemieden. Ziehe hin in Frieden, ich lasse dir das Leben, es wird aber für dich schlimmer sein als der Tod.“<sup>41</sup>

Das ist natürlich eine extreme Zeichnung, aber sie enthält einen wahren Kern. Wer sich in der Demokratie von der herrschenden Meinung absetzt, ist einsam. Wer sich in früheren Herrschaftsformen gegen die Meinung der Herrschenden wandte, konnte zumindest partiell auf Zustimmung der Mitbürger rechnen. In der Demokratie sind aber die Bürger selbst der Souverän. So

tritt in der Demokratie gegen seine eigenen Mitbürger an, wer sich gegen die Meinung des Souveräns wendet. Deshalb sprach Tocqueville von dem „erschreckenden Ring“<sup>2</sup>, mit dem in Amerika die Mehrheit das Denken umfasse. Und er fürchtete um die (geistige) Freiheit, wenn die Gleichheit zum alles beherrschenden Prinzip würde.

### Der anti-nationale Impuls

Das zweite Dogma der Political Correctness ist nicht demokratiespezifisch, sondern Deutschland-spezifisch, nämlich das Verbot nationaler Normalität. Dass die deutsche Schuld unendlich groß ist, ist nicht zu bezweifeln – aber was folgt daraus? Das unterschwellig nach wie vor geltende Verbot, sich als Nation zu bekennen, nationale Interessen zu definieren, gar Liebe zum eigenen Land zu empfinden, führt zu einer paradoxen Reaktion, nämlich zu einer permanenten Fixierung auf die nationale Frage in negativer Weise, durch krampfhaftes Ausweichen ins Kosmopolitische, Internationale etc. Der als Weltoffenheit ausgegebene und immer wieder propagierte Multikulturalismus ist wohl nicht zuletzt wegen seiner anti-nationalen Wirkung so beliebt. Botho Strauss fasste diese umwegige Art, sich von der eigenen Nation zu distanzieren, einmal in die treffende Sentenz, die betonte Ausländerfreundlichkeit vieler Menschen scheinbar weniger der Liebe zum Fremden als dem Hass auf das Eigene zu entsprechen.<sup>3</sup>

Einerseits ist also trotz des Verbots seitens der Political Correctness eine

dauernde Beschäftigung mit der nationalen Frage festzustellen, andererseits ergibt sich durch die negative Belegung von allem, was mit der Nation zu tun hat, eine überschießende Gegenreaktion. Es entsteht tatsächlich Nationalismus, vor allem in den neuen Bundesländern, was allerdings auch stark mit der DDR-Verdrängungspolitik in Bezug auf die NS-Vergangenheit zu tun hat. Die Political Correctness verhindert so ein angemessenes Verhältnis zur eigenen Nationalität, nämlich das der kritischen Solidarität. Diese Solidarleistung muss man allerdings auch nicht erbringen, wenn man die Nation ächtet. Damit leistet man sich einen bequemen Moralismus, der die Weigerung, dies Land als sein Land zu betrachten und sich entsprechend dafür einzusetzen, als überlegene moralische Position ausgibt.

### Fazit

Was sich an der Immigrationsdebatte zeigt, ist ein allgemeineres Phänomen, das zum einen demokratiespezifisch zu sein scheint, nämlich die Tabuisierung bestimmter Themen und Meinungen und zum anderen die Lancierung von Positionen, die als angebliche Mehrheitsmeinungen von Minderheiten diktiert werden. Gleichheit wird zu einer Ideologie, die den Verlust von (geistiger) Freiheit zur Folge hat. Hinzu kommt ein spezifisch deutsches Moment, der anti-deutsche Impuls, der sich als Fremdenfreundlichkeit maskiert.

Wie kann man nun aber diesen Phänomenen, die Unehrlichkeit und moralische Überheblichkeit züchten, begegnen? Die Antwort ist eigentlich gar nicht so schwer. Durch mehr Mut und durch die Übernahme von Verantwortung seitens derer, die durch ihre Bildung und ihre Position dazu berufen wären, auf-

klärerisch zu wirken. Das ist ein klarer Appell an die geistigen Eliten, ihre Fähigkeiten nicht zur Ideologieproduktion zu verwenden, sondern zur Weitung des geistigen Horizonts in den Debatten, durch einen rationalen Umgang mit den real bestehenden Problemen unserer Gesellschaft, durch couragiertes Vertreten auch nicht so populärer, aber vielleicht sachdienlicher Meinungen und durch Erklärung und Argumentation, um auch den einfacheren Leuten nicht nur die einfachen Lösungen zu präsentieren. Das ist natürlich ein elitäres Programm, die Betonung der Erziehungsfunktion der intellektuell Höherbefähigten, und widerspricht dem von ihnen meist vertretenen Egalitätsprinzip, das sie aber zugleich verraten, wenn sie der Majorität ganz autoritär vorschreiben, was sie zu denken hat.



/// PROF. DR. BARBARA ZEHPFENNIG  
ist Professorin für Politische Theorie  
und Ideengeschichte an der Universität  
Passau.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Tocqueville de, Alexis: Über die Demokratie in Amerika, Erster Teil, Zürich 1987, S. 382 f.

<sup>2</sup> Ebd., S. 382.

<sup>3</sup> Vgl. Strauß, Botho: Anschwellender Bocksgesang, in: Die selbstbewusste Nation, hrsg. von Heimo Schwillk und Ulrich Schacht, Berlin 1996, S. 19-40.

**Die Tabuisierung der eigenen Nationalität  
VERHINDERT ein angemessenes und normales Verhältnis dazu.**

/// Würdigung zur Emeritierung von Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz

## INTELLEKTUALITÄT UND SPIRITUALITÄT

**CHRISTOPH BÖHR** /// Zum Ende des Wintersemesters wurde Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz an der TU Dresden emeritiert. Den Lehrstuhl für Religionsphilosophie gibt es jetzt nicht mehr. Eine Würdigung in Dankbarkeit.

In unserer Gegenwart gibt es wenige herausragende Wissenschaftler, die den Glauben in eine fruchtbare Beziehung zur Wissenschaft setzen, also Intellektualität und Spiritualität miteinander zu verbinden trachten. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz gehört zu diesen seltenen Ausnahmereisnerungen. Tätig zuletzt an der Technischen Universität Dresden hat sie gerade dort versucht, junge Menschen wissenschaftlich zu bilden und zugleich deren Sinn für das Geheimnis dessen, was jenseits aller

zähl- und messbaren Erkenntnis liegt, zu wecken. Wie gut ihr das gelungen ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass ihre Studenten, nachdem der Lehrstuhl für Religionsphilosophie an der TU mit dem Ausscheiden von Gerl-Falkovitz geschlossen wurde, diese Arbeit fortsetzen wollen: gezwungenermaßen außerhalb der Hochschule und auf eigene Rechnung.

So, wie sie als Wissenschaftlerin seit vielen Jahrzehnten die Philosophie der Religion lehrte, war sie immer darum bemüht, die Schule des Glaubens nicht aus dem Blick zu verlieren. Aus diesem Grund blieb sie bewahrt vor allen Irrungen und Wirrungen eines Denkens, das in der Religion nur noch eine Funktion sehen möchte. Zweifellos – und Gerl-Falkovitz hat diese grundlegende Unterscheidung immer im Blick – ist die Schule des Glaubens in einem anderen Raum beheimatet als die Schule der Wissenschaft. Doch ist es weder dem Glauben noch der Wissenschaft zuträ-

**Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz bewegte sich stets ZWISCHEN der Schule des Glaubens und der der Wissenschaft.**



Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz

lich, die Tür zwischen diesen beiden Räumen zu verschließen. Denn wer Philosophie als Wissenschaft betreibt, weiß nur zu gut um die Bedeutung der letzten Dinge, weil ohne dieses Wissen um die Bedeutung des Letzten jede Rede von den vorletzten Fragen, denen sich die Wissenschaft zuwendet, gar keinen Sinn haben würde. An der Sinnlosigkeit, die sich einstellte, als ihm der Maßstab dieser Unterscheidung abhanden kam, ist das (sich selbst so bezeichnende) „postmetaphysische“ Denken zuletzt zerbrochen.

In eben jenem Zwischenraum, der sich zwischen Denken und Glauben aufspannt, bewegt sich Gerl-Falkovitz. Wer einen Zwischenraum bewohnt, kann nicht erwarten, ein ruhiges Leben zu führen. Und im wörtlichen Sinn trifft das auf Gerl-Falkovitz zu: Immer unterwegs zu Veranstaltungen und Vorträgen, soweit das die Verpflichtungen ihres Lehrstuhls für Religionsphilosophie und Vergleichende Religionswissen-

schaft an der Technischen Universität Dresden – ihrem letzten beruflichen Halt – zugelassen haben. Die Fülle ihrer Ehrenämter, ihre Arbeit in zahlreichen Gesellschaften und Beiräten, ihre Anstöße zu Neugründungen von Einrichtungen, die Raum und Gelegenheit schaffen, dass unsere Zeit sich ihrer selbst vergewissern kann – all das treibt die Hochschullehrerin um.

Ihr Thema ist seit langer Zeit die zeitgenössische Phänomenologie – und ganz besonders das, was heute als deren „theological turn“ beschrieben wird: Eine Hinwendung der Philosophie zu eben jenen letzten Fragen, die unvermeidlich dann aufbrechen, wenn ein Mensch – woher immer er kommt und was immer ihn bewegt – mit sich selbst in ein Gespräch eintritt. Jeder Versuch der Selbstvergewisserung des Menschen – die Phänomenologie der Erfahrung einer Begegnung mit sich selbst – kommt an diesen letzten Fragen nicht vorbei. Man kann ihnen ausweichen oder aber, wie Gerl-Falkovitz es tut, sich ihnen zuwenden, als wissenschaftliche Forscherin und als gläubiger Mensch. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz ist das eine wie das andere und eine begeisterte Hochschullehrerin obendrein. ///



/// DR. CHRISTOPH BÖHR

unterrichtet Sozialwissenschaften an der Universität Düsseldorf und bekleidet eine Dozentur für Philosophie der Gegenwart an der Hochschule Benedikt XVI. Heiligenkreuz / Österreich.



/// Projektvorstellung: Promotionskolleg der Hanns-Seidel-Stiftung

## GESTALTEN UND ERKENNEN

**PAULA BODENSTEINER** /// Die im Rahmen des Promotionskollegs „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen der Schule“ geförderten Forschungsvorhaben stellen die Grundlage für die nächste Lehrplangeneration dar und sind damit bildungspolitisch von größter Bedeutung.

### Ausgangslage

Unser Bildungssystem verkörpert mit all seinen Schulen ein Abbild gesellschaftlicher Entwicklungen. Insbesondere seit PISA sind Bildungsthemen omnipräsent. In den letzten Jahren konzentrierte sich die Diskussion vor allem auf die äußeren Reformen, sprich die Strukturen und die schulische Bildungslandschaft. Es wurden auch innere Reformen wie Evaluation, Modellversuche und die Verlagerung von Entscheidungsebenen angestoßen und man kümmerte sich zudem verstärkt um die Qualitätsentwicklung im schulischen Bereich. In der Summe wurde dadurch sehr viel Positives erreicht.

Blickt man aber auf den Fächerkanon und auf die Stundenverteilung an unseren Schulen, so stellt man fest, dass die Bedeutung der sogenannten MINT-Fächer vorherrschend ist. Der Bedeutungszuwachs im Bildungs- und Ausbildungsbereich liegt demzufolge stärker im wirtschaftlichen Sektor, während der kulturelle Bereich zuneh-

mend in den Hintergrund zu rücken droht. Diese Entwicklung zu Lasten der künstlerisch-gestalterischen Fächer gilt es aufzubrechen – haben Kunst und Kultur doch einen nachweislich positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Auch in der Bayerischen Verfassung fordert Artikel 131, dass, neben Wissen und Können, Herz und Charakter zu bilden seien. Zu den obersten Bildungszielen zählen neben der Ehrfurcht vor Gott auch die Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne. Ganz im Sinne der Bildung eines ästhetischen Bewusstseins ist es Kultusminister Dr. Spaenle in seiner Amtszeit als Präsident der Kultusministerkonferenz gelungen, das Thema „Kulturelle Bildung“ als Schwerpunkt des Bildungsberichts im Jahr 2012 zu setzen. Der Anstoß für das Promotionskolleg „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen der Schule“ schließlich erfolgte auf Grund der Tatsache, dass (nicht

nur) in Bayern neue Lehrpläne entwickelt werden müssen. Die Vorgabe der Bildungspolitik ist dabei „Kompetenzorientierung“ und genau hier setzt das Promotionskolleg an.

Am 4. April 2011 startete die Hanns-Seidel-Stiftung im feierlichen Rahmen mit 100 geladenen Experten aus dem Bildungsbereich das interdisziplinär angelegte Promotionskolleg „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen der Schule“. Bei dieser Auftaktveranstaltung betonte der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, als zentrale Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen die „ganzheitliche Bildung“ des Individuums und dass er sich wünsche, mit der Schaffung dieses

**Das Promotionskolleg hat zum Ziel, der KULTURELLEN Bildung an den Schulen mehr Bedeutung zu verschaffen.**

Promotionskollegs insbesondere der „kulturellen Bildung an unseren Schulen“ mehr Bedeutung zu verschaffen.

### Schwerpunktsetzung

Im Grunde gibt es nur für die naturwissenschaftlichen Fächer, für Mathematik, für Deutsch und die Fremdsprachen wissenschaftlich fundierte und von Fachwissenschaftlern akzeptierte Kompetenzmodelle. Diese basieren auf entsprechender Forschung und sind durch die Kultusministerkonferenz (KMK) in der konkretisierenden Umsetzung durch Bildungsstandards festgelegt. Für



Stipendiaten des neu geschaffenen Promotionskollegs mit Prof. Ernst Pöppel, dem Stiftungsvorsitzenden Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair und Prof. Eckart Liebenau bei der Auftaktveranstaltung in München

**Die gewonnenen Erkenntnisse sollen Eingang sowohl in Theorie als auch Praxis finden und dabei Wissenschaft, Bildungspolitik und Fachentwicklung **VERBINDEN**.**

viele andere Fächer, vor allem im musisch-künstlerischen Bereich, fehlen solche Vorarbeiten. So gibt es bisher für Kunst, Musik, Theater sowie die gestalterischen Bereiche im Deutsch- und im Sportunterricht / Tanz keine Kompetenzmodelle. Um diese Lücke zu schließen, muss entsprechende Forschungsarbeit geleistet werden.

Die Ergebnisse werden sowohl inhaltliche Veränderungen im Lernstoff nach sich ziehen als auch zwangsläufig ihren Niederschlag in der Lehrerausbildung und den Weiterbildungskonzepten haben. In diesem Sinne versteht sich das von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützte Projekt sowohl als Grundlagenforschung wie als angewandte Forschung, die für die Entwicklung von Kunst, Musik, Theater, Tanz und kreativem Schreiben an der Schule die notwendigen Grundlagen liefern.

#### Durchführung und Partner

Ein derartig groß angelegtes Projekt kann nur in enger Zusammenarbeit aller beteiligten Partner gelingen. Innerhalb der Hanns-Seidel-Stiftung sind das Institut für Begabtenförderung (Abteilungsleiter Prof. Hans-Peter Niedermeier, Referatsleiter Dr. Rudolph Pfeifenrath) und die Akademie für Politik und Zeitgeschehen (Abteilungsleiter Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser,

Referatsleiterin Paula Bodensteiner) für das Projekt verantwortlich. Die wissenschaftliche Betreuung der Stipendiaten übernehmen gemeinsam die beiden größten bayerischen Universitäten, die Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Humanwissenschaftlichen Zentrum (HWZ) (federführend die Professoren Ernst Pöppel und Oliver Jahraus) und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Interdisziplinären Zentrum Ästhetische Bildung (IZÄB) (federführend Professor Eckhart Liebau). Die Anbindung an die schulische Praxis und die Umsetzung in den Lehrplan obliegt dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit dem Ansprechpartner MR Michael Weidenhiller, Leiter des Referats „Kulturelle Bildung“ und OstD Jörg Eyraier, Leiter der Abteilung „Gymnasium“ im Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB).

Aus drei Auswahltagungen (24. Februar 2011 Nürnberg-Erlangen, 28. Februar 2011 München / Hanns-Seidel-Stiftung und 9. Mai 2011 München / Hanns-Seidel-Stiftung) wurden insgesamt 13 Bewerber, die mit ihren Exposé überzeugen konnten, in das Promotionskolleg aufgenommen. An jeder der beiden beteiligten Universitäten arbeitet eine Gruppe ausgewählter Stipendiaten, die das schulische Spektrum der erwähnten künstlerischen Fächer abdecken. Dabei unterscheiden sich die Forschungsschwerpunkte der beiden Universitäten:

Die Arbeit der neunköpfigen (acht Frauen, ein Mann) Stipendiatengruppe am HWZ der Ludwigs-Maximilians-Universität München ist stärker an den fachwissenschaftlichen Grundlagen

ausgerichtet. Die Stipendiaten sind eng, auch räumlich, an das Forschungskonzept des HWZ gebunden. Die Münchener Gruppe koordiniert Frau Susanne Piccone, Mitarbeiterin am HWZ.

Die Arbeit der Promovendengruppe (zwei Frauen, zwei Männer) IZÄB der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg orientiert sich vorwiegend an didaktischen und pädagogischen Grundlagen und ist auch stärker dezentral organisiert. Die Koordination der Erlangerer Gruppe obliegt Dr. Ernst Wagner, der als wissenschaftlicher Koordinator auch die beiden Projektgruppen zusammenführt und die Anbindung an die Lehrplanarbeit gewährleistet.

Jede Gruppe arbeitet in interdisziplinärem Austausch an der jeweiligen Universität eng zusammen, was wöchentliche Inputreferate und Diskussionsrunden an der Universität für das jeweilige Team garantieren. Für beide Teams gibt es regelmäßige Treffen in Form von Arbeits- und Fachtagungen bei der Hanns-Seidel-Stiftung zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch und zur Sicherstellung des Praxisbezugs.

#### Bewerberlage

Ungewöhnlich viele Bewerberinnen und Bewerber haben sich auf die öffentliche Ausschreibung hin aus den Bereichen Kunst, Musik, Sport und Theater und der Germanistik, sowohl aus den

Studiengängen für das Lehramt als auch aus den allgemeinen Wissenschaften, gemeldet. Die dreizehn Promotionsstipendien, die die Hanns-Seidel-Stiftung vergeben konnte, belaufen sich auf 1150.- € inklusive Forschungskostenpauschale im Monat und sind auf zwei Jahre befristet. Die Stipendiaten arbeiten im Rahmen des übergeordneten Themas „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen der Schule“ aus unterschiedlichen Disziplinen und decken damit die Bereiche Kunst, Musik, Sport, Theater und Gestalterisches Schreiben ab.

#### Ziel

Mit dem Promotionskolleg wird die herausragende Chance, die Wissenschaft, die Bildungspolitik und die schulische Fachentwicklung enger zu verzahnen, genützt, um dem kulturellen Bereich in der Schule die bildungspolitische Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm gebührt. Geht es doch darum, die kreativen und künstlerischen Potenziale unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern. Denn nur solcherart breit gebildeten Menschen gelingt eine erfolgreiche Gestaltung ihrer Biographien und die positive Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. ///



#### /// PAULA BODENSTEINER

ist Referentin für Bildung und Erziehung in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und verantwortet die Koordination des Promotionskollegs für die Hanns-Seidel-Stiftung.

#### Die Ausschreibung des Promotionskollegs stieß auf ein überraschend **GROßES** Interesse.

/// Sicherheitstagung 2011 der HSS in Budapest

## VERNETZTE SICHERHEIT – VERANTWORTUNG FÜR DEN BÜRGER IN EUROPA

**OLIVER JOACHIM ROLOFS** /// Welchen Stellenwert die Vernetzte Sicherheit in der Gesellschaft Europas und im speziellen in Ungarn einnimmt, stand im Mittelpunkt einer Tagung der Repräsentanz der Hanns-Seidel Stiftung für Ungarn am 1. April 2011 in der deutschsprachigen Andrassy-Universität in Budapest.

Die fortschreitende Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges, die damit einhergehenden tektonischen Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge, eine Verdichtung asymmetrischer Konfliktszenarien, die allgemeine Tendenz zur Abschwächung staatlicher Macht infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Zunahme von Destabilisierungsfaktoren wie Armut, Hunger und ethnische oder religiöse Konflikte stellen die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert vor erhebliche Anforderungen. Tatsache ist mittlerweile, dass die sicherheitspolitischen Probleme von heute nicht mehr mit den Methoden von gestern bewältigt werden können. Mit dem verstärkt interdisziplinär und ganzheitlich angelegten Konzept der Vernetzten Sicherheit entsteht derzeit eine neue Sicherheitsarchitektur, die Lösungen und Strategien auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts enthalten soll.

In seiner Begrüßung und Eröffnung der Tagung „Vernetzte Sicherheit – Verantwortung für den Bürger in Europa“ am 1. April 2011 hob der neue Leiter des Budapester Büros der Hanns-Seidel Stiftung, Ulrich Kleppmann, die Bedeutung von Sicherheit im 21. Jahrhundert hervor. Sie unterliege seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes einem stetigen Paradigmenwechsel, der spätestens seit dem Beginn des neuen Jahrtausends durch tektonische Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge an neuer Dynamik gewonnen habe. Nie zuvor, so Kleppmann, sei die wachsende Interdependenz zwischen unseren Nationen so klar demonstriert worden wie in der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Ihre Folgen haben erhebliche Auswirkungen auf die globale Sicherheit und Stabilität als auch auf die Fähigkeit der westlichen Staatengemeinschaft, außerhalb des euro-atlantischen Raumes Stabilität zu exportieren. Gleicherma-



Gabor Márki, (l.), Christian J. Hegemer, Dr. Csaba Hende und Ulrich Kleppmann

ßen stehen die westlichen Nationen vor der Herausforderung ihre Streitkräfte auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen auszurichten und dabei althergebrachte Strukturen des Kalten Krieges zu überwinden. Die engen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland sowie die Tatsache, dass Ungarn derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, biete einen guten Anlass, im Rahmen der erstmaligen Tagung zur „Vernetzten Sicherheit“, gemeinsam auf die Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert zu blicken, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Lösungsansätze für ein sicheres Europa und seine Bürger zu skizzieren.

Den Auftakt machte der ungarische Verteidigungsminister Dr. Csaba Hende, dessen Rede nicht nur vom gesamten anwesenden ungarischen Generalstab mit Spannung erwartet wurde, sondern auch von Ungarns führenden Medien live

übertragen wurde. Er referierte über die Neuaufstellung des Reservistensystems in Ungarn. Schon der byzantinische Kaiser Leo der Weise, der in seinem Werk „Taktik“ die ungarische Kriegsführung im Jahr 896 organisiert hatte, schrieb, dass die Ungarn neben ihren militärischen Hauptkräften auch über ein Reservesystem verfügen sollten. Doch sei die Realität im Jahr 2010, als Ungarn von einer Hochwasserkatastrophe heim-

**Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen zeigt die zunehmende Bedeutung der GLOBALEN Zusammenarbeit der Staaten auf.**

gesucht wurde, eine andere gewesen. Der ungarische Verteidigungsminister musste damals die bittere Erfahrung machen, dass er zur Bekämpfung des Hochwassers nicht auf dringend benötigte Reservisten zurückgreifen konnte. Bildhaft schilderte er in seinem Vortrag die damalige Situation. Als Ungarns Regierungschef Viktor Orbán seinen erst seit wenigen Wochen im Amt befindlichen Verteidigungsminister Hende fragte, wie viele Reservisten die ungarischen Streitkräfte an die Deiche schicken könnten, musste ihm Hende vermelden, dass die Armee nach der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2004 lediglich nur noch 18 Reservisten landesweit beordert hätte. Dieser Fall führte laut Hende dazu, dass Ungarn nun dabei sei, ein freiwilliges Reservistensystem neu aufzubauen, aber auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Erwägung zu ziehen. Das ambitionierte Ziel Hendes ist es, bis zum Jahr 2014 rund 8.000 Reservisten in den ungarischen Streitkräften neu zu beordern und das freiwillige Reservistensystem in die Verfassung Ungarns mit aufzunehmen. Mit diesem ehrgeizigsten Plan der Streitkräfteentwicklung in den letzten 20 Jahren soll wieder eine aktive Beteiligung der Gesellschaft an der Landesverteidigung und Katastrophenabwehr erreicht werden.

Die gesellschaftliche Dimension zur Sicherheit im 21. Jahrhundert hob im

**Die Bedrohungen sind HEUTE anderer Art und Qualität als vor 20 Jahren.**

Anschluss an den Vortrag des ungarischen Verteidigungsministers der Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, Christian Hegemer, hervor. Dabei stellte er fest, dass die Verschärfung politischer Gefahren und ökologisch-wirtschaftliche Unwägbarkeiten dieser Welt, nicht zuletzt aufgrund der Naturkatastrophe in Japan und der damit verbundenen Havarie des Kernkraftwerkes Fukushima sowie der Entwicklungen im arabischen Raum verursacht, zu einer globalen Ausweitung von Unsicherheit geführt haben. Die Welt habe sich in den letzten 20 Jahren in einem rasanten Tempo verändert. Nach der Bedrohungsphase der Bipolarität, die vor allem gegen Staaten und Territorien gerichtet war, gebe es heute Bedrohungen von neuer Qualität. Die Bedrohung für Staaten habe sich demnach verringert, jedoch habe sie sich für das Individuum infolge neuer Formen transnationaler terroristischer und krimineller Art erhöht, so Hegemer.

Um auf diese neue Bedrohungsdimension geeignete Antworten zu finden, müsse der Blick nach vorne gerichtet sein. Denn die Probleme von heute ließen sich nicht mit Methoden von gestern bewältigen, sondern müssen im Rahmen einer neuen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert einer Lösung zugeführt werden. Hegemer betonte dabei, dass auch die Gesellschaft zur Sicherheit beitragen kann. Die Gesellschaft habe die Kraft zur Veränderung, zum Gestalten, zur Hilfe und zur Zukunftssicherung. Vor allem sehe er dieses Potenzial in den Fähigkeiten und Fertigkeiten jedes Einzelnen für die Gesellschaft, die er bei der Katastrophen- und Gefahrenabwehr beisteuern könne. Hegemer plädierte für einen Beitrag der

**Die Sicherheitsarchitektur des 21. Jahrhunderts bedarf im Rahmen der Gesellschaft auch der Fähigkeiten und des Beitrages eines jeden EINZELNEN.**

Gesellschaft zur Sicherheit im 21. Jahrhundert, der eine aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte erfordert, um noch derzeit unbekannte Probleme zu lokalisieren, sich darauf einzustellen und Ressourcen mobilisieren zu können. Hierfür hätten die Bürgergesellschaften eines jeden Landes die Möglichkeiten, sich diesen Herausforderungen zu stellen und den Kontext von Sicherheit durch Zivilcourage und Einsatzbereitschaft zu erweitern.

Der Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Dr. Gergely Pröhle, ging in seinem Beitrag auf das Kernelement der ungarischen Ratspräsidentschaft ein, das als starkes Europa Sicherheit und Verantwortung für den Bürger zum Ziel habe. Die ungarische Ratspräsidentschaft gruppierte laut Pröhle ihre politische Agenda dabei um den menschlichen Faktor, wobei sie sich auf vier relevante Themenkreise konzentriere: Wachstum und Beschäftigung zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells, ein stärkeres Europa, eine bürger-nahe Europäische Union sowie Erweiterung und Nachbarschaftspolitik. So seien zum einen Wachstum und Beschäftigung zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells und zum anderen die Schaffung wirtschaftlicher Stabilität und finanzieller Solidarität von elemen-

tarer Bedeutung für die Sicherheit in Europa. Darunter falle in das Engagement der ungarischen Ratspräsidentschaft zudem die Bekämpfung von Armut wie auch die verstärkte Integration der Roma. Einen weiteren sicherheitspolitischen Schwerpunkt habe Ungarn in der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik gesetzt. Hierbei setze Ungarn im Interesse der Freizügigkeit der Bürger auf eine Ausweitung des Schengen-Raumes auf Rumänien und Bulgarien. Auch wolle seine Regierung neben der engen Begleitung und Unterstützung der laufenden Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, der Weiterführung des Erweiterungsprozesses und der Stärkung einer Integrationsperspektive für die Region des Westbalkans eine besondere Beachtung schenken. Europa habe in dieser Region gerade aus der historischen Erfahrung heraus eine besondere Verantwortung, um neue Konflikte zu verhindern und Sicherheit und Stabilität zu implementieren, so Pröhle.

In den nachfolgenden und zur Diskussion gestellten Impulsreferaten wurden unter der Moderation von Ulrich Kleppmann die Aspekte von Sicherheit im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft aus der Praxisperspektive weiter vertieft. Den Anfang machte Brigadegeneral Johann Berger, der als Stellvertreter Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV –Süddeutschland– aus deutscher Sicht über die militärischen Fähigkeiten und Kompetenzen in der Gesellschaft sprach und dabei die Rolle der Reservisten der Bundeswehr in der Gefahren- und Katastrophenabwehr hervorhob. In seiner täglichen Arbeit ist er mit Reservistenfragen betraut. Er unterstrich die wichtige Mittler- und Multiplikatorenfunktion von Reservisten in der Gesellschaft, um einen Austausch

## Die neuen Sicherheitsbedrohungen im Cyberraum erfordern ein **INTERNATIONAL** verbindliches Regelwerk zur Abwehr.

mit den Streitkräften aufrechtzuerhalten. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht käme den Reservisten in Deutschland künftig eine noch bedeutendere Rolle zu. Diese gelte nicht nur bei der Personalerfüllung durch Spezialisten für die Einsatzkontingente und Verbände in Deutschland, sondern auch bei der Katastrophenhilfe im Inland. Dafür gebe es bereits ein organisiertes Netz von 410 Verbindungsstellen auf Kreisebene (Kreisverbindungskommandos, KVK) sowie 31 Kommandos für die Regierungsbezirke (Bezirksverbindungskommandos, BVK). Insgesamt umfasse dieses Personalnetz bundesweit rund 4.500 Reservisten, die alleamt engagiert, ortsansässig und mit den zivilen Akteuren vertraut seien und so einen aktiven Teil der „Vernetzten Sicherheit“ auf nationaler Ebene darstellen würden.

Im Fokus des Beitrages von Gábor Márki, Staatssekretär im ungarischen Verteidigungsministerium, stand ein zurzeit lebhaft diskutiertes Thema, nämlich der Umgang mit den Bedrohungen aus dem Cyberraum. Tägliche, oft sogar sekundliche Angriffe und Attacken auf Regierungs- und Unternehmensnetze seien mittlerweile Alltag. Dabei mache diese neue digitale Unsicherheit auch nicht vor der Büro- oder Haustür des einzelnen Bürgers halt, warnte der Staatssekretär. Was vor wenigen Jahren noch als Science-Fiction-Szenario belächelt wurde, habe sich in kürzester Zeit zu einer neuen Herausforderung für die Sicherheitspolitik entwickelt. Das Schadenspotenzial eines Cyberkrie-

ges wäre im Falle eines schweren Angriffes für die Sicherheit eines Staates enorm, insbesondere wenn davon die sogenannte kritische Infrastruktur wie Energie-, Versorgungs- und Verkehrsnetze betroffen wären. Márki appellierte an die internationale Politik, ein verbindliches Regelwerk für den Cyberraum rasch umzusetzen. Die enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Organisationen sei künftig unverzichtbarer Bestandteil einer vorsorgenden internationalen und nationalen Cyber-Sicherheitsstrategie.

Abschließend umfasste der Vortrag von Dr. Péter Tálas vom Institut für Strategische Studien der Nationalen Verteidigungsuniversität einen soziologisch-sicherheitspolitischen Diskurs über die Sicherheitsperzeption in der ungarischen Gesellschaft. Diese habe sich auch hier in den letzten 20 Jahren dynamisch geändert und sich von einer provinziellen zu einer international tendierenden Sichtweise gewandelt. Insbesondere die NATO- und die EU-Mitgliedschaft Ungarns habe hierzu einen erheblichen Beitrag geleistet, lobte Tálas.

Deutlich wurde in der abschließenden Debatte, in der im Rahmen der Vernetzten Sicherheit an die besondere Verantwortung der Politik für den Bürger appelliert wurde, dass sicherheitspoliti-

**GESELLSCHAFTSPOLITISCH** gesehen hat sich die Sicherheitsperzeption Ungarns nicht zuletzt auch durch seinen EU- und NATO-Beitritt entschieden verbessert und internationalisiert.

sche Themen besonders in der Gesellschaft aber auch bei den politischen Entscheidungsträgern Ungarns künftig eine stärkere Beachtung finden müssen. Insgesamt gilt für ganz Europa, dass das Konzept der Vernetzten Sicherheit nur wirksam umgesetzt werden kann, wenn sich nicht nur alle gesellschaftlichen Kräfte aktiv an der Problemlösung beteiligen, sondern vor allem die Politik die Gesellschaft auf diesem Weg auch mitnimmt. Dabei muss das Bewusstsein geschärft werden, dass die sicherheitspolitischen Probleme von heute nicht mehr mit den Methoden von gestern bewältigt werden können. Nur eine gemeinsame offene und ehrliche Debatte über die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten im 21. Jahrhundert, der nötige politische Wille und die letztliche Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit kann ein tragfähiges Konzept zur Vernetzten Sicherheit schaffen, das den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit wirksam begegnen kann.

Um in diesem Zuge ein breites gesellschaftliche und politisches Bewusstsein zu schaffen, bleibt zu wünschen, dass sich die Hanns-Seidel-Stiftung auch künftig sowohl in Deutschland als auch im mittel- und osteuropäischen Raum diesen wichtigen Fragen widmen wird. ///



/// OLIVER JOACHIM ROLOFS

ist Pressesprecher der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Als freier Journalist und Autor verfasst er regelmäßig Beiträge zu außen- und sicherheitspoli-

tischen Fragen. Zuvor war er als Parlamentarischer Assistent und Leiter des Büros der Abgeordneten Angelika Beer im Europäischen Parlament mit Arbeitsschwerpunkten in der Außen- und Sicherheitspolitik tätig.



Beckstein, Günther: *Die Zehn Gebote. Anspruch und Herausforderung.*  
Holzgerlingen: SCM Hänssler, 2011,  
192 Seiten, € 17,95.

/// Spannungsfeld Christentum und Politik

## ALS POLITIKER IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN

Wie kann es gelingen, zwischen politischem Denken und christlichen Grundüberzeugungen die richtigen Entscheidungen zu treffen? Autobiographisch, anregend und authentisch spürt Günther Beckstein dieser für ihn lebensprägend gewordenen Grundfrage nach. Im Rückblick auf über vierzig Jahre im Spannungsfeld von Christentum und Politik sind es für ihn die biblischen Zehn Gebote, die sich als verlässliche Orientierungspunkte auch in schwie-

rigsten politischen Entscheidungen bewährt haben. Sie sind ihm Anspruch und Herausforderung. Sie sind ihm „Leitplanken für ein gelingendes Leben“ (S. 9), die ihm helfen, auch in den Rollenkonflikten als evangelischer Christ einerseits und als Politiker andererseits in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu bestehen. Mit seinem Buch über den Dekalog will der Vizepräsident der EKD-Synode explizit kein wissenschaftlich-theologisches Werk

vorlegen, sondern er fragt anhand von ihm vertrauten Themen „präzise und (selbst-)kritisch nach dem Sinngehalt und der Bedeutung der Gebote“ (S. 9) für seine konkrete Lebenswelt.

Becksteins Gott ist weder Weltformel noch philosophischer Gedanke, sondern ein persönlicher Gott, der uns zur Freiheit berufen hat. Es ist ein Gott, der „seinen Sohn als Mensch auf die Welt geschickt hat, damit wir in einer personalen Beziehung zu ihm leben können“ (S. 33). Es ist ein Gott, der auch in unsere religionspluralistische Zeit hinein im 1. Gebot unmissverständlich seinen Anspruch artikuliert: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ In Geld, Macht, Sex und Körperkult sieht Beckstein heute das Potenzial für solche anderen Götter. Es ist in diesem Kontext aber nicht zuletzt auch der Islam, der den früheren bayerischen Innenminister umtreibt. Muezzin und Minarett, Kopftuch und Burka, Hassprediger und Christenverfolgung in islamischen Ländern – kein aktuelles Thema bleibt unberührt. In heute selten gewordener Deutlichkeit hält Beckstein fest: „Wir glauben nicht an denselben Gott!“ (S. 52) Zugleich artikuliert er aber Freude und Stolz, dass unser Rechtssystem die Freiheit der Andersgläubigen anerkennt – solange diese „unsere Gesellschaftsordnung konstruktiv bejahen und unsere christlich-abendländische Kultur anerkennen“ (S. 42).

Gekreuzigte Schweine, Jesus als Krollenhalter, das Kruzifix, ein „überflüssiger Lattengustl“ (S. 58)? Auch heute spielt die Frage nach der Gotteslästerung beim 2. Gebot eine zentrale Rolle. Der Autor verhehlt nicht, dass er sich eine stärkere juristische Begrenzung der Kunst- und Meinungsfreiheit aus Respekt vor den religiösen Überzeugungen

aller Gläubigen wünschen würde. Seine Frage „Ist uns in der öffentlichen Diskussion nur das heilig, was Muslimen heilig ist?“ (S. 58) sollte zum Nachdenken anregen. Beim Thema Sonntagschutz, das er anlässlich des 3. Gebotes streift, gesteht der frühere Befürworter einer Lockerung des „Autowaschverbots an Sonntagen“ (S. 68) offen eigene Fehler ein. Heute teilt er die Meinung Robert Spaemanns uneingeschränkt, dass der Sonntag uns davor bewahrt, das Leben ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten, dass dieser schützenswerte Tag eine gemeinsame Kultur ermöglicht und Raum schafft für bürgerschaftliches Engagement.

Um Kinderpflichten und Elternpflichten geht es Beckstein beim 4. Gebot, das dazu anhält, Vater und Mutter zu ehren. Ganz im Sinne der Verheißung dieses Gebots müssten wir uns heute wieder bewusster werden, dass wir mit der Erziehung unserer Kinder die Grundlage für die Zukunft unseres Landes leisteten, das 2050 zu den ältesten Gesellschaften der Welt zählen wird. Unter diesem Gesichtspunkt hätten sowohl Elterngeld als auch G8 letztlich die falschen Signale gesetzt. Familienpolitik dürfe nicht zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik verkommen: „Das Leitbild kann nicht die wirtschaftsfreundliche Familie sein, vielmehr muss das Leitbild der familienfreundliche Betrieb sein“ (S. 81). Auch beim 5. Gebot lässt Beckstein wenig heiße Eisen aus. Wie vereinbar ist das Tötungsverbot mit dem Afghanistaneinsatz, mit der Freigabe des finalen Rettungsschusses, mit der „Tötung menschlichen Lebens“ (S. 106) im Mutterleib, mit „gentechnischer Selektion von Menschen“ (S. 113) bei der PID, mit der Beihilfe zur Selbsttötung a

la Dignitas? Differenziert wendet sich der Autor jeder einzelnen Frage zu, stets in dem Bewusstsein, „dass man selbst bei besten Absichten falsche Entscheidungen treffen kann“ (S. 180), stets aber auch in der lutherischen „Gewissheit der Vergebung“, die für ihn „die große befreiende Botschaft“ ist, die sein Leben prägt (S. 177).

„Du sollst nicht ehebrechen.“ Beckstein nimmt dieses 6. Gebot zum Anlass, für eine grundsätzliche Stärkung von Ehe und Familie einzutreten. Der persönlich seit 1973 glücklich verheiratete Vater von drei Kindern sieht diese „Gabe und Aufgabe Gottes“ (S. 123) heute nicht nur durch hohe Scheidungsraten gefährdet, sondern vor allem durch die „Tendenz in Politik und Gesellschaft, andere Lebensformen der Ehe gleichzustellen“ (S. 129). Konkret nennt er das Lebenspartnerschaftsgesetz der rot-grünen Bundesregierung von 2001, gegen das auch Bayern vergeblich geklagt hat. Anhand des 7. Gebotes dekliniert er „Folgen für die Sozialpolitik“, plädiert für „den aktivierenden Sozialstaat“ und „für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn“ (S. 134).

Als Homo Politicus weiß Beckstein, dass es in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung immer auch darum geht, auf Kosten des politischen Gegners zu punkten. Dies müsse nun aber nicht zwangsläufig jeden Wahlkampf zu einem Verstoß gegen das 8. Gebot machen. „Nicht falsch Zeugnis wider seinen Nächsten zu reden“, sei in der Politik vielmehr als Auftrag zu verstehen, „berechtigte Kritik in der Sache von Kritik an der Person zu unterscheiden“ (S. 144) und dem politischen Gegner nicht von vorneherein jeden guten Willen abzusprechen.

Im Zentrum der beiden letzten Gebote sieht Beckstein schließlich die Frage nach dem Begehren, die Frage nach der Gier in der Wirtschaft, der Begierde im sexuellen Bereich, dem Griff nach der politischen Macht. Nach Letzterer dürfe und solle man als Politiker durchaus streben, allerdings nicht allein, um sie zu haben, sondern um das Land für die Menschen lebenswert zu gestalten. „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Amt?“ (S. 162) Diese Frage liegt bei einem Mann, der bereits 2002 gerne als Nachfolger Edmund Stoibers Ministerpräsident geworden wäre, nahe. Beckstein stellt und beantwortet sie selbst. Seine Innenansichten aus der Kreuther CSU-Klausur vom Januar 2007, in deren Folge er „dieses wunderbare Amt“ (S. 184) übernehmen sollte, gehören zu den spannendsten Passagen dieses lesenswerten Buches. ///

PHILIPP W. HILDMANN

Abou-Taam, Marwan /  
Esser, Jost / Foroutan,  
Naika (Hrsg.): Zwischen  
Konfrontation und Dialog.  
Der Islam als politische  
Größe, Wiesbaden: VS  
Verlag, 2011, 178 Seiten,  
€ 49,95.



Der Euro-Islam und die europäische Leitkultur sind die beiden zentralen Topoi, mit denen der Name Bassam Tibi verbunden wird. Seit 2009 Emeritus, lehrte er 36 Jahre als Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen. 18 Gastprofessuren und weltweit wahrgenommene Werke zum Islam und zum Nahen Osten, die in insgesamt 16 Sprachen übersetzt wurden, ließen ihn zu einem der herausragenden Experten auf diesem Themenfeld werden. In einer schmalen Festschrift mit dem Titel „Zwischen Konfrontation und Dialog. Der Islam als politische Größe“ sind jetzt Beiträge unterschiedlicher Relevanz zusammengetragen worden. Herausgeber sind Marwan Abou-Taam, ein Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz, Jost Esser, Inhaber einer Werbeagentur sowie Naika Foroutan, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität Berlin.

Die Politikwissenschaftlerin Foroutan befasst sich in ihrem Beitrag mit der Interpretation von Konflikten als Zivilisationskonflikte. Hier würden die kulturellen Faktoren überbetont, den Konflikten eine antagonistische Grundstruktur unterlegt und eine Vielzahl von konfliktauslösenden Faktoren ausgeblendet. Der Islam werde als globale Bedrohung darge-

stellt. Von den beteiligten Parteien würden die Konflikte häufig unter kulturellem Vorzeichen geführt, um die wahren Motive zu verschleiern. Dennoch seien auch konstruierte Motive wirksame Motive: „Gleich welche Kritik, welche wissenschaftliche Nachweisbarkeit und welche bezwingende Logik den Kampf der Kulturen und somit die Ära der Zivilisationskonflikte als Konstruktion entlarven – diese Konstruktion bestimmt seit Beginn des Jahrhunderts unsere Wahrnehmung, somit unsere Politik und unsere Wirklichkeit.“ Die Verfasserin kritisiert unter anderem den Begriff der Parallelgesellschaft, der die Wahrnehmung der Wirklichkeit muslimischen Lebens in Deutschland verzerre und „zu ansteigender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Islamophobie“ beitrage.

Ihr Kollege unter den Herausgebern, Abou-Taam, sieht dies allerdings grundsätzlich anders. Das Leben in Gettos und Parallelgesellschaften in Deutschland sei Ausdruck der Nicht-Integration von Migranten. „Es findet ganz besonders bei Muslimen eine Abschottung statt, die uns verdeutlicht, dass der bloße Kontakt mit der deutschen Kultur nicht zur Übernahme ihrer Werte führt.“ Die Frage ist allerdings, ob Jugendliche, die in einer Parallelgesellschaft aufwachsen, überhaupt in Kontakt mit der deutschen Kultur kommen oder ob sich ein solches Leben nicht gerade durch eine Isolation auszeichnet. Folgende Aussage Abou-Taams zur islamischen Zuwanderung, nämlich „Nun leben Menschen in Europa, für die die Religion Teil der Inszenierung ihrer Identität ist. Religion fördert ihre Gemeinschaftsbildung, wobei normative Gewissheiten neu vergegenwärtigt werden“, verwundert. Kann der gleiche Satz nicht über gläubige Katholiken gesagt werden?

Walter Reese-Schäfer arbeitet in seinem Beitrag „Jenseits von Kulturkampf und Rückkehr der Religionen. Tibi, Habermas und Ratzinger“ zunächst die Unterschiede zwischen Tibis Krieg der Zivilisationen und Samuel Huntingtons Clashes of Civilisations heraus. Huntington argumentiere sehr viel kulturalistischer und gehe von unveränderbaren Zivilisationen aus, die sich feindlich gegenüber stünden. Tibi gehe nicht von einem Gegensatzpaar Islam-Christentum aus. Er verwende einen hochdifferenzierten Modernisierungsbegriff. Sein Feindbild ist der politisierte Islam der Fundamentalisten, eine menschenrechtsfeindliche Defensiv-Kultur. „Basam Tibis Seinslage als Muslim legt ihm zudem die Erkenntnis nahe, dass nicht die Trennungslinie zwischen Islam und Christentum Auslöser und Leitmotiv im Krieg der Zivilisationen sein muss, sondern es vielmehr die Politisierung der religiösen Vorstellung ist, welche unüberbrückbare Grenzen schafft.“

Der Historiker Bernard Lewis analysiert in seinem Beitrag den Zusammenhang von Demokratie und Religion im Nahen Osten. Durch die europäischen Mächte fungierten im 19. und 20. Jahrhundert Nationalismus und Sozialismus als herrschende Ideologien. Keine der beiden verhalf den betroffenen Menschen – trotz gewonnener Unabhängigkeit – zur Befreiung von Armut und Knechtschaft. Nur die Türkei könne heute berechtigterweise als Demokratie bezeichnet werden. Der Wunsch nach Demokratie sei im Nahen Osten insbesondere unter religiösen Minderheiten und unter Frauen verbreitet. Beide versprechen sich eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage. Lewis verweist auf Unterschiede im politischen Denken. Im Westen werde als Gegensatz zur

Tyrannie Freiheit gedacht, im traditionellen Islam werde hingegen Gerechtigkeit dagegen gesetzt. Bernard Lewis schließt optimistisch und verweist auf die aktuellen Freiheitsbewegungen im Nahen Osten. „Es gibt einige in der Region – und ihre Zahl nimmt zu –, die in der Demokratie den Weg zu beidem sehen“: Gerechtigkeit und Freiheit.

STEFAN LUFT



Schweitzer, Eva Johanna / Albrecht, Steffen (Hrsg.): **Das Internet im Wahlkampf: Analysen zur Bundestagswahl 2009.** Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, 319 Seiten, € 29,95.

Man kann nicht oft genug davor warnen: Gedruckte Veröffentlichungen zu Internetthemen leiden häufig unter einem inhärenten Konstruktionsfehler. Der sozusagen analog publizierte Inhalt überholt sich selbst auf digitalem Wege. Diese Problematik greifen die Herausgeber in ihrem Vorwort auf und begründen das gedruckte Buch – neben den (noch) geltenden Argumenten wie Vertriebsstrukturen, öffentlichen Wahrnehmungschancen und wissenschaftlicher Akzeptanz – mit einer kritischen „Beobachtungs- und Mitteilungsposition jenseits des Mediums“ (S. 7). Ob mit diesem Argument die Autorenschaft, eine Mischung aus Studierenden und Lehrenden, unter anderem der Medien- und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft oder Soziologie zusammen mit Mitarbeitern der Infopark

AG, ein Anbieter für Analyse, Konzeption, Umsetzung und Betrieb webbasierter Systeme, auch die digitale Avantgarde erreicht, bleibt offen. Wobei der Sammelband wohl eher politische Entscheidungsträger und Berater oder politische Bildner mit fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen versorgt, als den Netzaktivisten und Blogger.

Der interdisziplinäre Sammelband hat auf jeden Fall vor dem Hintergrund der internetspezifischen Aktualitätsfälle einen entscheidenden Vorteil. Er orientiert sich nicht an einzelnen prognostizierten inhaltlichen oder technischen Phänomenen des Netzes. Der Titel besagt es bereits. Die ex-post-Betrachtung, also die breite Analyse von Internetaktivitäten eines definierten und zurückliegenden Zeitraums, konkret der Bundestagswahl 2009, grenzt den Untersuchungsgegenstand vernünftig ein und verleiht damit dem Buch auch dadurch eine Seriosität jenseits einer manchmal nur wissenschaftlich verpackten, aber im Kern marktschreierisch daher kommenden Social Media-Marketingliteratur.

„Das Internet im Wahlkampf: Analysen zur Bundestagswahl 2009“ bietet eine differenzierte Analyse zur partei- und politikspezifischen Nutzung des Internets im Rahmen eines konkreten Wahlkampfes. Die Herausgeber Eva Johanna Schweitzer und Steffen Albrecht haben insgesamt zwölf Beiträge – inklusive Einführung – versammelt, die sich mit „Kontexte und Strategien“, „Nutzer und Nutzung“, „Inhalte und Formate“ sowie dem Verhältnis von „Alte und neue Medien“ befassen. Ob Erfolgsfaktoren von YouTube-Videos, die Rolle von Wahlblogs und Twitter oder der bereits länger bekannte Wahl-O-Mat – die Beiträge widmen sich überwiegend spe-

zifischen Seiten, Kanälen und Tools und analysieren diese mit aufschlussreichem, empirischen Material belegt. Dabei wird rückblickend deutlich, dass sich im Wahljahr 2009 noch Web 1.0 und Web 2.0 treffen. Vor diesem Hintergrund mag man gespannt sein, welche Dynamik „Social Network Sites“, vornehmlich Facebook, hier von Jessica Kunert und Jan Schmidt in ihrem Beitrag „Hub, Fine-Tuner oder Business as Usual? Social Network Sites und die Bundestagswahl 2009“ (S. 226 ff.) analysiert, in den nächsten Online-Wahlkämpfen entwickeln.

Neben den untersuchten spezifischen Informations- und Kommunikationskanälen mag dem selektiven Leser Christoph Biebers Gesamtschau „Der Online-Wahlkampf im Superwahljahr 2009“ (S. 69 ff.) mit einem sehr lesenswerten und grundlegenden Artikel im Kapitel „Kontexte und Strategien“, empfohlen sein. Bieber ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Blogosphäre kein Unbekannter. Er analysiert die „Politikwelt Internet“ bereits seit Ende der 90er-Jahre. So erschien 1999 seine Dissertation zum Thema „Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit“. Bieber ordnet knapp, aber profund den „Obama-Effekt“ im Sinne einer Folgewirkung für den Online-Wahlkampf deutscher Parteien ein und schildert dann chronologisch das Superwahljahr 2009 aus Online-Sicht. Auch wenn Bieber im Ergebnis die Wirkungen des Online-Wahlkampfes 2009 nicht gerade euphorisch beschreibt – „Die bis zur Bundestagswahl intensiv geführte politische Kommunikation im Internet erlebte mit Schließung der Wahllokale am Abend des 27. September 2009 eine abrupte Unterbrechung.“



(S.91) – so wagt er doch die These, dass die Wahl 2009 als „Geburtshelfer des neuen Politikfeldes der ‚Netzpolitik‘ betrachtet werden“ (S. 94) kann. So mag denn als Fazit auch jedem Netzpolitiker dieses Werk zur Lektüre empfohlen sein!

KARL HEINZ KEIL

genommen, welche die Riegen an Wissenschaftlern an der TU Dresden und Chemnitz seit geraumer Zeit einzufangen versuchen. Frühere Versuche der terminologischen und inhaltlichen Klärung sind daher nicht zu Unrecht zu Klassikern avanciert, während übergreifende und international vergleichende Literatur gegenüber den systemischen Bezügen der Vergangenheit meist den Kürzeren zog.

Diesem Umstand abzuhelfen haben sich Eckhard Jesse als arrivierter Vertreter seiner Zunft und sein Mitarbeiter Tom Thieme zur Aufgabe gemacht. Den methodischen Problemen Rechnung tragend besteht die Einleitung dann auch in dem Versuch, die definitorische Frage zu Recht beiseite zu lassen und stattdessen sich der typologischen Annäherung zu widmen. Wie deutlich wird, sind auch originelle Versuche trotzdem problembehaftet. So rücken Jesse und Thieme den Intensitätsgrad von politischem Extremismus in den Mittelpunkt ihrer Analyse und kommen zu der dichotomischen Unterscheidung von „weichem“ und „hartem“ Extremismus. Je nach Organisationsform (Parteien oder subkulturelle Phänomene) untersuchen sie dabei die Variablen der Ideologie, der Strategie und der Organisation sowie gegebenenfalls der Militanz. So gelingt eine schlüssige Typologisierung nach strikt operationalisierbaren Variablen, je nachdem, ob eine klassische Diktatur angestrebt und eine Großideologie verfolgt wird. Leider sind damit die Grenzphänomene am jeweiligen Ende des Spektrums weich und hart (Populismus, Radikalismus, Terrorismus) kaum zu bewältigen, doch ist dies weniger den Autoren anzulasten als der Komplexität und mangelnden Schärfe des Untersuchungsgegenstandes. Auch wenn die methodische Hinführung rela-

tiv knapp gehalten ist und die genannten Grauzonen kaum berührt werden, ist dies themenimmanent durchaus verständlich. Die Stringenz der Hinführung hätte zweifelsohne unter einer thematischen Ausdifferenzierung gelitten.

Insofern gelingt Jesse und Thieme der Versuch, die folgenden Fallbeispiele auf eine zwar schmale, dafür aber kritikfeste Basis zu stellen und das ganze Spektrum europäischer politischer Extremismen in den 24 EU-Staaten darzustellen. Die nicht zu gering einzustufende Leistung des Sammelbandes besteht dabei darin, neben den weithin bekannten extremistischen Herausforderungen in den großen Staaten auch die Situation in Mittel- und Osteuropa differenziert darzulegen, was bis dato eine Forschungslücke darstellte.

So widmen sich die einzelnen Autoren, die für den Sammelband gewonnen werden konnten und die ohne Ausnahme ausgewiesene Experten in ihrem Bereich darstellen, auch den bekannten Problemen des europäischen Extremismuspanoptikums. So sind die tradierten parteipolitischen Kräfte in Belgien dazu übergegangen, den Vlaams Belang durch Konsens auszugrenzen, weshalb die extremistische Partei ihre rassistische Position weitgehend in den Hintergrund hat treten lassen, um dauerhaft im Parteienspektrum verankert zu bleiben. In anderen Staaten wie der BRD funktioniert dieser Schutzgürtel nur in einer Richtung des politischen Extremismus, weshalb die Ausgrenzung des „harten“ Rechtsextremismus der NPD weitgehend erfolgreich ist, sie aber gegenüber dem „weichen“ Extremismus der Linken nicht funktioniert. Erstaunlich ist, dass besonders in den relativ jungen Staaten wie im Baltikum kaum parteipolitisch extremistische Organisation reüssieren

können, würde man doch gerade dort extremistische Auswüchse aufgrund der relativen Fragilität vermuten.

So wird der Sammelband mit zunehmender Lektüre auch kleinerer Fallbeispiele zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk. Berechtigte Monita sind demgegenüber relativ selten wie die etwas holzschnittartige Darstellung des Linksextremismus und des islamistischen Fundamentalismus in der Bundesrepublik, ebenso wie die fehlenden aktuellen Entwicklungen in Griechenland. In beiden sachkundigen und fundierten Beiträgen fehlen seit ungefähr zwei Jahren laufende Militanzdebatten in der linken Szene, die in Griechenland auch erste terroristische Ansätze im Zuge der Wirtschaftskrise („Verschwörung der Feuerzellen“) oder in Deutschland Zwistigkeiten in der links-militanten Szene ausgelöst haben („militante gruppe“). Diese Probleme sind jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach dem intensiven logistischen Vorbau des Sammelbandes und der mitunter langen Vorlaufzeit bei Verlagen geschuldet. So bleibt ein vollauf überzeugender Eindruck. Vor allem die ausführliche, methodisch wie empirisch fundierte Zusammenfassung, die in vergleichender Perspektive fungiert und dabei weit über die herkömmlichen Muster abschließender Beiträge von Herausgebern in Sammelbänden hinausgeht, rundet die Einzelbeiträge ab und ordnet sie theoretisch ein. Somit avanciert der Band zu einem Standard-Nachschlagewerk für die Extremismusforschung, der sowohl für Wissenschaftler als auch für Einsteiger in die Thematik bestens geeignet ist und dem ein entsprechender Verbreitungsgrad zu wünschen ist.

ALEXANDER STRASSNER

Die Forschung zum politischen Extremismus teilt sich ein Füllhorn an Streitpunkten mit verwandten und benachbarten Bereichen wie der Terrorismus- oder der Totalitarismusforschung. Fast scheint es, als ob mit dem ansteigenden Grad an Extremismus auch die Forschungskontroversen an Intensität zunehmen. So haben Vertreter der Wissenschaftlerzunft einen negativen Extremismusbegriff favorisiert, der allein die Gegnerschaft zur freiheitlichen Demokratie favorisiert, während der positive Extremismusbegriff originäre Strukturmerkmale des politischen Extremismus selbst herausarbeitet, dabei aber in den (erwartbaren) Verruf geraten ist, angesichts der strukturellen Ähnlichkeit zwischen Links- und Rechtsextremismus zu sehr zu nivellieren. Nicht von ungefähr haben die akademischen Streitigkeiten über den adäquaten Zugang zum politischen Extremismus daher eine gewisse Schärfe an-



Jesse, Eckhard / Thieme, Tom  
(Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden: VS-Verlag, 2011, 505 Seiten, € 39,95.

Gieg, Philipp: *Great Game um Afrika?*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2010, 140 Seiten, € 29,00.



Gesamt- und Überblicksdarstellungen sind bei den Sozialwissenschaften weit aus seltener als fallorientierte, regionale oder lokal begrenzte Studien. Doch genau diesen Versuch unternimmt Philipp Gieg in seiner vergleichenden Monographie über die Afrikapolitik der EU, Chinas und der USA. Der Autor ist ein junger wissenschaftlicher Mitarbeiter von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, einer ausgewiesenen Europa-Spezialistin, an der Universität Würzburg. Der in der Reihe Würzburger Universitätsschriften zu Geschichte und Politik erschienene Band nimmt mit seinem Titel „Great Game um Afrika?“ die populäre These auf, dass es zwischen den großen Spielern der internationalen Politik aufgrund des Energiehungers, vor allem von China, zu einem Wettlauf um Afrikas Rohstoff- und Energiereserven kommen wird. Die Analogie zwischen der imperialistischen Konkurrenz zwischen Großbritannien und Russland im 19. Jahrhundert um die Vorherrschaft in Zentralasien und der Gegenwart trägt, so der Verfasser, nicht. Es gäbe keine militärische Komponente und die Beziehungen gingen nicht über das „normale Maß politischer und wirtschaftlicher Konkurrenz“ (S. 125) hinaus. Dieses eindeutige, für viele kontraintuitive Ergebnis ist das Resultat seiner Analyse der Afrikapolitik Chinas, der USA und der EU.

Die Untersuchung ist klar strukturiert. Nach einer kurzen Einleitung mit einer sehr guten knappen Bestandsaufnahme des Forschungsstandes untersucht der Verfasser die Afrikapolitik der drei wichtigen Akteure in Afrika in fast gleich langen Kapiteln auf jeweils ca. 25 Seiten. Die Untersuchung ist – für sozialwissenschaftliche Analysen ungewohnt – an keinen theoretischen Ansatz gebunden. Die Kapitel zu den drei Akteuren beginnen jeweils mit einem historischen Überblick über deren Beziehungen zu Afrika, konzentrieren sich dann aber auf die Interessen und Ziele der Afrikapolitik in den letzten 20 Jahren seit Ende des Ost-West-Konflikts. Der Verfasser geht dabei jeweils chronologisch vor. Mit der Zeitenwende 1990 verloren die USA ihre strategischen Interessen an Afrika. Gieg spricht von einer tendenziellen „Marginalisierung“ des Kontinents im außenpolitischen Kalkül der USA (S. 31). Einer moderaten Neuausrichtung unter Bill Clinton mit dem Schwerpunkt auf Förderung von Demokratie- und Menschenrechten folgte eine stärkere Betonung von Handelsinteressen. Direktes militärisches Eingreifen wurde nach dem Somalia-Debakel 1994 vermieden. Erst mit George Bush jun. erhielt die militärische Komponente mit dem Kampf gegen den Terrorismus einen höheren Stellenwert. Allerdings beschränkte sich das Engagement vor allem auf Ausbildungsprogramme für befreundete Staaten und Wirtschafts- und Militärhilfe im Kampf gegen den Terrorismus. Angesichts der schwierigen innenpolitischen Lage der USA ist Gieg beizupflichten, dass das Afrikaengagement und vor allem die Risikobereitschaft der USA weiterhin gering bleiben werden.

Die Anzahl der zur chinesischen Afrikapolitik erschienenen Bücher und Aufsätze ist im Unterschied zu den wenigen Veröffentlichungen zur amerikanischen Afrikapolitik kaum mehr zu überblicken und in der Tendenz steigend. Aus Giegs Sicht ist Chinas Interesse umfassend und stellt eine erfolgreiche Verknüpfung von Handels-, Rohstoff- und Entwicklungspolitik dar (S. 71). Chinas Afrikapolitik steht dabei – Gieg zeigt dies am Beispiel Simbabwe – im Gegensatz zur wertebasierten Afrikapolitik der EU und der USA, die die Vergabe entwicklungspolitischer Leistungen häufig an den Respekt für Menschenrechte und Good Governance koppeln. Hier sieht er auch ein Konfliktfeld, wobei er aber darauf aufmerksam macht, dass Chinas Unterstützung von UN-Peacekeeping-Einsätzen durchaus westlichen Vorstellungen entspricht. Ob es zu Lernprozessen Chinas im Sinne einer Annäherung an den Westen kommen wird (S. 120-121), ist nicht absehbar.

Die EU-Beziehungen zu Afrika basieren auf einer langen Tradition von Handels- und Entwicklungshilfepolitik. Erst in den 90er-Jahren kommt es zu einer Politisierung der Beziehungen, die sich zunehmend auf Bereiche wie Demokratie, Menschenrechte, Sicherheit und Migration erstrecken. Die EU-Afrika-Politik ist durch diverse Abkommen institutionell ausdifferenziert und konzentrierte sich in den letzten Jahren stark auf die Afrikanische Union (AU). Problematisch bleibt die häufig mangelnde Kohärenz zwischen nationaler Afrikapolitik, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, und der EU. Beizupflichten ist dem Verfasser, dass die Kohärenz der EU-Afrikapolitik – bedingt durch Veränderungen in einigen Mitgliedsstaaten – zugenommen hat (S.

111). Eine deutsche Afrikapolitik, auch im EU-Rahmen, dies sei am Rande bemerkt, wird im Buch überhaupt nicht erwähnt. Dies ist nicht ein Versäumnis des Verfassers, sondern eher der Tatsache geschuldet, dass eine deutsche Afrikapolitik mit Gestaltungswillen und klaren Ziel-Mittel-Relationen aussteht. Eine Antwort der EU wie auch der USA auf die Charmeoffensive Chinas steht, so Gieg, noch aus, auch wenn es einen Dialog zwischen der EU und China zu Afrika gibt.

Die in der Einleitung aufgeworfene Frage, welche Auswirkungen das neu erwachte Interesse an Afrika denn auf Afrika selbst, auf die Länder und ihre Bevölkerungen hat, wird nicht beantwortet, allenfalls kurz angerissen. Hier zeigen sich die Grenzen der vorgelegten Studie. Komplexe Themen können auf knapp 140 Seiten nicht tiefer gehend behandelt werden. Ein Kapitel über afrikanische Reaktionen oder ein ausführlicheres Schlusskapitel wären eine sinnvolle Ergänzung gewesen. Trotzdem kann das Buch gerade einem breiteren Leserkreis empfohlen werden. Philipp Giegs Analyse bietet einen gut lesbaren, faktenreichen und informativen Einstieg in ein gleichermaßen komplexes und aktuelles, an Relevanz noch zunehmendes Thema.

SIEGMAR SCHMIDT

Grosser, Alfred: Die Freude und der Tod – Eine Lebensbilanz, Reinbek: Rowohlt Verlag, 2011, 288 Seiten, € 19,95.



Der inzwischen 86-jährige Alfred Grosser gilt heute als einer der bekanntesten und profiliertesten Politikwissenschaftler und Historiker Europas. Er stellt sich selbst allerdings als Moralpädagoge vor. Folgende Passage ist diesbezüglich markant: „Am Anfang einer Tagung über Karl Jaspers in Heidelberg sollte sich jeder Redner vorstellen. Der eine war Philosoph, der nächste Theologe, ein anderer Historiker. Ich wurde lächelnd befragt, was ich denn eigentlich sei. Ich antwortete: Moralpädagoge, was ein gutmütiges Lächeln provozierte. Aber ich meinte es ernst und lasse mich gern so bezeichnen. 1980 schrieb ein deutscher Journalist, meine Losung sei: ‚Durch Wissen und Wärme aufklärerisch beeinflussen.‘ Dies ist in der Tat mein ständiges Ziel.“

Im Anhang zu seinem Werk Lebensbilanz befindet sich eine chronologisch geordnete Übersicht über seine Buchveröffentlichungen. Diese betreffen zentral die deutsch-französischen Beziehungen, um die sich Grosser besonders verdient gemacht hat und die moralisch-ethischen Themen, die er oft aus pädagogisch-politologischer Sicht erörtert. A. Grosser klärt auf, bemüht sich um Verständigung und argumentiert aus der Perspektive einer Versöhnungsethik.

Er ist in Frankfurt am Main geboren und lebt heute in Paris. Er ist Jude und

bekannt sich zum Atheismus. Gleichzeitig setzt er sich intensiv mit religiösen und theologischen Fragen auseinander. Als unerschrockener und glänzender Redner ist er zugleich ein unangepasster, unabhängiger Geist, der sich niemals einer politischen Doktrin unterwirft. Diese Unabhängigkeit der geistigen Position verleiht seinen mahnenden Reden und kritischen Äußerungen besonderes Gewicht und besondere Aufmerksamkeit.

In seinem neuen Buch schildert Grosser seine geistigen Wurzeln und erläutert die emotionalen Quellen seines lebenslangen politischen und öffentlichen Engagements. Er erzählt nicht nur aus seinem reichen und erfüllten Leben, sondern macht die Leser mit den Höhen und Tiefen, den Freuden und Leiden, dem Glück und Unglück der einzelnen Lebensabschnitte bekannt. Dabei spielen seine religiösen Erfahrungen und Überzeugungen eine besondere Rolle. Interessant ist v. a., wie er sein Leben und seine Einsichten in die Vielfalt und Unberechenbarkeit des Lebens zu dem Leben anderer Dichter, Denker, Musiker, Philosophen und Theologen in Beziehung setzt. Das neue Buch ist sowohl für die jüngere als auch die ältere Generation eine faszinierende und lehrreiche Lektüre.

Sehr aktuell und pointiert sind die kurzen und prägnanten Äußerungen zur Atomkraft. In Frankreich herrscht die weit verbreitete Überzeugung, dass die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie von besonders großem Wert ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Präsident Charles de Gaulle das Commissariat à l'énergie atomique geschaffen und an die Spitze den Chemie-Nobelpreisträger Frédéric Joliot-Curie gestellt. Zu Beginn der IV. Republik ha-

ben die Franzosen die erste Explosion einer Atombombe im Sahara-Gebiet vorbereitet. Diese Experimente wurden von den Franzosen begrüßt. Die deutsche Position zur Atomkraft kennzeichnet der Autor mit folgenden Sätzen: „In Deutschland ist die Gegnerschaft zum Atom so verbreitet, dass die Kanzlerin die Bundestagswahl 2009 verloren hätte, wenn sie offen gesagt hätte, was sie wahrscheinlich über die Atomkraft dachte.“

Sehr pointiert ist auch die Auseinandersetzung mit Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“. Grosser stellt dazu fest: „Denn der Sozialrassismus, der im Kapitel ‚Mehr Kinder von den Klugen, bevor es zu spät ist‘ zum Ausdruck kommt, ist schlimmer als der schlimmste Rassismus des 19. Jahrhunderts.“

Beim Kirchentag in Dresden vom 1.-5. Juni 2011 hielt A. Grosser eine Rede zum Thema Die Kirchen in der Gesellschaft. In einem informativen Abschnitt seiner Lebensbilanz beschäftigt er sich auch „mit seinen echten Christen“.

Alfred Grosser hat sich auch detailliert mit dem Tod und dem Sterben auseinander gesetzt. Dazu gehört, dass Pater Christophe Le Sourd bei seiner Totenfeier sprechen wird. Darüber hinaus hat er seit einigen Jahren seine Grabstätte festgelegt und das Begräbnis bereits bezahlt. Kennzeichnend ist der folgende Satz: „Allerdings würde ich doch gerne kurz auferstehen, um die Nachrufe lesen zu können!“

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen.html](http://www.hss.de/publikationen.html) bestellt werden:

**AKTUELLE ANALYSEN**

Nr. 57: CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich

**ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHE**

Nr. 74: Die Dynamik der europäischen Institutionen

Nr. 75: Nationale Demokratie in der Ukraine

Sonderausgabe 2/2011: Konrektorenstudie II – Vergleich der Ergebnisse der Befragungen 2002 und 2010

**BERICHTE UND STUDIEN**

Nr. 93: Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik

**WEITERE PUBLIKATIONEN**

Stephan Deutinger / Renate Höpfinger:  
Hanns Seidel – Aufbruch in eine neue Zeit

Monica H. Forbes:  
CSU – Beharrliche Kämpferin für die Deutsche Einheit

**Herausgeber:**

© 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,  
Staatsminister a. D., Senator E. h.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)  
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

**Graphik:** Publishers Factory, München

**Druck:** Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer

Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:**

Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel: © johas / Fotolia.com





Hanns  
Seidel  
Stiftung